

Wissenschaftliches Zentrum
für Berufs-
und Hochschulforschung

Gesamthochschule Kassel



AP-TV0579

Ulrich Teichler und Friedrich Voss

MATERIALIEN ZUR ARBEITSMARKTLAGE

6 VON HOCHSCHULABSOLVENTEN

Mai 1979

Arbeitspapiere

Arbeitspapiere des Wissenschaftlichen Zentrums für Berufs- und
Hochschulforschung an der Gesamthochschule Kassel

Nr.6

Mai 1979

Ulrich Teichler und Friedrich Voss

MATERIALIEN ZUR ARBEITSMARKTLAGE

6 VON HOCHSCHULABSOLVENTEN

Mai 1979

Wissenschaftliches Zentrum für
Berufs- und Hochschulforschung
Gesamthochschule Kassel

Henschelstr.2

D - 3500 Kassel

Tel.: 0561/804 2415

VORWORT

Die vorliegende Materialsammlung soll einen Überblick über die wichtigsten Daten zur quantitativen Entwicklung des Arbeitsmarktes von Hochschulabsolventen in der Bundesrepublik Deutschland geben und die Vielfalt der Interpretationen dieser Entwicklung dokumentieren. Die Studie wurde als eine Materialstudie für den 5. Jugendbericht erstellt.

Der Mitautor, Friedrich Voss, ist Redakteur beim Sender Freies Berlin. Wolfgang Steube war bei der Zusammenstellung der Dokumente und kritischen Durchsicht des Textes hilfreich.

Wilma Relke erstellte die Abschrift des Manuskripts.

Allen Beteiligten sei für ihre Hilfe gedankt.

Ulrich Teichler

<u>Inhalt</u>	Seite
1. Einleitung	1
2. Entwicklung der Studentenzahlen	4
2.1 Studierende und Studienanfänger	4
2.2 Studienanfänger im internationalen Vergleich	5
2.3 Prognosen der Studentenzahlen	7
3. Berufstätigkeit von Hochschulabsolventen	10
3.1 Vorbildung der Erwerbstätigen	10
3.2 Tätigkeitsbereiche von Hochschulabsolventen	11
3.3 Erwerbsbeteiligung und Einkommen	16
4. Beschäftigungsprobleme von Hochschulabsolventen in den siebziger Jahren	19
4.1 Zur Situation und zur Datenlage	19
4.2 Arbeitslosigkeit	19
4.3 Stellenangebote und Arbeitsvermittlung	25
4.4 Verbleib außerhalb traditioneller Berufsbereiche für Hochschulabsolventen	26
5. Prognosen und Berufsstudien über den Arbeitsmarkt für Hochschulabsolventen	31
5.1 Theoretische, methodische und politische Probleme von Prognosen	31
5.2. Ergebnisse von Globalprognosen und -bedarfsaussagen	34
5.3 Ergebnisse und fachrichts- und berufsspezifische Prognosen	40
5.4 Interpretation der Prognosen	42
6. Verhältnis von Hochschulbildung und Beruf im internationalen Vergleich	44
6.1 Argumente zur Hochschulexpansion	44
6.2 Arbeitsmarktsituation der Hochschulabsolventen	50
6.3 Innovationseffekte bei zunehmender Akademikerzahl	55
7. Interpretationen	58
7.1 Zur Anlage der Dokumentation	58
7.2 Arbeitgeberstimmen	59
7.3 Äußerungen der Gewerkschaften	65
7.4 Stellungnahmen aus dem Bereich der sozial-liberalen Politik	68
7.5 Stellungnahmen christdemokratischer Politiker	75

7.6	Stellungnahmen von Beratungsgremien	78
7.7	Politische Schlußfolgerungen von wissenschaftlichen Experten	82
7.8	Äußerungen von internationalen Kommissionen	90
8.	Schlußbemerkungen	94

Verzeichnis der Tabellen und Schaubilder

	Seite
Tabelle 1: Zahl der Studierenden an Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland	4
Tabelle 2: Zahl der Studienanfänger an Hochschulen 1970-77	5
Tabelle 3: Anteil der Studienanfänger an der gleichaltrigen Bevölkerung in ausgewählten Ländern 1965-74	6
Tabelle 4: Prognosen über die Entwicklung der Studienanfänger-, Studenten- und Hochschulabsolventen in der Bundesrepublik Deutschland 1980 - 90	7
Tabelle 5: Studienabsichten von Abiturienten - Befragungsergebnisse	8
Tabelle 6: Höchster Ausbildungsabschluß der Erwerbspersonen nach Geschlecht 1970	10
Tabelle 7: Erwerbstätige mit abgeschlossener Hochschulausbildung nach Wirtschaftszweigen 1961 und 1970	12
Tabelle 8: Erwerbstätige mit abgeschlossener Hochschulausbildung nach Berufsbereich 1961 und 1970	13
Tabelle 9: Erwerbstätige Hochschulabsolventen nach Fachrichtungen	15
Tabelle 10: Erwerbsbeteiligung von Frauen nach dem höchsten Ausbildungsabschluß 1970	16
Tabelle 11: Monatliches Netto-Einkommen in Abhängigkeit vom Ausbildungsniveau der Erwerbstätigen 1970	17
Tabelle 12: Arbeitslosigkeit von Personen mit Hochschulabschluß 1973 - 1978	20

Tabelle 13:	Qualifikationsspezifische Arbeitslosenquoten 1974 - 1978	21
Tabelle 14:	Arbeitslosigkeit von Hoch- und Fachhochschul- absolventen nach Studienfachrichtungen, Mai 1978	24
Tabelle 15:	Schätzung des Verbleibs der Hochschulabsol- venten 1971 - 1978	27
Tabelle 16:	Optimale und tatsächliche Ausbildung bei Hoch- schulabsolventen nach dem Urteil der Vorge- setzten. Befragungsergebnis 1975	30
Tabelle 17:	Prognose des Bestandes an Erwerbspersonen mit Hochschulabschluß	34
Tabelle 18:	Prognose der Erwerbstätigkeit von Hochschul- absolventen 1980/81	36
Tabelle 19:	Angebot und Bedarf an Arbeitskräften in "akademischen Berufen" 1990 nach einer Prognose des Batelle-Instituts und Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung	38
Tabelle 20:	Hochschulbesuch, Berufstätigkeit und Arbeits- losigkeit im internationalen Vergleich 1970	48
Schaubild 1:	Studienabsicht der Abiturienten 1976, tatsäch- licher Verbleib und weitere Studienabsichten am Ende des Abitur-Jahres	9
Schaubild 2:	Synopse der wichtigsten Aussagen von Forschungs- instituten zur Entwicklung von Bildungs- und Be- schäftigungssystem (1977)	44

1. Einleitung

Die Entwicklung des Verhältnisses von Studium und Beruf hat seit einigen Jahren in politischen und wissenschaftlichen Diskussionen große Aufmerksamkeit auf sich gezogen.¹ Insbesondere seitdem sich für jedermann ersichtlich zeigt, daß eine große Zahl von Hochschulabsolventen keine Tätigkeiten mehr im traditionellen akademischen Berufsspektrum finden wird, hat diese Diskussion an Heftigkeit zugenommen.

Zuweilen wird gegargwöhnt, daß die Arbeitsmarktprobleme der Hochschulabsolventen nur so besorgt diskutiert werden, weil es sich um das Schicksal von relativ Privilegierten handelt. Zu große Aufmerksamkeit für eine kleine Gruppe, der es obendrein selbst bei relativen Verschlechterungen ausgesprochen günstig geht? Bei solchen Kritiken wird dem hohen Stellenwert des Hochschulwesens in der Beziehung von Bildungs- und Beschäftigungssystem nicht hinreichend Rechnung getragen. Hochschulbesuch spielte in den sechziger Jahren in der Eröffnung von Bildungschancen zur Angleichung der Sozialchancen und in der Förderung von Qualifikationen zur Sicherung des wirtschaftlichen Wachstums eine große Rolle; auch skeptische Stimmen über Zielsetzungen und Erfolgsmöglichkeiten solcher Ansätze schätzen den Stellenwert der Hochschulfragen im Rahmen von Hochschul- und Beschäftigungspolitik sehr hoch ein. Auch in den heute häufiger skeptischen Stimmungen zu den Folgen der Expansion weiterführender Bildung wird die Bedeutung der Hochschulentwicklung unterstrichen: Sie hat Signalwert für die Vorstellungen, ob sich Bemühungen um Bildungserfolg lohnen und welcher Stellenwert für Bildung bei der Zuteilung von Sozialchancen angemessen ist. Ob hohe Bildungsausgaben nützlich, vertretbar sind oder eine Vergeudung darstellen, wird verständlicherweise insbesondere im Hinblick auf die teure Hochschulbildung diskutiert. Die politische Entwicklung im Hochschulbereich wird mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt, weil die Absolventen in großer Zahl Multiplikatorenfunktionen in der Willensbildung haben. Auch hat die Beschäftigung von Hochschulabsolventen bemerkenswerte Rückwirkungen auf die Beschäftigung von Personen mit anderen Ausbildungsabschlüssen.²

In den Diskussionen wird ständig auf Sachaussagen zu der Entwicklung der Hochschulen und des Arbeitsmarktes für Hochschulabsolventen rekurriert; ein Neuling in dieser Diskussion müßte vermuten, daß zu diesem Themenbereich ausgezeichnetes Datenmaterial vorliegen muß. Sicherlich trifft es zu, daß zu manchen anderen Bereichen - etwa zum Verhältnis von Weiterbil-

dung und Arbeit - die Datenbasis weitaus ungünstiger ist. Aber auch zum Verhältnis von Hochschule und Beruf ist die Informationslage nicht befriedigend. Auch werden oft einzelne Informationen aus dem Zusammenhang gelöst und falsch interpretiert. Es fehlen Übersichten, die einen Gesamtüberblick zu den vorliegenden Informationen geben.

Hier wird der Versuch unternommen, die wichtigsten statistischen Daten über die Entwicklung von Hochschule und Beruf in der Bundesrepublik Deutschland zusammenzustellen. Ergänzt werden diese Materialien in einzelnen Fällen durch weitere Befragungsergebnisse, ferner durch Informationen über Anlage und Ergebnisse von Prognosen zum Arbeitsmarkt von Hochschulabsolventen, durch ausgewählte Informationen über den Arbeitsmarkt für Hochschulabsolventen in anderen Ländern und schließlich durch eine Übersicht über verschiedene Interpretationen der Entwicklung von Hochschule und Beruf.

Über den Hochschulbesuch werden halbjährlich Daten erhoben, bei denen z.B. nach besuchtem Hochschultyp, Semester, vorher besuchter Schule und einigen anderen Daten unterschieden wird. Eine Kurzübersicht wird z.B. jährlich in den "Grund- und Strukturdaten" des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft veröffentlicht.³ Wichtige Ergänzungen stellen jährliche Befragungen über Studierabsichten von Abiturienten, Erhebungen zur sozialen Lage der Studierenden u.ä. dar. Es fehlen jedoch Verlaufsstatistiken und zuverlässige Absolventendaten.

Detaillierte Übersichten über die Erwerbstätigkeit von Hochschulabsolventen wurden bisher nur im Rahmen von Zusatzbefragungen bei den Volkszählungen 1961 und 1970 erhoben. "Wenn man einmal von den für diesen Problembereich nur wenig aussagefähigen Mikrozensen absieht, so stehen seitens der amtlichen Statistik bestenfalls nur etwa alle 10 Jahre repräsentative Angaben über erwerbstätige Hochschulabsolventen und deren Beschäftigungsstrukturen zur Verfügung".⁴ Das bedeutet zur Information über den Wandel des Arbeitsmarktes für Hochschulabsolventen in den siebziger Jahren: "Bis etwa 1983/84, dem vermutlich frühesten Zeitpunkt, zu dem die ersten Ergebnisse aus der Volks- und Berufszählung von 1981 zur Verfügung stehen, gibt es keine detaillierten Angaben über Erwerbstätige mit abgeschlossenem Hochschulstudium nach dem jeweiligen Studienabschluß".⁵ Daneben stehen halbjährlich Daten zur Arbeitslosigkeit nach Vorbildung zur Verfügung. Absolventenbefragungen, die für eine Reihe von Studienfächern vorliegen,⁶ wurden in dieser Übersicht nicht berücksichtigt, weil sie detaillierte Dar-

stellungen notwendig machen, als dies im Rahmen einer kurzen Gesamtübersicht möglich ist.

Ein besonderer Datenmangel besteht über den Übergang von Bildungssystem in das Beschäftigungssystem.⁷ Verbleibsstudien wenige Monate nach dem Bildungsabschluß, wie sie zum Beispiel in den USA, Japan und Großbritannien regelmäßig durchgeführt werden, fehlen bisher.⁸

Zur Information über potentielle langfristige Entwicklungstendenzen von Hochschule und Beruf werden in den abschließenden Kapiteln Ergebnisse der - in großer Zahl vorliegenden - Prognosen, einige in der Bundesrepublik Deutschland publizierte Berichte über Hochschule und Beruf in anderen Ländern und eine Auswahl der verschiedenen Einschätzungen in wissenschaftlichen und politischen Äußerungen dargestellt.

Diese Studie beabsichtigt nicht, selbst eindeutige Trendaussagen vorzulegen; es wird lediglich eine Übersicht über die vorliegenden Informationen und Interpretationen gegeben.

2. Entwicklung der Studentenzahlen

2.1 Studierende und Studienanfänger

Die Zahl der Studierenden an Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland hat sich jeweils von Jahrzehnt zu Jahrzehnt fast verdoppelt. Wie Tabelle 1 zeigt, gab es 1977 insgesamt 913.000 Studierende - mehr als fünfmal so viele wie im Jahre 1950. Dabei haben sich die offiziellen Definitionen und statistischen Klassifikationen über den Hochschulbereich und verschiedene Hochschultypen wiederholt geändert; an den Hochschulen, die jeweils als "wissenschaftliche Hochschulen" bezeichnet wurden, waren immer mehr als 70 % aller Studierenden eingeschrieben.

Tabelle 1
Zahl der Studierenden an Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland

Institutionen	Studentenzahlen			
Wissenschaftliche Hochschulen	116.900	206.100	410.100	676.400
Gesamthochschulen	-	-	-	56.200
Pädagogische Hochschulen	11.400	32.300	+++	+++
Kunsthochschulen	5.400	8.500	10.900	15.400
Fachhochschulen ⁺	40.000 ⁺⁺	44.200	87.500	165.400
Insgesamt	170.000 ⁺⁺	291.100	510.500	913.300

Quelle: Nach Angaben des BMBW
+ Einschließlich Vorgängerinstitutionen
++ Schätzwerte
+++ Eingeschlossen bei "wissenschaftlichen Hochschulen"

Unter den Studierenden des Jahres 1977 hatten 862.000 die deutsche Staatsangehörigkeit. Der Anteil der Ausländer an den Studenten ist seit langem mit 6 - 7 Prozent relativ konstant.

Der Vergleich von Studenten- und Studienanfängerzahlen in den siebziger Jahren - vgl. Tabelle 2 - zeigt, daß das Wachstum der Studentenzahlen seit 1973 nicht auf einer Zunahme des Hochschulzugangs beruht: Es ist vor allem einer Verlängerung der Verweildauer im Hochschulsystem zuzuschreiben. Die Globaldaten erlauben jedoch keine genauen Aussagen darüber, wieweit dies ein normaler statistischer Effekt des Übergangs von wachsenden zu konstanten Anfängerzahlen ist oder dabei die Dauer bis zum ersten Studienabschluß, der Studienfachwechsel und der Übergang zu Aufbaustudien

u.ä. zugenommen hat; es wird jedoch geschätzt, daß die Studienzeit innerhalb eines Faches bis zum Examen erheblich angestiegen ist.⁹⁾

Tabelle 2
Zahl der Studienanfänger und Studierenden an Hochschulen 1970-77

Jahr	Studienanfänger	Studierende
1970	125.700	510.500
1971	143.500	597.800
1972	155.500	661.500
1973	164.700	729.000
1974	168.300	790.500
1975	166.600	842.200
1976	168.100	877.300
1977	165.500	913.300

Quelle: Bundesminister für Bildung und Wissenschaft: Grund- und Strukturdaten 1978. Bonn 1978, S. 106 f.

2.2 Studienanfänger im internationalen Vergleich

Die starke Expansion der Studentenzahlen in den fünfziger und sechziger Jahren war kein spezifisches Phänomen der Bundesrepublik Deutschland, sondern trat gleichzeitig in den meisten anderen Industrieländern auf.¹⁰ Wirtschaftliche Anforderungen, wachsender gesellschaftlicher Reichtum, Veränderungen der Bildungsmotivationen und Lebensziele, wachsende soziale Belohnung von Bildungsabschlüssen und Effekte der Chancengleichheits- und Öffnungspolitik werden vor allem zur Begründung dieser Entwicklung genannt.

Tabelle 3 macht deutlich zum einen, daß der Anteil der Studierenden an der entsprechenden Altersgruppe im Vergleich zu anderen westlichen Industrieländern keineswegs besonders hoch ist. Zum anderen zeigt sich, daß in der Mehrzahl der Länder die Studienanfängerquoten in den siebziger Jahren stagnierten oder weniger anstiegen als in den sechziger Jahren. Die Entwicklungen verlaufen jedoch international keineswegs so homogen, daß von einer eindeutigen Trendwende gesprochen werden kann.¹¹

Tabelle 3
 Anteil der Studienanfänger an der gleichaltrigen Bevölkerung in ausgewählten Ländern 1965-74 (in %)

Land	Altersgruppe	Universitäten					Hochschulen insgesamt				
		1965	1970	1972	1973	1974	1965	1970	1972	1973	1974
Bundesrepublik +	20-22	8,3	11,2	14,3			11,6	15,3	19,5	19,8	19,5
Deutschland ++		7,7	10,7	12,6	15,0		10,8	14,6	18,2	20,4	
Belgien	18-20	9,6	13,0	12,5	12,3	12,3	21,8				
Dänemark	19-21	8,7	11,5	11,0	11,1	11,1					
Frankreich	18-20	11,6	13,8	18,2	18,6	18,8	14,8	19,2	24,6	25,9	
Italien	19-21						14,8	27,9			29,2
Niederlande	17-20	5,4	8,3			8,0	12,8	18,3			
Schweden	19-20	13,0	23,1	20,0			15,3	26,2	22,8		
Großbritannien	18-19	6,8	10,6	11,2	11,5		12,4	20,3	21,3	21,4	
USA	18	27,8	31,2	27,1	26,7		38,5	49,4	44,3	43,6	
Japan	18-19	13,3	17,1	21,4			17,6	23,6	29,4		

Quelle: Hecquet, Verniers und Cerych (Anm. 11), S. 4.

+ Einschließlich ausländischer Studienanfänger

++ Nur deutsche Studienanfänger

2.3 Prognosen der Studentenzahlen

In Schätzungen in der ersten Hälfte der siebziger Jahre wurde angenommen, daß die Zahl der Studienanfänger zumindest bis Mitte der achtziger Jahre sowie die Zahl der Studierenden insgesamt und der Absolventen noch über diesen Zeitraum hinaus steigen werden (vgl. Tabelle 4). Für die Jahre danach wird ein Rückgang der absoluten Zahlen primär aus demographischen Gründen vorausgesagt.¹² Inzwischen ist stärker bewußt geworden, daß diese Prognosen sich allzu sehr auf demographische Faktoren gestützt und die - auch in der Vergangenheit stärker ins Gewicht fallenden¹³ - Veränderungen in der Bildungsnachfrage unterschätzt wurden. Dennoch gibt es bisher keine Anzeichen dafür, daß eine Prognose zu revidieren wäre: daß nämlich der Anteil der Erwerbsbevölkerung mit Hochschulabschluß weiterhin viele Jahre lang deutlich ansteigen wird.

Tabelle 4

Prognosen über die Entwicklung der Studienanfänger-, Studenten- und Hochschulabsolventenzahlen in der Bundesrepublik Deutschland 1980-90 (in Tausend)

Jahr	Studienanfänger	Studenten	Absolventen
1980	200-220	811- 865	120
1985	220-240	966-1.048	149-219
1990	220-300		163
Zum Vergleich: 1970	126	510	92

Quelle: Nach Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit: Hochschulbildung und Arbeitsmarkt. Nürnberg 1975 (Quintessenzen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nr. 3), S. 10-12.

In den letzten Jahren gab es einige Anzeichen dafür, daß die Studierneigung der Jugendlichen zurückgeht. Genaue Angaben dazu sind nicht zu erhalten. Der Planungsausschuß für den Hochschulbau schätzt, daß 1975 die Studienanfängerzahl noch 96 Prozent der Zahl von Personen entsprach, die im gleichen Jahre die Hochschulzugangsberechtigung erwarben; 1977 betrug der entsprechende Wert nur noch 79 Prozent.¹⁴ Die Werte sind aber nur begrenzt aussagefähig, weil bei vielen Studienanfängern der Sekundarschulabschluß einige Zeit zuvor erfolgte.

Als wichtigster Indikator für den Rückgang der Studierneigungen werden zumeist Ergebnisse von Befragungen über die Studienabsichten von Abiturienten angesehen. Dabei zeigt sich, daß im Laufe der siebziger Jahre immer größer werdende Anteile der Sekundarschüler im letzten Ausbildungsjahr unentschlossen sind bzw. kein Studium beabsichtigen (siehe Tabelle 5).

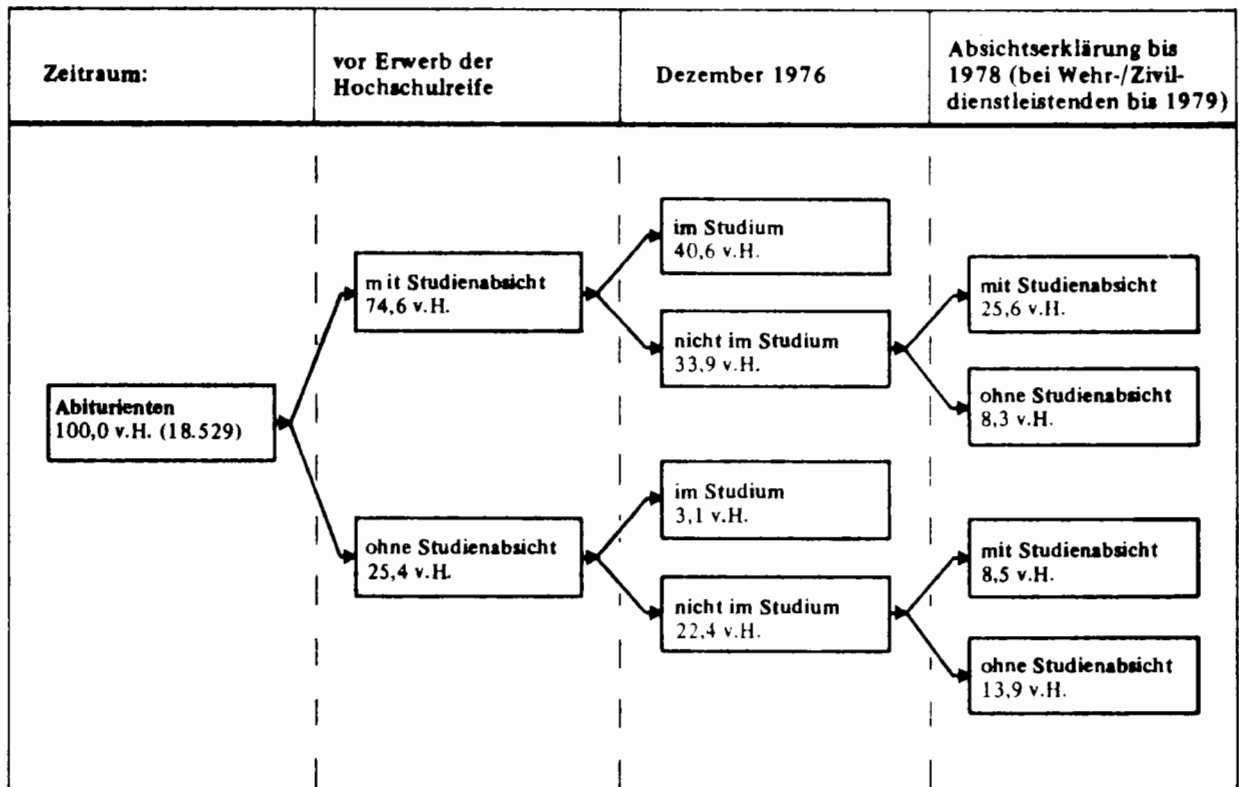
Tabelle 5
Studienabsichten von Abiturienten - Befragungsergebnisse (in Prozent)

Jahr des Erwerbs der Hochschulreife	Studierwillig	Unentschlossen	Keine Studienabsichten
1971	87	7	6
1972	90	6	4
1974	85	9	6
1975	79	12	9
1978	69	19	12

Quelle: Nach den jährlich durchgeführten Abiturientenbefragungen.

Nachträgliche Befragungen geben jedoch Anlaß, die Prognosevalidität der Absichtserklärungen der Abiturienten nicht allzu hoch einzuschätzen; dies macht Schaubild 11 deutlich. Gegen Ende des Abitur-Jahres 1976 hatten fast 10 Prozent der ursprünglich Studierwilligen ihre Studienabsicht aufgegeben; weitere etwa 30 Prozent hielten an der Studienabsicht fest, waren aber noch nicht immatrikuliert. Umgekehrt hatten von denjenigen, die unentschlossen waren bzw. kein Studium beabsichtigten, am Jahresende bereits 12 Prozent ein Studium aufgenommen; und gut 30 Prozent der nicht Studierenden dieser Gruppe erklärten, sie beabsichtigten ein Studium.¹⁵

Abbildung 1
Studienabsicht der Abiturienten 1976, tatsächlicher Verbleib und weitere Studienabsichten am Ende des Abitur-Jahres



Quelle: Birk u.a. (Anm. 15), S. 11

Somit scheint es auf der einen Seite berechtigt, manche Prognosen zu Beginn der siebziger Jahre über den zu erwartenden Zuwachs an Studenten und Hochschulabsolventen nunmehr für überhöht zu halten; umgekehrt gibt es bisher keinen Grund, ein "Einpendeln" der Studentenzahlen auf die Größenordnungen zu vermuten, die der erwarteten Zunahme von traditionellen Positionen für Hochschulabsolventen entsprechen.

3. Berufstätigkeit von Hochschulabsolventen

3.1 Vorbildung der Erwerbstätigen

Zur Berufstätigkeit von Hochschulabsolventen liegen weniger detaillierte Informationen als zum Studium vor. Gesamtübersichten erbringen nur die - jeweils etwa in Abständen von zehn Jahren durchgeführten - Volkszählungen. 1961 hatten 2,9 Prozent aller Erwerbspersonen ein Hochschulstudium abgeschlossen;¹⁶ weitere etwa ein Prozent hatten eine Vorgängerinstitution von Fachhochschulen absolviert. Die Ausbildungsbeschlüsse der Erwerbspersonen im Jahre 1970 sind in Tabelle 6 dargestellt: 4,3 Prozent hatten ein Hochschulstudium und 1,5 Prozent eine Ingenieurschulbildung abgeschlossen. Beide Anteile zusammen waren bei Männern über doppelt so hoch wie bei Frauen.

Tabelle 6
Höchster Ausbildungsabschluß der Erwerbspersonen nach Geschlecht 1970

Ausbildungsabschluß	In Tausend			In Prozent		
	Insg.	Männer	Frauen	Insg.	Männer	Frauen
Noch in Ausbildung	17	10	7	0,1	0,1	0,1
Volks-, Berufs- schulbesuch	19.426	12.373	7.053	73,0	72,5	74,0
Mittlerer Abschluß	2.473	1.343	1.130	9,3	7,9	11,9
Abitur	496	363	133	1,8	2,1	1,3
Fachschule	2.802	1.865	537	10,5	10,9	9,8
Ingenieurschule	394	389	5	1,5	2,3	0,1
Hochschule	1.002	732	270	3,8	4,3	2,8
Insgesamt	26.610	17.075	9.535	100	100	100

Quelle: Volkszählung 1970; nach Auswertungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.

Bis Ende der siebziger Jahre dürfte der Anteil der Hochschulabsolventen an den Erwerbspersonen auf 7 bis 8 Prozent gestiegen sein.¹⁷ Nach den statistischen Anhaltspunkten, die für diesen Zeitraum gegeben sind, hat die Akademisierung der Erwerbsbevölkerung in den siebziger mit ungefähr den gleichen jährlichen Durchschnittsraten stattgefunden wie in den sechziger Jahren.

3.2 Tätigkeitsbereiche von Hochschulabsolventen

Die Tabellen 7 und 8 geben einen Überblick zur Verteilung der Hochschulabsolventen nach Wirtschaftszweigen und Berufsbereichen. Danach waren 1970 über 40 Prozent der Hochschulabsolventen im Bereich von Bildung und Wissenschaft, Kunst sowie Publizistik tätig. Von den übrigen Erwerbstätigen mit Hochschulabschluß waren nicht viel weniger in sonstigen Bereichen, die überwiegend zum öffentlichen Dienst gehören, als in den überwiegend privatwirtschaftlich organisierten Bereichen tätig.¹⁸ Insgesamt war der Akademisierungsgrad im privatwirtschaftlichen Bereich weitaus geringer als im öffentlichen Bereich. Wie Tabelle 8 zeigt, waren insgesamt 70 Prozent der Akademiker in überwiegend professionell geprägten Dienstleistungsberufen tätig, nur etwa ein Viertel dagegen in Produktions- und Verwaltungsberufen. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß diese Daten die Vorgängerinstitutionen von Fachhochschulen nicht mit einbeziehen. Die Absolventen dieser Institutionen sind zu über 75 Prozent in privatwirtschaftlichen Bereichen bzw. in Produktions- und Verwaltungsberufen tätig. So wird in einer Prognose-Studie der Prognose AG geschätzt, daß 1970 insgesamt nur 35 % der Hochschul- und Fachhochschulabsolventen vom Staat beschäftigt wurden.¹⁹

Tabelle 7
Erwerbstätige mit abgeschlossener Hochschulausbildung nach Wirtschaftszweigen 1961 und 1970

Wirtschaftszweig	1961		1970		in Prozent	Akademi- sierungs- grad	Zuwachs 1961/1970 (in Prozent)
	absolut (in 1.000)	in Prozent	absolut (in 1.000)	in Prozent			
Privatwirtschaft	213,6	27,7	299,6	28,0	1,6	+ 40	
Land- und Forstwirtschaft	6,1	0,8	6,2	0,6	0,3	+ 2	
Verarbeitendes Gewerbe	103,0	13,1	146,4	13,7	1,8	+ 45	
Handel	38,8	5,0	51,4	4,8	1,6	+ 33	
Kredit- und Versicherungsgew.	12,3	1,6	19,9	1,9	3,0	+ 61	
Wirtschaftsberatung usw.	49,9	6,5	65,6	6,1	13,6	+ 31	
Sonstige Dienstleistungen	5,5	0,7	10,1	0,9	0,8	+ 84	
<u>Oberwiegend öffentlicher Dienst</u>	555,1	72,1	769,1	72,0	14,1	+ 39	
Versorgungswirtschaft	7,7	1,0	8,1	0,8	1,6	+ 6	
Verkehr und Nachrichtenüberm.	8,0	1,0	11,2	1,0	0,8	+ 40	
Wissensch., Bildung, Kunst, Publ.	303,8	39,5	465,7	43,6	49,3	+ 53	
Gesundheitswesen	107,3	13,9	131,7	12,3	17,7	+ 23	
Gemeinnütz. Org., priv. Haushalte	44,5	5,8	47,7	4,5	14,4	+ 7	
Gebietskörpersch., Sozialvers. o.A.	53,8	10,9	104,7	9,8	5,0	+ 25	
	1,3	0,2	-	-	-	-	
<u>Insgesamt</u>	770,0	100	1.068,7	100	4,3	+ 39	

Quelle: Nach Parmentier und Tessaring (vgl. Anm. 16), S. 257.

+ Anteil der Hochschulabsolventen an allen Beschäftigten der jeweiligen Wirtschaftszweige (in Prozent).

Tabelle 8

Erwerbstätige mit abgeschlossener Hochschulausbildung nach Berufsbereich 1961 und 1970

Berufsbereich	1961		1970		in Prozent	Akademi- sierungs- grad	in Prozent	Akademi- sierungs- grad	Zuwachs 1961/1970 (in Prozent)
	absolut (in 1.000)	in Prozent	absolut (in 1.000)	in Prozent					
<u>Personen-, gemeinschaftsbezogene</u>									
<u>Dienstleistungsberufe</u>	550,2	67,6	753,5	70,5	30,6	+ 45			
Rechtswahrer, -berater	49,9	6,4	56,6	5,3	77,7	+ 8			
Kommunikation, Kunst u.a.	22,9	3,0	31,7	3,0	15,3	+ 38			
Ärzte u.a. Gesundheitsberufe	130,4	16,9	162,6	15,2	27,0	+ 25			
Lehrer	270,3	35,1	416,2	38,9	90,7	+ 54			
Seelsorger	35,3	4,6	35,4	3,3	69,3	+ 0,3			
Sonst. Geistes- und Naturwiss.	8,5	1,1	38,7	3,6	100,0	+ 355			
Sonstige	3,9	0,5	12,3	1,2	1,2	.			
<u>Verteilende, verwaltende und planende Berufe</u>									
Kaufleute, Bürokräfte	222,8	28,9	269,7	25,2	3,3	+ 21			
Unternehmer usw.	51,0	6,6	82,5	7,7	1,3	+ 62			
Admin. entsch. Beschäftigte	42,8	5,6	41,3	3,9	11,2	- 4			
Naturw.-techn. Fachkräfte	30,8	4,0	37,4	3,5	13,7	+ 21			
übrige Berufe	98,8	12,7	108,5	10,1	9,1	+ 11			
	27,0	3,5	45,5	4,3	0,3	+ 69			
<u>Insgesamt</u>	770,0	100	1.068,7	100	4,3	+ 39			

Quelle: Nach Parmentier und Tessaring (vgl. Anm. 16), S. 255.

+ Anteil der Hochschulabsolventen an allen Beschäftigten der jeweiligen Berufsgruppe (in Prozent).

Tabelle 9 gibt einen Überblick über die Studienfachrichtungen der erwerbstätigen Hochschulabsolventen und dabei über den Zuwachs seit 1961. Im Vergleich zu vielen anderen westeuropäischen Ländern ist dabei insbesondere der relativ geringe Anteil von 10 Prozent Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlern bemerkenswert.

Unter den in der Übersicht gebildeten Fächergruppen hatten die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften und danach die Naturwissenschaften im Zeitraum von 1961 bis 1970 den größten Bestandszuwachs - größer als bei den Geisteswissenschaften und der Lehramtsausbildung. Bei den einzelnen Fachrichtungen wurde der größte Zuwachs bei den relativ neu etablierten Fachrichtungen Soziologie/Politologie bei der Dolmetscher- und Übersetzerausbildung festgestellt. Aber auch bei den Physikern trat mehr als eine Verdoppelung der Erwerbstätigenzahl zwischen den beiden Volkszählungen ein.

Tabelle 9

Erwerbstätige Hochschulabsolventen nach Fachrichtungen

Fachrichtungsbezeichnung ¹⁾	Bestand	Bestands-
	1970	veränderung in % 1961/1970
Land-, Forstwirtschaft, Gartenbau (einschließlich Landwirtschaftliches Lehramt)	17 300	- 2
Ingenieurwissenschaften	114 800	+ 14
Architektur (ohne Architektur an Kunsthochschulen)	15 600	+ 11
Bauingenieurwesen	20 500	- 13
Maschinen- und Fahrzeugbau	31 300	- 6
Elektrotechnik	23 400	+ 28
Sonstige (u. a. Lebensmitteltechnologie, Berg- und Hüttenwesen, Gesteinschüttenkunde, Vermessungswesen, Feinwerktechnik, Holz- und Papiertechnik, Druckgraphik, Fotografie, Textil- und Bekleidungstechnik einschließlich künstlerische Fachgebiete)	24 100	.. ²⁾
Naturwissenschaften (einschließlich Höheres Lehramt)	91 100	+ 75
Mathematik	17 100	+ 88
Biologie	6 800	+ 69
Chemie, Chemieingenieurwesen	31 900	+ 40
Physik, Physikingenieurwesen	18 800	+ 105
Sonstige (Geographie, Geologie, Mineralogie, Meteorologie, Geophysik und andere naturwissenschaftliche Fachrichtungen, Verfahrenstechnik (allgemein), Diplom-Ingenieur ohne nähere Angabe)	18 600	.. ²⁾
Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	104 500	+ 82
Volks- und Betriebswirtschaftslehre (einschließlich Wirtschaftsingenieurwesen)	97 700	+ 76
Soziologie/Politologie	5 400	+ 183
Hauswirtschaft	1 400	.. ²⁾
Rechtswissenschaften	93 500	+ 13
Medizin, Pharmazie	180 300	+ 29
Allgemeine Medizin	114 600	+ 34
Zahnmedizin	28 000	+ 18
Veternärmedizin	9 300	+ 16
Pharmazie	28 400	+ 33
Lehrämter	253 300	+ 34
Lehramt an Volks-, Real- und Sonderschulen	179 400	+ 14
Lehramt an berufsbildenden Schulen (einschließlich Handelslehramt)	19 500	+ 51
Sonstige (Lehramt an Gymnasien ohne Angabe der Fachrichtung, Lehramt für technische und musische Fächer an allgemeinbildenden Schulen, Sportlehrer, Flug-, Fahrllehrer, Lehramt ohne nähere Angabe)	54 400	.. ²⁾
Geisteswissenschaften (einschließlich Höheres Lehramt)	211 100	+ 83
Pädagogik ohne nähere Angabe (einschließlich Sozialpädagogik, Heilpädagogik)	58 700	.. ²⁾
Philologie	44 800	+ 33
Theologie	46 600	+ 17
Künstlerische Fachrichtungen (Bildende Kunst einschließlich Architektur an Kunsthochschulen, Darstellende Kunst, Musik)	30 200	+ 29
Dolmetscher/Übersetzer	6 600	+ 129
Publizistik/Bibliothekswesen	3 400	+ 80
Geschichte/Volks-Völkerkunde	6 800	+ 60
Philosophie	3 900	.. ²⁾
Psychologie	3 800	+ 83
Sonstige (u. a. Literatur-, Religionswissenschaft, Kunst-, Theaterwissenschaft, Archäologie)	6 400	.. ²⁾
Ohne Angabe und sonstige Fachrichtungen	2 900	.. ²⁾
Insgesamt	1 070 000 ³⁾	+ 38

¹⁾ Eine Kennziffer kann nicht angegeben werden, da es keine amtliche Systematik schulischer Ausbildungsfachrichtungen gibt.

²⁾ Kein Zeitvergleich möglich bzw. sinnvoll.

³⁾ Ergebnis der Repräsentativhebung (Differenzen u. a. durch Runden der Zahlen)
Ergebnis der Totalerhebung: 998 000 Erwerbstätige.

⁴⁾ Ohne private Haushalte 1961: 24,3 %, 1970: 23,6 %

3.3 Erwerbsbeteiligung und Einkommen

Die Volkszählungsdaten von 1970 enthalten daneben noch einige zusätzliche Beschäftigungsindikatoren, bei denen Unterschiede nach Bildungsabschluß festgestellt werden können:

- Die Unterschiede der Erwerbsbeteiligung - Anteil der Erwerbstätigen an den Personen im erwerbsfähigen Alter - nach Bildungsabschluß sind insbesondere bei Frauen bemerkenswert. Die Daten in Tabelle 10 zeigen, "daß Frauen mit höher qualifizierter Ausbildung zu höheren Anteilen erwerbstätig bleiben als Frauen mit 'niedrigen' Ausbildungsabschlüssen".²⁰

Tabelle 10
Erwerbsbeteiligung von Frauen nach dem höchsten Ausbildungsabschluß 1970

Höchster Ausbildungsabschluß	Erwerbsbeteiligung in Prozent
Volksschul- bzw. Berufsschulbesuch	36,1
Mittlere Reife	46,2
Abitur	32,8
Berufsfach-, Fach-, Technikerschule	57,3
Ingenieurschule	58,9
Hochschule	63,6

Quelle: Parmentier und Tessaring (Anm. 16), S. 277.

- Schließlich liegen Daten zu den Einkommensunterschieden vor. Wie Tabelle 10 zeigt, verdienen Erwerbstätige mit Hochschulabschluß im Durchschnitt zweieinhalb mal so viel wie Personen ohne jeden Ausbildungsabschluß und etwa 90 Prozent mehr als Erwerbstätige mit abgeschlossener Lehre. Diese Daten besagen aber wegen der Einkommensunterschiede nach Alter und der unterschiedlichen Dauer der Erwerbstätigkeit insgesamt als Folge der Ausbildungslänge nur begrenzt etwas über die Einkommenserwartungen insgesamt. Nach Daten von 1964 hatte ein Akademiker (Abschluß einer wissenschaftlichen Hochschule) ein um 91 Prozent höheres Lebens Einkommen als ein ungelernter Arbeiter.²¹

Tabelle 11
 Monatliches Netto-Einkommen in Abhängigkeit vom Ausbildungsniveau der Erwerbstätigen 1970 (in Prozent)

höchster Ausbildungs- abschluß	monatliches Nettoeinkommen von ... bis unter ... DM						mittleres Ein- kommen in DM	Index	
	-300	300-500	500-800	800-1200	1200-1800	1800-2500			2500 u.m.
ohne Ausbildungs- abschluß	10,5	21,1	36,7	25,3	4,1	1,8	0,4	713,-	100
mit Lehre	4,0	7,9	30,0	40,7	11,8	4,0	1,5	959,-	135
mit Berufsfach-, Fach-, Techniker- schulabschluß	5,1	10,3	26,7	33,6	16,5	5,3	2,5	1010,-	142
mit Ingenieur- schulabschluß	0,6	0,5	2,0	18,1	46,1	22,0	10,8	1738,-	244
mit Hochschul- abschluß	1,5	2,1	6,0	16,6	33,1	23,4	17,3	1820,-	255

Quelle: Parmentier und Tessaring (Anm. 16), S. 279.

Die relativ detaillierten Daten über die Beschäftigung von Hochschulabsolventen liegen für einen Zeitraum vor, in dem nach einhelliger Meinung der Experten noch weniger qualitative Veränderungen der Berufsperspektiven von Hochschulabsolventen zur Diskussion standen als in den siebziger Jahren. Die jüngsten Veränderungen der Berufssituation von Hochschulabsolventen - das Thema des nächsten Kapitels - werden auf einer wesentlich bescheideneren Datenlage zu diskutieren sein.

4. Beschäftigungsprobleme von Hochschulabsolventen in den siebziger Jahren

4.1 Zur Situation und zur Datenlage

In den siebziger Jahren ergab sich für Personen mit Hochschulabschluß ein doppeltes Arbeitsmarktproblem: Erstens haben allgemeine Wirtschaftsprobleme die Beschäftigungsprobleme für die Gesamtbevölkerung erhöht; die Hochschulabsolventen waren von dieser allgemeinen Lage mitbetroffen. Zweitens waren Veränderungen des Verhältnisses von Hochschulbildung und Beruf als Folge eines schnelleren Wachstums der Hochschulabsolventenzahl als derjenigen Berufspositionen, in denen die meisten Inhaber eines Hochschulzertifikats zuvor tätig waren, unausweichlich.²²

Regelmäßige Erhebungen zu den gewachsenen Beschäftigungsproblemen der Hochschulabsolventen in den siebziger Jahren gibt es nur für den dramatischsten Indikator: Zweimal jährlich veröffentlicht die Bundesanstalt für Arbeit detaillierte Daten zur Arbeitslosigkeit, bei der auch der Bildungsabschluß berücksichtigt wird. Für Veränderungen des beruflichen Einsatzes von Hochschulabsolventen gibt es keine größeren Untersuchungen; die Datenlage erlaubt nur sehr begrenzt abgesicherte Aussagen.

4.2 Arbeitslosigkeit

Tabelle 11 gibt einen Überblick über die Zahl der Personen mit Hochschulabschluß, die amtlich als arbeitslos registriert sind, im Zeitraum vom Herbst 1973 - vor Beginn des rapiden Anstiegs der allgemeinen Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland - bis zum Frühjahr 1978. Die Arbeitslosenquote bezeichnet dabei den Anteil der registrierten Arbeitslosen an den registrierten unselbständig Beschäftigten plus Arbeitslosen, also der Erwerbsbevölkerung im unselbständigen Bereich.

Tabelle 12

Arbeitslosigkeit von Personen mit Hochschulabschluß 1973-1978

Zeitpunkt	Arbeitslose Absolventen von Hochschulen		Arbeitslose Fachhochschulabsolventen	
	absolut	Arbeitslosenquote (in %)	absolut	Arbeitslosenquote (in %)
Sept. 1973	5.517	0,6	4.566	0,9
Mai 1974	7.586	0,8	6.311	1,2
Sept. 1974	9.618	1,0	10.264	2,0
Mai 1975	13.131	1,4	12.139	2,2
Sept. 1975	15.491	1,7	14.917	2,6
Mai 1976	18.408	1,9	14.392	2,5
Sept. 1976	20.336	2,1	16.505	2,8
Mai 1977	24.668	2,5	15.074	2,5
Sept. 1977	23.777	2,3	15.984	2,4
Mai 1978	23.768	2,2	12.408	1,8

Quelle: Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit

Gegenüber dem Herbst 1973 läßt sich feststellen, daß sich das Arbeitslosigkeitsrisiko für erwerbswillige Personen mit Hochschulabschluß ungefähr verdreifacht hat. Dabei ergeben sich von Erhebung zu Erhebung relativ große Unterschiede.

Tabelle 12 gibt über die Unterschiede der Arbeitslosenquoten nach Bildungsabschluß Auskunft. Insgesamt lassen diese Daten den Schluß zu, daß die Arbeitslosen desto niedriger sind, je höher die formale Qualifikation der Arbeitskräfte ist.²³

Tabelle 13
 Qualifikationsspezifische Arbeitslosenquoten 1974-1978 (in %)

Ausbildungsabschluß	Mai 1974	Mai 1975	Mai 1976	Mai 1977	Mai 1978
Ohne Ausbildungsabschluß bzw. angelernt	3,7	8,0	7,0	7,1	6,9
Abschluß einer betrieblichen Ausbildung	1,3	3,1	3,2	3,1	2,8
Abschluß einer Berufsfach-, Fach- oder Technikerschule	0,6	1,0	1,6	1,7	1,7
Fachhochschulabschluß	1,2	2,2	2,5	2,5	1,8
Hochschulabschluß	0,8	1,4	1,9	2,5	2,2
Insgesamt	2,0	4,4	4,2	4,2	3,9

Quelle: Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit

Zweifelloos gibt es bei allen Qualifikationsniveaus eine Dunkelziffer der Arbeitslosigkeit.²³ Es gibt jedoch keinen Anlaß zu der Vermutung, daß diese bei Personen mit Hochschulabschluß überproportional hoch ist und daß deshalb die obigen Aussagen über den Zusammenhang von Qualifikationsniveau und Arbeitslosigkeit ein Artefakt von Registrierverfahren darstellt.

Die Entwicklung der qualifikationsspezifischen Arbeitslosenquoten von 1975 bis 1977 wurde als allgemeine Stabilisierung der Arbeitslosigkeit bei gleichzeitiger Tendenz zur Annäherung der Akademiker-Arbeitslosigkeit an die allgemeine Arbeitslosigkeit interpretiert. Dabei wurde z.B. angenommen, daß die Auswirkungen der allgemeinen Beschäftigungsprobleme die Akademiker erst mit zeitlicher Verschiebung erreichen, weil diese im Durchschnitt eine relativ hohe Arbeitsplatzsicherheit haben, auch wurde vermutet, daß sich nunmehr die Folgen der raschen Hochschulexpansion begännen, sich für die Absolventen in einem größeren Beschäftigungsrisiko niederzuschlagen. Diese Interpretation ist aber durch die gegenläufige Entwicklung von 1977 bis 1978 fragwürdig geworden.

Bei der Diskussion über den Nachholeffekt der Arbeitslosigkeit von Akademikern wurde auf den großen Anteil von Hochschulabsolventen im öffentlichen Dienst verwiesen;²⁴ es wurde für möglich gehalten, daß die geringeren Arbeitslosenquoten von Hochschulabsolventen etwa gegenüber Facharbeitern allein auf diesem Unterschied beruhen. Demgegenüber zeigt eine differenzierte statistische Analyse, daß auch in der Privatwirtschaft Personen mit Hochschulabschluß am wenigsten von Arbeitslosigkeit bedroht sind.²⁵

Gerade die Arbeitslosenquoten von Berufsanfängern schienen zunächst den Nachzüglereffekt bzw. Überangebotseffekt bei Akademikern zu bestätigen: Der Anteil der Berufsanfänger unter allen arbeitslosen Personen mit Hochschulabschluß hatte sich von 31 Prozent im Jahre 1974 auf 39 Prozent im Jahre 1977 erhöht; den Fachhochschulabsolventen war der entsprechende Zuwachs von 22 auf 34 Prozent noch markanter.²⁶ Der starke Rückgang gerade der Arbeitslosigkeit von Berufsanfängern mit Hochschulabschluß von 1977 bis 1978 - bei Hochschulabsolventen von 39 auf 28 Prozent und bei Fachhochschulabsolventen von 34 auf 27 Prozent²⁷ - belegt jedoch, daß diese Interpretation voreilig war. Es zeigt sich lediglich, daß auch im Bereich hochqualifizierter Arbeitskräfte - und dort überproportional stark - die Zyklen der Arbeitslosigkeit am stärksten die Berufsanfänger betreffen.

Lediglich bei den Daten zur Dauer der Arbeitslosigkeit zeigt sich für die Hochschulabsolventen - ähnlich wie bei den Angehörigen anderer Qualifikationsgruppen - eine durchgängige Zunahme der längerfristigen Arbeitslosigkeit. Unter allen Arbeitslosen mit Hochschulabschluß (ausschließlich Fachhochschulen) waren 1974 nur 5 Prozent, 1977 jedoch bereits 15 Prozent zum Zeitpunkt der Erhebung ein Jahr oder länger arbeitslos.²⁸ Dieser Anteil stieg bei gleichzeitigem Rückgang der allgemeinen Quote der Akademikerarbeitslosigkeit im Jahre 1978 auf 21 Prozent.²⁹

Tabelle 13 stellt die vorliegenden Angaben über die Arbeitslosigkeit von Hochschul- und Fachhochschulabsolventen nach Studienfachrichtungen in gedrängter Form dar. Dabei zeigen sich große Unterschiede in den Anteilen der Berufsanfänger und der langfristig Arbeitslosen. Weiter wird deutlich, daß 1978 neben den Geisteswissenschaftlern außerhalb des Lehramtsbereiches auch die Ingenieur- und die Naturwissenschaftler von überdurchschnittlich hoher Berufsanfänger- und Dauerarbeitslosigkeit betroffen waren. Die Aufgliederung ist in dieser Fachgruppierung jedoch nicht fein genug, um die Probleme bei einzelnen Fächern - z.B. Architektur, Soziologie usw. - aufzuzeigen.

Die Daten einer solchen Tabelle, die in abgewandelter Form in vielen Publikationen aufgenommen wird, sind insofern irreführend, da sie keine Arbeitslosenquoten nach Studienfachrichtung enthalten; d.h. es wird nicht sichtbar, welche Studienfächer insgesamt die höchsten Arbeitsmarktrisiken haben. Dieser Informationsmangel ergibt, weil der Bestand der Erwerbstätigen je Berufsgruppe und Bildungsabschluß nicht so häufig erhoben wird. Die Arbeitslosigkeit der Lehrer z.B. ist als besonders gravierend in aller Munde. In der Tat ist dies die Gruppe mit den größten absoluten Arbeitslosenzahlen; auch war 1977 der Zuwachs in dieser Gruppe allgemein wie unter den Berufsanfängern besonders hoch.³⁰

Betrachtet man jedoch die Daten von 1978 und berücksichtigt die Größe dieser Berufsgruppe insgesamt, so ist das Arbeitsmarktrisiko für Studierende, die sich auf Lehrberufe vorbereiten, bisher noch als unterdurchschnittlich zu bezeichnen.

Tabelle 14

Arbeitslosigkeit von Hoch- und Fachhochschulabsolventen nach Studienfachrichtungen, Mai 1978

Ausbildungsfachrichtung	Hochschulabsolventen		Fachhochschulabsolventen	
	absolut	davon Berufsanfänger (in%)	absolut	davon Berufsanfänger (in%)
Land-, Forstwirtschaft, Gartenbau	366	34,4	148	24,3
Ingenieurwissenschaften	2908	29,9	6090	30,2
Naturwissenschaften	3257	27,3	363	40,2
Rechtswissenschaft	1186	18,5	-	-
Publizistik, Dolmetscher, Bibliothek usw.	568	16,0	194	20,6
Kunst, Musik	562	18,3	1105	25,6
Medizin, Pharmazie	1641	5,5	-	-
Sozialarbeit/Sozialpädagogik	571	50,1	1869	21,6
Lehrämter (einschl. Hochschule)	7303	27,3	88	25,0
Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	4385	42,2	998	41,9
Sonstige Geisteswissenschaften	1067	35,2	-	-
Insgesamt	23.768	28,5	12.408	27,5

Quelle: Errechnet nach ANBA, Nr. 10 (1978), S. 1305 f.

Da keine genauen Quoten der Arbeitslosigkeit nach Fachrichtungen vorliegen, kann man lediglich Schätzwerte bilden. Unter der Annahme, daß sich die Erwerbstätigen mit Hochschulabschluß (ohne Fachhochschulabsolventen) im Mai 1978 nach Fachrichtungen ebenso verteilen wie bei der Volkszählung 1970, ergäben sich folgende Quoten: Für Naturwissenschaften 5,4%, Sozialwissenschaften 4,4%, Geisteswissenschaften 3,4%, Ingenieurwissenschaften 3,0%, Agrarwissenschaften 2,4%, für Lehrer 1,6%, Rechtswissenschaft 1,3% und Gesundheitswissenschaften 0,9%. Eine grobe Schätzung der Veränderungen in der Verteilung der Erwerbstätigen nach Studienfächern läßt die Vermutung zu, daß exakte Daten voraussichtlich geringe Unterschiede nach Fachrichtungen ergäben, die Reihenfolge jedoch kaum verändert wäre.

4.3 Stellenangebote und Arbeitsvermittlung

Daten über die Relation von Stellensuchenden und Stellenangeboten sind prinzipiell wichtige Indikatoren für die Beschäftigungschancen von Hochschulabsolventen. Die dazu publizierten Daten der Bundesanstalt für Arbeit ergeben jedoch ein sehr verzerrtes Bild, weil sie nur den Teilbereich der amtlichen Vermittlung darstellen, dessen Stellenwert im Gesamtbereich des Arbeitsmarktes für Hochschulabsolventen sich nicht eindeutig einschätzen läßt.

Die Bundesanstalt registrierte im zweiten Halbjahr 1977 insgesamt 15 683 neue Stellenangebote für "Angehörige besonders qualifizierter Berufe", 20 461 neue Bewerbergesuche und 4 998 erfolgreiche Vermittlungen³¹. Wie problematisch diese Daten für die Arbeitsmarktlage sind, läßt sich an zwei einfachen Beispielen belegen:

- Die Relation von Zugängen der Stellen und Bewerbern war im zweiten Halbjahr mit 1:1,3 für die Bewerber wesentlich günstiger als ein Jahr zuvor mit 1:2,0; im gleichen Zeitraum war jedoch die Zahl der Arbeitslosen mit Fachhochschul- und Hochschulabschluß deutlich angestiegen.³²
- Bei Ingenieuren - einer von Arbeitslosigkeit überproportional betroffenen Gruppe unter den Hochschulabsolventen - war im zweiten Halbjahr 1977 die Relation von Stellenangeboten und -nachfragen auf dem amtlichen Arbeitsmarkt nicht ungünstiger als 1973³³, die Arbeitslosigkeit jedoch weitaus höher.

Auch andere Ansätze zur Datensammlung - wie etwa die Auswertung von Zeitungsannoncen - beschreiben den Arbeitsmarkt zu ungenau, um überzeugende Schlüsse auf Entwicklungstendenzen zu erlauben.

4.4 Verbleib außerhalb traditioneller Berufsbereiche für Hochschulabsolventen

Experten über Fragen des Arbeitsmarktes für Hochschulabsolventen stimmen in der Einschätzung überein, daß im Laufe der siebziger Jahre die Zahl derjenigen Personen mit Hochschulabschluß zugenommen haben, die außerhalb der bisher dominierenden Tätigkeitsbereiche von Hochschulabsolventen tätig werden - außerhalb derjenigen Bereiche, die in normativer Stützung des status quo als "adäquate" Tätigkeitsbereiche bezeichnet werden.³⁴ Es fehlen jedoch Daten, die das Ausmaß dieser Entwicklung überzeugend kennzeichnen.

Das Ergebnis des bisher detailliertesten Qualifizierungsversuchs für diesen Themenbereich ist in Tabelle 14 zusammengestellt; dabei sind Fachhochschulabsolventen nicht berücksichtigt. Tessaring, der Autor der Studie, faßt die Ergebnisse der Studie wie folgt zusammen: "Die Berechnungen ergaben, daß - über den gesamten Zeitraum hinweg betrachtet - rund drei Viertel der neu in das Erwerbsleben eintretenden Hochschulabsolventen entweder zum Ersatz ausscheidender Arbeitskräfte eingestellt wurden oder zusätzlich für Hochschulabsolventen eingerichtete Arbeitsplätze einnahmen. Anhand der vorliegenden Statistiken nicht erklärt werden konnte der Verbleib von insgesamt jedem Fünften der Hochschulabsolventen. Der nicht zu klärende Verbleib nahm in den letzten Jahren stark zu. Allein im Jahre 1978 beträgt die Höhe dieses ungeklärten Restes nahezu die Hälfte eines Absolventenjahrganges. Hierbei ist der zunehmende Verbleib von 'frischgebackenen' Absolventen im Bildungswesen bereits berücksichtigt."³⁵

Tabelle 15

Schätzung des Verbleibs der Hochschulabsolventen 1971 - 78 (in 1000)

Jahr	Hochschul- absolventen	Erwerbs- eintritte	Bestandersatz und -zuwachs Staat Privat- wirtschaft	Arbeitslose Berufsanfänger mit Hochschul- abschluß	Nicht erklärbarer Verbleib von Hochschulabsolventen
1971	65,5	57,6	39,2 24,1	-	-
1972	67,1	59,0	41,3 24,0	-	-
1973	71,4	62,8	33,4 24,0	1,7	3,7
1974	76,3	64,9-67,1	39,3 18,6	3,1	3,9-6,1
1975	84,5	71,8-74,3	32,9 18,5	4,9	15,5-18,0
1976	90,0	73,3-79,2	27,2 18,5	5,5	26,1-28,0
1977	98,5	83,7-86,7	27,7 18,7	7,0	30,3-33,3
1978	106,8	90,8-94,0	23,3 18,6	7,1	41,5-45,0

Quelle: Nach Tessaring (Anm. 17), S. 175 f.

Ergänzend sind zwei Aspekte hervorzuheben:

- Der öffentliche Sektor, der 1971 noch 60% der Hochschulabsolventen aufnahmen, beschäftigte 1978 nach diesen Daten nur noch gut 20% der Hochschulabsolventen. Wenn auch die Dunkelziffern vermuten lassen, daß die reale Entwicklung nicht ganz so drastisch verlaufen ist, wird damit eine schnelle Verschiebung des Tätigkeitsspektrums für Hochschulabsolventen deutlich.
- Beim "Bestandersatz und -zuwachs" im staatlichen und privatwirtschaftlichen Bereich ist nicht eindeutig erkennbar, ob die einbezogenen Positionen nach Qualifikationsanforderungen und Status im untersuchten Zeitraum ungefähr gleichgeblieben sind oder sich deutlich verschoben haben.

Die genannten Daten lassen einen großen Interpretationsspielraum offen. Tessaring selbst meint: " Es liegt der Schluß nahe, daß die Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes für Hochschulabsolventen bislang weit unterschätzt wurde. Damit erhebt sich die Frage, welchen Wert man herkömmlichen Prognosen oder Tendenzaussagen zum Akademikerbedarf beimessen soll und kann. Eine überwiegend auf Strukturextrapolationen von Vergangenheitsentwicklungen beruhende und allein aus ökonomischen Größen abgeleitete Bedarfsrechnung scheint also nicht in der Lage zu sein, selbst für einen verhältnismäßig kurzen Zeitraum die Dynamik des Arbeitsmarktes zu erfassen...

Die Expansion des Hochschulbereichs hat sich damit bisher ohne gravierende Friktionen vollzogen. Hochschulabsolventen sind weder von Arbeitslosigkeit stärker betroffen als andere Gruppen noch von Dequalifizierungstendenzen größeren Umfangs. Nähere Aufschlüsse über diese hier nur andeutungsweise aufgezeigten Tendenzen dürfte eine Erhebung bei jüngeren Hochschul- und Fachhochschulabsolventen bringen, die zur Zeit im IAB durchgeführt wird."³⁶

Eine andere Studie über Beschäftigungsmöglichkeiten von Hochschulabsolventen interpretiert die gleichen Ergebnisse als Anzeichen für eine erhebliche Verschlechterung der Berufsperspektiven - verringerte Absorption im öffentlichen Bereich, zunehmende "Verdrängung" anderer Erwerbstätiger, größere Arbeitslosigkeit - und wirft Tessaring eine Verharmlosung der Probleme vor.³⁷

Tatsächlich kann man im Vergleich der Argumente feststellen, daß Tessaring bei der Beurteilung des Arbeitsmarktes eine Tendenz zur "vertikalen Substitution" - zur stärkeren Besetzung der Positionen mit Personen, die höher qualifiziert sind als ihre Vorgänger - per se nicht als Anzeichen für Friktionen auf dem Arbeitsmarkt betrachtet, wie das bei seinen Kritikern der Fall zu sein scheint. Die Kritiker können jedoch zu Recht hervorheben, daß dem Anwachsen des unerklärten Rests beim Verbleib von Hochschulabsolventen größere Aufmerksamkeit geschenkt werden muß, als dies in den Schlußfolgerungen von Tessaring geschieht.³⁸

Schließlich sind in diesem Zusammenhang Befragungen bei Arbeitgebern über den bisherigen Einsatz von Hochschulabsolventen bzw. über die Einschätzung der Angemessenheit bzw. Unangemessenheit der Qualifikation ihrer Arbeitskräfte zu erwähnen:

- Eine Umfrage bei größeren Betrieben im Jahre 1977 ergab, daß die befragten Unternehmen in den letzten Jahren keine Hochschulabsolventen "weit unter Qualifikation" eingestellt hätten.³⁹
- Eine andere Befragung im Jahre 1975 ergab, daß die Betriebe einen Hochschulabschluß für die Positionen, in denen sie Hochschulabsolventen beschäftigt haben, zumeist als erforderliche Qualifikationsvoraussetzung betrachten (vgl. Tabelle 15). Die Zahl der Fälle, in denen ein Hochschulabsolvent eine Tätigkeit ausübt, die ohne Probleme auch von Personen ohne Hochschulabschluß ausgeübt werden könnte, wird nach dieser Befragung etwa ebenso hoch eingeschätzt wie die Zahl der Fälle, in denen bisher Personen ohne Hochschulabschluß beschäftigt sind, die Beschäftigte jedoch Hochschulabsolventen vorziehen würden.

Diese Beispiele lassen den Schluß zu, daß die privaten Beschäftiger bisher gewöhnlich ihre Rekrutierungskriterien bei Hochschulabsolventen nicht wesentlich verändert haben; dies schließt jedoch graduelle Verschiebungen nicht aus. Ebenso ist vorstellbar, daß eine Veränderung der Einstellungspolitik sich erst Ende der siebziger Jahre abzeichnet.

Tabelle 16
 Optimale und tatsächliche Ausbildung bei Hochschulabsolventen nach dem Urteil der Vorgesetzten
 Befragungsergebnis 1975 (in Prozent)

(a) Optimale Ausbildung für die von Hochschulabsolventen ausgeübte Tätigkeit	
Berufsfach-, Fachschule	4,3
Technikerschule	0,8
Ingenieurschule	3,7
Hochschule	86,7
keine schul. Berufsausbildung	4,5
Insgesamt	100,0
(b) Tatsächliche Ausbildung der Arbeitsplatzinhaber, bei denen eine Hochschulausbildung optimal wäre	
Berufsfach-, Fachschule	3,0
Technikerschule	0,8
Ingenieurschule	3,2
Hochschule	86,6
keine schul. Berufsausbildung	6,4
Insgesamt	100,0

Quelle: Nach Permentier und Tessaring (Anm. 16) S. 280

5. Prognosen und Bedarfsstudien über den Arbeitsmarkt für Hochschulabsolventen

5.1 Theoretische, methodische und politische Probleme von Prognosen

In der Bundesrepublik Deutschland sind eine Fülle von Prognosen über die Entwicklung des Arbeitsmarktes von Hochschulabsolventen und Studien über den erwarteten Bedarf an Hochschulabsolventen erstellt worden. Ersten globalen Schätzungen in den sechziger Jahren⁴¹ folgten verschiedenen Studien nach dem Arbeitskräftebedarfsansatz⁴² und schließlich differenziertere prognostische Ansätze im Laufe der siebziger Jahre, die u.a. unterschiedliche Entwicklungstrends, politische Alternativen und Substitutionsmöglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt berücksichtigen⁴³.

Die Prognosen und Bedarfsstudien sind wegen ihrer theoretischen, methodischen und politischen Implikationen häufig kritisiert worden. Die Kritiken richteten sich vor allem auf:

- Probleme der Unsicherheit der Entwicklung,
- Annahmen über wirtschaftliche Anforderungen und die Entwicklung des Bildungssystems,
- Unterstellungen über angemessene Qualifizierung,
- unzureichende Berücksichtigung der politischen Entscheidungen,
- unzureichende Berücksichtigung der Elastizität des Arbeitsmarktes.⁴⁴

Einige Methoden und deren Kritiken sind in dem folgenden Textauszug zusammengefaßt:

"Methodenübersicht:

Es werden grundsätzlich zwei unterschiedliche methodische Absätze unterschieden.

a) Angebotsprognose (social demand approach):

Grundlagen sind: Bevölkerungs-, Schülerprognosen, Übergangsquoten zwischen den einzelnen Schulstufen und -formen und in den Hochschulbereich, Verteilung der Studienanfänger auf die einzelnen Fachrichtungen, Studiendauer, Abbrecherquoten, Fachwechselquoten, Erfolgsquoten. Resultat sind die in jedem Jahr neu in den Arbeitsmarkt eintretenden Hochschulabsolventen nach Fachrichtungen. Diese werden dem - um die jährlichen Abgänge korrigierten - Bestand an Akademikern hinzugerechnet. Es ergibt sich für jedes Prognosejahr das Gesamt-Angebot an Akademikern.

Probleme: 1) Da Übergangsquoten, Fachrichtungsstruktur, Abgänge etc. teils extrapoliert, teils konstant gehalten werden, geht man von einer Beibehaltung des Bildungswesens in organisatorischer, institutioneller und curricularer Hinsicht sowie im Hinblick auf seine bisherige quantitative Entwicklung aus. 2) Die Ausbildung wird als autonom von der wirtschaftlichen Entwicklung und den Arbeitsmarktanforderungen gesehen. Es wird volle Studien- und Berufswahlfreiheit (Art.12 GG) unterstellt und vorausgesetzt, daß die Hochschulkapazitäten den Studienwünschen entsprechen. 3) Rückwirkungen von Bedarfsänderungen (etwa aufgrund von Prognosen) über künftige Einkommens-, Aufstiegs- und Statuserwartungen auf die Bildungsentscheidungen und damit auf Umfang und Struktur des Bedarfs werden nicht berücksichtigt.

b) Bedarfsprognose (manpower approach):

Grundlagen sind: Prognosen des Wirtschaftswachstums und der Arbeitsproduktivität, zum Teil in sektoraler Aufgliederung. Daraus ergibt sich der künftige globale Arbeitskräftebedarf ("erforderliches Angebot an Arbeitsplätzen"). Die Arbeitskräfte werden anhand von Daten aus früheren Erhebungen (zumeist: Volkszählungen) - untergliedert nach: Berufen, Qualifikationsniveau (Akademikeranteil) und Fachrichtung der Akademiker. Resultat: Der nach Fachrichtung (und eventuell nach Wirtschaftsbereichen) gegliederte Bedarf an Hochschulabsolventen in jedem Prognosejahr. (Modifikationen für Akademiker in Dienstleistungsbereichen: der Bedarf wird aus (konstanten oder extrapolierten) Versorgungsrelationen, zum Beispiel Schüler/Lehrer, Arzt/Einwohner, abgeleitet).

Probleme: 1) Es wird unterstellt, daß nur die vorgegebenen ökonomischen Faktoren den Bedarf erklären. 2) Wegen der meist konstant gehaltenen Zuordnung von Akademikerfachrichtungen und -berufen bleiben Flexibilitätsgesichtspunkte (Akademikern einer bestimmten Fachrichtung steht ein mehr oder weniger großes Berufsspektrum offen bzw. Arbeitsplätze können alternativ mit Absolventen unterschiedlicher Fachrichtungsherkunft bzw. Bildungsniveaus besetzt werden) außer Betracht. 3) Es wird unterstellt, daß im Basisjahr der zufällig beobachtete Bestand dem Bedarf an Akademikern voll entsprach; von einer möglicherweise vorhandenen Arbeitslosigkeit bzw. über- oder unterqualifizierten Beschäftigung wird abgesehen. 4) Rückwirkungen zum Beispiel eines steigenden Ausbildungsniveaus der Bevölkerung auf die Produktivität (und damit wiederum auf das Wirtschaftswachstum und den Bedarf), von Einkommensänderungen infolge steigenden oder sinkenden Angebots auf den Bedarf bleiben unberücksichtigt.

c) Arbeitskräftebilanz:

Durch formale Gegenüberstellung des künftig zu erwartenden Angebots und Bedarfs an Hochschulabsolventen soll ersichtlich werden, in welchen Bereichen ein Mangel oder Überschuß vorhanden sein wird. Inwieweit sich die Ungleichgewichte durch Flexibilitätsvorgänge vertikaler (etwa Besetzung freier Akademikerstellen durch Fachhochschulabsolventen) oder horizontaler Richtung (zwischen Akademikern unterschiedlicher Fachrichtungen) ausgleichen, wird nicht gesagt.

d) Absorptionsansatz:

Es wird untersucht, in welchem Umfang sich Absolventen bestimmter (zum Beispiel neuer) Qualifikationen auf dem Arbeitsmarkt durchsetzen können. Zugrunde liegt die Hypothese, daß sich ein erweitertes Angebot die Nachfrage selbst schafft; dies kann etwa dann eintreten, wenn die Gestaltung des Arbeitsplatzes teilweise frei durch den Arbeitsplatzinhaber erfolgen kann. Dann, so die Vermutung, werde 1. für eine spätere Neube-

setzung primär wieder eine Person gleicher Qualifikation in Frage kommen. 2. die positive Erfahrung mit diesem Absolventen dazu führen, daß auch andere Arbeitsplätze in anderen Betrieben vermehrt mit diesem Personenkreis besetzt werden ("Penetrationshypothese").

e) Sozioökonomische Kausalanalyse:

Erweiterung des manpower approach um zusätzliche ökonomische und soziale Einflußgrößen ("Indikatoren"), aus deren Größe und Entwicklung der Bedarf an Akademikern einzelner Fachrichtungen direkt (das heißt ohne Umweg über die Berufsstruktur) abgeleitet wird. Fragestellung also: In welchem Umfang verändert sich der Bedarf an Akademikern, wenn sich die zugrundegelegten "Indikatoren" (bei gleichbleibender Beziehung Indikator/Bedarf) in bestimmtem Ausmaß ändern?

f) Querschnittsanalyse:

Zwei Formen der Orientierung von Bildungsplanungen an querschnittanalytischen Versorgungszielen sind bekannt: Einmal der internationale Vergleich (Beispiel: Orientierung des Psychologenbedarfs in der BRD an der heutigen Psychologendichte in den USA), zum anderen der internationale Vergleich innerhalb des Planungsgebietes (Beispiel: Orientierung des Ärztebedarfs in der BRD an der heutigen Ärztedichte in den bestversorgten Teilregionen).

g) Bildungsrendite-Ansatz:

Theoretische Überlegungen zur Bemessung der individuellen und gesellschaftlichen Bildungsinvestitionen an ihren diskontierten langfristigen Reinerträgen haben in der BRD noch keinen Niederschlag in konkreten Planansätzen gefunden.

h) Orientierung an langfristigen Budgetprojektionen:

In den USA wird die langfristige Entwicklung der Arbeitsplätze für Akademiker verschiedener Fachrichtungen auch als Ableitung aus langfristigen Projektionen über die zielgerechte Entwicklung der öffentlichen Haushalte (Gesundheitshaushalt, Ärzte, Bildungshaushalt, Lehrkräfte usw.) ermittelt. Diesem Ansatz könnte in der BRD allenfalls das Langzeitprogramm der SPD zugrundegelegt werden.

i) Kausalanalyse:

Ein kausalanalytischer Versuch zur Vorausschätzung des Medizinerbedarfs wurde jüngst für das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft unternommen (vgl. die Mediziner-Prognose von McKinsey).

j) Projektion des Qualifikationsbedarfs:

Die Planung des Hochschulausbaus erfolgt normalerweise anhand einer Projektion, welche als Zielgrößen Studenten- und Absolventenzahlen zugrundelegt. Bei prognostischer Unsicherheit und laufender Bildungsreform läßt sich eine Planung der Hochschulkapazitäten auch als direkte Ableitung aus Qualifizierungszielen vorstellen. (Nicht: "Wie viele Mathematiker?", sondern: "Wieviel Mathematik?") Modelle dazu in: D.Mertens. Freiwahl und Planung, a.a.O.

k) Planakkumulation:

Bei fortgeschrittener Verbreitung betrieblicher und öffentlicher langfristiger Personal- und Stellenplanung lassen sich fachrichtungsspezifische Kräftebedarfe aus Erhebungen ermitteln, welche die Angaben der wesentlichen Beschäftigungsinstanzen über ihre langfristigen Beschäftigungsperspektiven erfragen und zusammenführen. In der BRD

sind die Voraussetzungen dazu noch nicht gegeben.

1) Adaptive Planung:

Im Zuge der Hochschulreform können Bildungsgänge so flexibel angelegt werden, daß durch Verschiebungen während des Studienablaufs auf sich ändernde Bedarfsperspektiven reagiert werden, das Studium für ein weites Verwendungsspektrum angelegt werden und die eigentliche Berufsentscheidung bis ins Examensjahr hinausgeschoben werden kann (Entrümpelung, Entspezialisierung, Baukasten- und Gesamthochschulsystem), so daß die Bedeutung von frühzeitiger prognostischer Orientierung stark abnimmt."⁴⁵

5.2 Ergebnisse von Globalprognosen und -bedarfsaussagen

Die Prognosen über die Entwicklung der Bildungsabschlüsse machen deutlich, daß für das nächste Jahrzehnt ein starker Anstieg an Personen mit Hochschulabschluß erwartet wird. Nach Tabelle 16 hatten 1975 etwa 6 Prozent der Erwerbspersonen einen Hochschul- bzw. Fachhochschulabschluß. Bis 1990 wird ein Anstieg auf etwa 11 Prozent erwartet.⁴⁶

Die Verschiebung des Qualifikationsniveaus bezieht sich dabei nicht allein auf den Hochschulbereich. So wird angenommen, daß sich der Anteil der un- und angelernten Erwerbspersonen von 37 Prozent im Jahre 1970 auf 20 Prozent im Jahre 1990 verringert.⁴⁷

Tabelle 17

Prognose des Bestandes an Erwerbspersonen mit Hochschulabschluß

Jahr	mit Hochschulabschluß		mit Fachhochschulabschluß	
	in Tausend	in % der Erwerbspersonen	in Tausend	in % der Erwerbspersonen
1970	998	3,8	457	1,7
1975	1104-1127	4,1-4,2	508	1,9
1980	1314-1377	5,0-5,2	610	2,3
1985	1630-1729	6,1-6,4	749	2,8
1990	1965-2110	7,3-7,8	911	3,4

Quelle: Nach Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (Anm. 46)

Bereits für die Entwicklung in den siebziger Jahren ergaben sich sehr große Unterschiede zwischen verschiedenen Prognosen, die um 1970 erstellt worden waren. Zwar waren die Schätzungen der Gesamtzahlen von Hochschulabsolventen, wie Tabelle 17 zeigt, relativ ähnlich, aber die Ansichten gingen weit auseinander, ob vor allem Lehr- und geisteswissenschaftlichen Berufe oder ob die wirtschafts-, sozial- und rechtswissenschaftlichen Berufe zunehmen würden. Für die ersteren Berufsgruppen schwankten die Schätzungen zwischen einem Rückgang um 7 Prozent und einer Zunahme um 80 Prozent gegenüber 1970, für die letzteren Berufsgruppen zwischen 17 und 161 Prozent Zunahme.

Tabelle 18
Prognose der Erwerbstätigkeit von Hochschulabsolventen 1980/81

	Ist-Bestände nach Volks- zählung			Prognosen			
	1961	1970	1981	Riese	Alex	DIW	Kraft
				1980	1980	1980	1980
Land- und Forstwirtschaft	18,5	20,6	26,6	25,9	27,7	27,7	24,1
Theologie	40,0	46,6	54,7	60,5	50,0	50,0	49,1
Sprach- und Kulturwissenschaften einschließlich Lehramt	280,3	359,6	646,0	626,0	498,2	498,2	330,6
Wirtschafts- und Sozialwissen- schaften	58,3	85,9	95,0	107,7	94,7	94,7	171,7
Rechtswissenschaften	82,8	93,6	115,4	114,5	116,7	116,7	215,7
Ingenieurwissenschaften	99,3	104,5	171,7	194,7	163,7	163,7	254,6
Naturwissenschaften	52,2	91,2	112,2	129,3	122,4	122,4	115,7
Allgemeine Medizin	86,3	114,7	104,6	154,7	143,3	143,3	160,6
Zahnmedizin	24,5	28,0	40,8	41,7	39,5	39,5	43,1
Tiermedizin	8,1	9,3	9,4	11,4	14,3	14,3	11,9
Pharmazie	21,6	28,5	27,3	27,9	22,9	22,9	38,8
Zusammen	771,9	982,5					
Sonstige	-	87,7	-	-	8,2	8,2	6,5
Insgesamt	771,9	1070,2	1403,8	1494,8	1301,8	1301,8	1420,6

Quelle: BLK (Anm. 46).

Die Kritik an der relativ groben Vorgehensweise der Prognosen um 1970 hat dazu geführt, daß die Prognosen für die Entwicklung der achtziger Jahre sich zumeist nur auf einzelne Fächergruppen beziehen. Nur wenige Prognosen liegen für größere Bereiche vor.

Eine Studie des Batelle-Instituts über die Entwicklung bis 1990 läßt den Schluß zu, daß "der Bedarf an Arbeitskräften teilweise oder ganz 'akademisierter' Berufe im Großen und Ganzen ausreicht, um das entsprechende Arbeitskräfteangebot zu absorbieren"⁴⁸. Dieser Aussage liegt, wie auch aus Tabelle 18 - Modell 2 - ersichtlich ist, die Annahme zugrunde, daß nur in wenigen Berufsgruppen eine erhebliche Steigerung des Akademisierungsgrades (der Anteil der Personen mit Hochschulabschluß an allen Erwerbstätigen der jeweiligen Gruppe) erforderlich sei⁴⁹.

Tabelle 19
Angebot und Bedarf an Arbeitskräften in "akademischen Berufen" 1990 nach einer Prognose des Batelle-Instituts
und Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Berufsgruppe	Akademisierungsg- rad (in %)		Zahl der Erwerbstätigen mit Hochschulabschluß (in 1.000)	
	1970 (I)	1990 (II)	Modell I (Konstanter Akad. Grad)	Modell II (Variabler Akad. Grad)
Ingenieure und Architekten	16,4	33,7	96	198
Naturwissenschaften	85,2	100,0	54	63
Tätige in wirtsch.-admin. Berufen	12,2	15,5	88	112
Juristische Berufe	77,7	81,9	80	84
Kunst-, Kultur-, Sprachberufe	15,3	19,3	41	49
Gesundheitsberufe	96,6	100,0	269	278
Sozialpflegerische Berufe	3,2	3,6	7	8
Lehrer	90,7	97,4	715	768
Andere geistes-, sozial- und naturwissenschaftl. Berufe	100,0	100,0	55	55
Seelsorger	69,4	100,0	27	39

Quelle: Nach: Die Zukunft der Hochschulabsolventen, Teil 2 (Anm. 48), S. 2.

Die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) kommt 1975 in ihrer Studie "Bedarf der privaten Wirtschaft an Akademikern - eine Tendenzanalyse" zu gänzlich anderen Ergebnissen. Dazu heißt es in einer Übersicht: "Außer den Aussagen, die private Wirtschaft beschäftigte rund 20 % der Hochschulabsolventen und der Zusatzbedarf werde ... jährlich etwa 1 Prozent betragen, sind kaum andere Anhaltspunkte für die Darstellung der Prognoseergebnisse vorhanden."... "Die Gesamtzahl der erwerbstätigen Akademiker (ohne Fachhochschulabsolventen) beträgt 1970 rund 1 Million, davon befinden sich nach Angaben der BDA 200.000 in der privaten Wirtschaft. Bei einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate des Akademikerbestandes von 1 Prozent (BDA) ergäbe sich für 1980 ein Akademikerbestand von 221.000, 1985 von 232.000 und 1990 von knapp 245.000 in der Privatwirtschaft. Der Anteil der in der Privatwirtschaft ... beschäftigten Akademiker an allen Akademikern würde ... von heute rund 20 % auf 14 % sinken."⁵⁰

Nicht nur die Privatwirtschaft weist darauf hin, daß sie nur noch in geringerem Maße Akademiker beschäftigen können, auch für den öffentlichen Dienst werden von den Bundesländern - finanzpolitisch begründete - pessimistische Prognosen gegeben: der öffentliche Dienst werde zukünftig nicht mehr wie bisher ca. 60 Prozent der Akademiker absorbieren, sondern nur noch einen "Ersatzbedarf" von jährlich 15 Prozent haben.⁵¹

Das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft kam aus dieser Datenbasis 1976 zu dem Schluß, es zeichne sich "aus heutiger Sicht für die 80er Jahre ein erhebliches Ungleichgewicht am Arbeitsmarkt für Hochschulabsolventen ab."⁵² Vorsichtiger sind die Aussagen der Bund-Länder-Kommission im gleichen Jahr: "Bis 1980 wird die Zahl der voraussichtlich einen Arbeitsplatz suchenden Hochschulabsolventen eher unterhalb als oberhalb des Bedarfs liegen. Zwischen 1980 und 1985 wird die Zahl der voraussichtlich einen Arbeitsplatz suchenden Hochschulabsolventen eher oberhalb als unterhalb des Bedarfs liegen. Der Angebotsüberhang wird nach 1980 von Jahr zu Jahr zunehmen."⁵³

5.3 Ergebnisse und fachrichtungs- und berufsspezifische Prognosen

Die folgende Zusammenfassung der fachrichtungs- und berufsspezifischen Prognosen übernimmt größtenteils die Übersicht der BLK vom Januar 1970⁵⁴. Sie läßt auch weitere Fächergruppen unberücksichtigt⁵⁵.

"In jüngerer Zeit wurden verstärkt fachrichtungsspezifische Prognosen unter Berücksichtigung des Fachhochschulbereichs in Auftrag gegeben und erarbeitet.

Dabei handelt es sich - soweit das Bundesgebiet insgesamt erfaßt ist - um:

- Naturwissenschaftler und Ingenieure, erarbeitet 1974/1975 vom Batelle-Institut, Frankfurt, im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft,
- Wirtschafts-, Rechts- und Sozialwissenschaftler, erarbeitet 1974/1975 von der HIS-GmbH, Hannover, im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft,
- Mediziner, erarbeitet 1973 von der Firma McKinsey & Comp., Düsseldorf, im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft,
- Lehrer, erarbeitet 1973/1974 von der Kultusministerkonferenz sowie im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft von A. Blüm und zusammengestellt von der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung...."

- a) Naturwissenschaftler und Ingenieure: Das Batelle-Institut kommt zu dem Schluß, daß der Gesamtbedarf 1990 zwischen 615.500 und 819.800, das Angebot jedoch 883.600 bis 971.200 Personen betrage. Es prognostiziert also "ein tendenzielles Überangebot an Naturwissenschaftlern und Ingenieuren, das - gemessen am Bedarf - von knapp 2 Prozent im Jahre 1975 auf knapp 20 Prozent im Jahre 1990 steigen würde.

Bis zum Jahre 1985 werden die relativ stärksten Angebotsüberschüsse für die Fachrichtungen der Mathematiker, Physiker, Biologen und Fachhochschul-Ingenieure der Elektronik prognostiziert, mit annähernd ausgeglichenen Angebots- und Nachfragegrößen wird für Architekten, Bau- und Vermessungsingenieure, Bergbau- und Hütteningenieure und sonstige Naturwissenschaftler und Ingenieure gerechnet.

Im Jahre 1990 sieht die Situation nach der Batelle-Prognose für die einzelnen Fachrichtungen wie folgt aus:

Ein Angebotsüberschuß besteht an Absolventen von wissenschaftlichen Hochschulen und Fachhochschulen für die Fachrichtungen Mathematik, Physik, Chemie, Maschinenbau und Elektrotechnik, an Absolventen von wissenschaftlichen Hochschulen der Fachrichtung Architektur und ferner ein Überschuß an Absolventen der Fachrichtung Biologie sowie der sonstigen Natur- und Ingenieurwissenschaften. Ein Angebotsdefizit wird lediglich für Fachhochschulabsolventen der Fachrichtung Architektur prognostiziert. Ein Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage soll für Absolventen von wissenschaftlichen Hochschulen und Fachhochschulen in den Fachrichtungen Bergbau und Hüttenbau bestehen."

- b) Wirtschafts-, Rechts- und Sozialwissenschaftler: Die Prognose der Hochschul-Informations-System GmbH von 1975 gibt an, daß für 1990 ein Bedarf an 398.200 bis 472.300 Personen und ein Angebot an 415.100 bis 585.700 Personen zu erwarten sei. Das Angebot werde den Bedarf um etwa 16 Prozent überschreiten.⁵⁶ Dazu schreibt die BLK: "Diese Übersicht zur Prognose weist unter Berücksichtigung vertikaler Substitutionsprozesse bis 1984 noch ein globales Defizit an Wirtschafts-, Rechts- und Sozialwissenschaftlern aus; für die Jahre nach 1984 wird eine globale Tendenz zum Überangebot berechnet. Allerdings ist das für 1990 ausgewiesene Überangebot sowohl absolut als auch relativ wesentlich geringer als das für die Naturwissenschaftler und Ingenieure prognostizierte. Außerdem enthält die HIS-Prognose im Gegensatz zu derjenigen des Battelle-Instituts hier nicht wiedergegebene, aber im Bericht selber als realistisch angesehene Angebots-/Nachfragekombinationen, nach denen auch 1990 noch ein globales Angebotsdefizit auftreten würde (bis zu 57.200 entsprechend 12 Prozent vom Maximalbedarf). Die HIS-GmbH faßt ihre umfangreiche Prognosearbeit wie folgt zusammen: Sie hält - nach Abwägung der verschiedensten, in der Studie im einzelnen dargelegten Argumente - ein Angebotsdefizit oder auch einen Angebotsüberschuß an Wirtschafts-, Rechts- und Sozialwissenschaftlern im Umfang von 10 bis 15 Prozent des Bedarfs im Jahre 1990 für in etwa gleich wahrscheinlich. Die Bilanz der Ergebnisse der Angebots- und Bedarfsvoraus-schätzungen ergibt für das Jahr 1990 folgende Tendenz, wenn der Untersuchung folgend dem maximalen Bedarf das mittlere Angebot gegenübergestellt wird: Während die Situation bei den Rechtswissenschaftlern ausgeglichen ist, werden für die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler mit Hochschul- bzw. Fachhochschulabschlüssen Überschüsse ausgewiesen. ..."
- c) Mediziner : "Die Prognosen zum Bedarf an Medizinern beruhen, im Gegensatz zu den vorher behandelten Prognosen, im wesentlichen auf politisch gesetzten Dichteziffern. Da sie nicht auf derartig vielen ökonomischen und anderen Annahmen basieren und eine Diskussion der Hauptannahme - der offen dargelegten Versorgungsziele - ermöglichen, sind sie in ihren Ergebnissen härter als die vorangegangenen Prognosen. Die Prognose der Firma McKinsey & Company ... kommt zusammengefaßt zu dem Ergebnis, daß zur Befriedigung der Gesamtnachfrage nach medizinischen Leistungen und Diensten im Jahre 2000 'eine Zahl von maximal 175.000 berufstätigen Ärzten erforderlich sein (wird), die mit jährlich 7.500 Studienanfängern (der Allgemeinmedizin) sicherzustellen ist'. Allerdings macht die Studie auch deutlich, daß eine Studienanfängerzahl von 7.500, die knapp über der gegenwärtigen Größe liegt, allein und damit eine von 580 (1970) auf 350 Einwohner pro Arzt steigende Arztdichte im Jahre 2000 eine vollständige Beseitigung von Versorgungsengpässen, insbesondere regionaler Art, nicht sicherstellen kann. Zum Abbau von Ungleichheiten in der Verteilung des ärztlichen Leistungsangebots sind zusätzliche gesundheitspolitische Maßnahmen erforderlich, die über Sicherung und Ausbau der entsprechenden Ausbildungskapazitäten hinausgehen. ..."

d) Lehrer: Die BLK prognostizierte selbst den Lehrerbedarf. Sie errechnet für Lehrer an

- Grund- und Hauptschulen einen Überschuß von 48.000 - 134.000,
- Realschulen einen Überschuß von 14.000 - 29.000,
- Gymnasien einen Überschuß von 22.000 - 55.000,
- Gesamtschulen einen Überschuß von 2.000 - 9.000,
- beruflichen Schulen ein Defizit von 24.000 - 37.000 Lehrern.⁵⁷

Diese Berechnung wurde im Frühjahr 1977 vorgelegt. Inzwischen haben nicht zuletzt Rückgänge der Studierenden in den entsprechenden Fächern zur Folge, daß von Experten weitaus geringere Überschüsse vermutet werden.

5.4 Interpretation der Prognosen

Die Interpretation der Prognose-Ergebnisse fällt sehr unterschiedlich aus. Vor Jahren schwankte sie zwischen völliger Gläubigkeit bis zu völliger Ablehnung; inzwischen haben sich die Positionen in Richtung einer Berücksichtigung als Anhaltspunkt unter vielen Entscheidungsprämissen ein wenig angenähert; die verbleibenden Unterschiede sind jedoch beachtlich.

Die unterschiedlichen Einschätzungen der Prognosen gehen die Situationseinschätzungen der Perspektiven von Hochschulabsolventen ein, die im letzten Kapitel behandelt werden. Daher soll an dieser Stelle auf eine detaillierte Übersicht verzichtet werden. Als Beispiel sei lediglich eine Kompromißposition dargestellt, die die Bundesregierung im Bundestag auf eine Anfrage von Abgeordneten der CDU vortrug:

- "- Das Bemühen um Verbesserung der Prognosetechnik darf nicht zu einer mechanistischen Perspektive führen, die den Spielraum für Verhaltensänderungen in freiheitlicher Entscheidung der Bürger und für strukturelle Veränderungen im Bildungs- und Beschäftigungssystem verkennt oder im Ergebnis sogar einschränkt.
- Trendberechnungen und Prognosen können und dürfen nicht als Ersatz für politisches Handeln gelten, sondern dienen zur Erhellung der Notwendigkeiten und Bedingungen für politisches Handeln.
- Vorausschätzungen in den Bereichen Bildungssystem und Beschäftigungssystem können, sobald sie über einen relativ kurzfristigen Zeitraum hinausgehen, nicht oder nur sehr bedingt als Bild einer voraussichtlichen Entwicklung verstanden werden, da sie künftige strukturelle Veränderungen nicht oder nur spekulativ einbeziehen; ihr Wert liegt eher darin, die Notwendigkeit und die Bedingungen solcher Änderungen aufzuzeigen und Handlungselemente für eine ent-

sprechende Politik zu liefern. Dementsprechend hat z.B. der Wissenschaftsrat seine Überlegungen zur Hochschulentwicklung - soweit sie quantifiziert wurden - auf den Zeitraum von 1976 bis 1985 begrenzt; nur bis dahin sind relativ gleichbleibende Annahmen über die zugrundeliegenden quantitativen und qualitativen Strukturen möglich. Andererseits erfordern die langen Fristen für die Umsetzung bildungspolitischer Maßnahmen, daß die anstehenden Entscheidungen, z.B. in der Studienreform heute getroffen und umgesetzt werden, damit sie ab Beginn der achtziger Jahre voll wirksam werden können.

- Die bestehenden und zu erwartenden Spannungen im Verhältnis von Bildungssystem und Beschäftigungssystem können nicht allein quantitativ gesehen und durch quantitative Maßnahmen aufgefangen werden. Dies setzt Flexibilität im Ausbildungs- und Berufsverhalten der Auszubildenden und Absolventen, ebenso aber Flexibilität der Arbeitgeber in der Gestaltung der Arbeitsplätze, Arbeitsprozesse und Arbeitsbedingungen voraus. Dazu bedarf es einer Politik, die die notwendigen Voraussetzungen hierfür fördert und sichert.
- Die Bundesregierung lehnt eine aus den Fragen der Opposition abzuleitende Argumentation für eine Politik der Ausbildungsverweigerung im Hochschulbereich wie auch in den anderen Ausbildungsbereichen ab.⁵⁸

Zu erwähnen ist schließlich, daß sich die wissenschaftlichen Experten in ihrer Einschätzung der Berufsperspektiven von Hochschulabsolventen auf sehr unterschiedliche Daten stützen. Diese Tatsache, die bei der Wiedergabe von zusammenfassenden Werten bei Prognosen leicht übersehen wird, läßt sich an dem Schaubild 2 demonstrieren. Es faßt die Daten zusammen, die in einer Sachverständigenanhörung des Deutschen Bundestages von Vertretern des Batelle-Instituts, des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, des Instituts der deutschen Wirtschaft, des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung, der Prognos AG und des Wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Instituts des DGB vorgetragen wurde.

Schaubild 2
 Synopse der wichtigsten Aussagen von Forschungsinstituten
 zur Entwicklung von Bildungs- und Beschäftigungssystem (1977)

I. Synoptische Zusammenfassung der wichtigsten Aussagen (BMBW)

I.

Themenkomplex / Institut	Bevölkerungsentwicklung	demographischer und bildungspolitischer Effekt der Bildungsfrage	Entwicklung des Erwerbspersonenpotentials und des Arbeitsmarktes	Einfluss des Wachstums der Wirtschaft auf den Beschäftigungsstand
Battelle	<ul style="list-style-type: none"> - 1989: ca. 650.000 Lebendgeborene; - mit Beginn der 90er Jahre wieder sinkende Zahl (66 % von 1971) 	<ul style="list-style-type: none"> - ohne die bildungspolitischen Strukturveränderungen Mitte 1975 - die Hauptschule 4 - 5 % mehr - die Realschule 11 % weniger - die Sek. I des Gymnasiums 6 % weniger - die Sek. II des Gymnasiums 10 % weniger Schüler gehabt; - 1980 gibt es mehr Schüler als es dem Geburtenanstieg entspricht - in der Realschule um 25 % - in der Sek. I des Gymnasiums um 15 %; 1985 in der Sek. II des Gymnasiums um 35 %; 1987 an Hochschulen mehr Studenten um 45 %; 	<ul style="list-style-type: none"> - 1976 - 1990 wird die Zahl der dt. Erwerbspersonen um 1 - 2 Mio auf 25,5 - 26,5 Mio ansteigen; - 1980 - 1990 müssen - bei einem konstanten Bestand von 2 Mio ausl. Erwerbspersonen - 2 - 3 Mio Arbeitsplätze zusätzlich geschaffen werden um Vollbeschäftigung zu erreichen; - Mitte der 90er Jahre: Entspannung auf dem Arbeitsmarkt; 	
IAB			<ul style="list-style-type: none"> - gegenwärtig müssen rd. 1 Mio Arbeitslose wieder eingegliedert werden; in den nächsten Jahren rd. 1 Mio neue Arbeitsplätze geschaffen werden (zusätzlich); - Jugendarbeitslosigkeit wäre ohne Bildungsexpansion wahrscheinlich größer; 1977 gäbe es 100 000 bis 150 000 Abgänger aus der Hauptschule mehr; 	<ul style="list-style-type: none"> - 1 % Wachstum pro Jahr mehr oder weniger zwischen 1980 und 1990 bedeutet für 1990 1 Mio Arbeitsplätze mehr oder weniger;
IdA	<ul style="list-style-type: none"> - bis zum Jahre 2000 Bevölkerungsrückgang von 6 bis 3 Mio; - 1980 - 2000 Zunahme der ausländischen Bevölkerung um etwa 500.000 aufgrund ihrer günstigeren Altersstruktur und zunächst noch höherer Fruchtbarkeitsrate; - bis 1980 Abwanderung von jährlich 100 000 Ausländern; 		<ul style="list-style-type: none"> - bis Mitte der 80er Jahre steigt Angebot an dt. Erwerbspersonen um 1,1 Mio; - 1987 - 2000 geht es infolge des demographischen Effekts von 2 Mio zurück; - Mitte der 80er Jahre könnten Gastarbeiter wieder begehrt sein; könnte es an Facharbeitern fehlen; - Zahl der ausl. Erwerbspersonen wird 1975 - 2000 um ca. 400.000 zurückgehen durch rückläufige Erwerbsteiligung ausländischer Frauen (z.Zt. 80 %); 	<ul style="list-style-type: none"> - Formel "1 % = 1 Mio" trifft nicht zu, da Wachstum und Produktion nicht unabhängig voneinander sind; - entscheidend: Kapitalintensivierung, Preis-Faktor - Relation von Kapital/Arbeit;
MPI		<ul style="list-style-type: none"> - USA-Studie quantifiziert demographischen Effekt auf Entwicklung des Bildungswesens auf 20 - 25 % - danach hätte Zahl der Realschüler 1960 - 1974 um 40 % steigen müssen; tatsächlich: + 150 %; - Gymnasien: + 30 %; tatsächlich: + 110 % - Hochschulen: + 20 %; tatsächlich: + 170 % - Entwicklung der individuellen Bildungsnachfrage sehr unsicher, folglich auch Prognosen über Schüler- und Studentenberge 		

Fortsetzung: Schaubild 2

Themenkomplex Institut	Bevölkerungsentwicklung	demographischer und bildungspolitischer Effekt der Bildungsnachfrage	Entwicklung des Erwerbspersonen- potentials und des Arbeitsmarktes	Einfluß des Wachstums der Wirtschaft auf den Beschäftigungsstand
Prognos			<ul style="list-style-type: none"> - 1985: nicht ausgeschöpftes Arbeitskräftepotential (Arbeitslose, nicht erwerbstätige Frauen, Ausländer) von ca. 2 Mio; - 1990: 1 - 1,5 Mio Arbeitslose; - nach 1990 Rückgang des Angebots an dt. Arbeitskräften bei Wiederanstieg der Nachfrage; - Prognose beruht auf der Annahme, daß die Zahl der Arbeitsplätze bis 1990 konstant bei 25 - 25,5 Mio bleibt 	
WSI			<ul style="list-style-type: none"> - schon für 1978 läßt sich nur mit größten Schwierigkeiten eine einigermaßen gesicherte Prognose der Arbeitskräftebilanz geben - durch das 10. Pflichtschuljahr würden 1980 360.000 - 510.000 Arbeitslose wegfallen - Mangel an Arbeitskräften Mitte der 80er Jahre muß nicht eintreten; Erwerbsquote der Frauen könnte erhöht werden, die heute umfangreiche Frühinvalidität könnte verhindert werden 	
II.				
	Arbeitskräftebedarf - Qualifikationsniveau -	Arbeitskräftebedarf - fachrichtungs- bzw. berufsspezifisch -	Zur Frage der Schlüsselqualifikationen	
Battelle	<ul style="list-style-type: none"> - bis 1990 wird der Anteil der "unteren" Ausbildungsebene (dualer Bereich) von heute 60 % auf 35-40 % zurückgehen; - mittlere Ebene: Anstieg von heute 25 % auf 35-40 %; - höhere Ebene: Anstieg von 12 % auf mindestens 20 % 	<ul style="list-style-type: none"> - abnehmender Bedarf im tertiären Bereich: für Verkaufspersonal, Bank- und Versicherungskaufleute, Büroberufe; 		
IAB	<ul style="list-style-type: none"> - Angebotsüberschüsse im mittleren Bereich zu erwarten (Facharbeiter); - steigender Bedarf bei Hochqualifizierten - Anteil der Hochqualifizierten wird bis 1985 von heute 20 % auf 27 % ansteigen; - Anteil der Fachkräfte von 45 % auf knapp 49 % ansteigen; - Anteil der Un- und Angeleserten von 35 % auf 25 % absinken; 	<ul style="list-style-type: none"> zu erwarten sind Zuwachsraten im tertiären Sektor: bei Dienstleistungsberufen, planenden und verwaltenden Tätigkeiten; 	<ul style="list-style-type: none"> - Teilqualifikationen sind mit großen Beschäftigungsrisiken verbunden; - erforderlich sind Schlüssel- und Grundqualifikationen mit Ausdehnung in die Allgemeinbildung; 	

Fortsetzung: Schaubild 2

	Arbeitskräftebedarf - Qualifikationsniveau -	Arbeitskräftebedarf - fachrichtungs- bzw. berufsspezifisch -	Zur Frage der Schlüsselqualifikationen
IdW	Angebotsdefizit in mittleren Be- reich zu erwarten;	Beschäftigungsmöglich- keiten für Hochschulab- solventen im Dienstle- stungssektor könnten - in Absehung von Kosten-belle- big geschaffen werden; - These von autonomem Wachstum des tertiären Sektors ist fragwürdig;	- Bildender Wert praktischer Tätigkeiten kann so groß sein, daß über diesen Weg Schlüsselqualifikationen erreicht werden; - Vorhandene Theorie-defizite können nachgeholt werden; - Aufstiegsmobilität durch Teilqualifi- kationen;
MPI	- vom Status quo des Berechtigungssystems aus ergibt sich ein geringer Bedarf an Hochschulabsolventen		
Prognos	Bis 1990 unter Ann. 25 % Studienanfänger: - Angebotsdefizite im Hoch- schulbereich - Überschuß in Qualifikations- stufe 2 (Facharbeiter) - Bedarf bei Ungelernten		
WSI			- Teilqualifikationen sind mit großen Beschäftigungsrisiken verbunden; - erforderlich sind Schlüssel- und Grund- qualifikationen mit Ausdehnung in die Allgemeinbildung

Quelle: Zusammengestellt vom BMBW; veröffentlicht in Deutscher Bundes-
tag, Ausschuß für Bildung und Wissenschaft, Sekretariat: Thesenartige
Auswertung der nichtöffentlichen Sachverständigenanhörung zum Thema
"Bildungs- und Beschäftigungssystem". Bonn 1977, verv. Mskr., S. 1-3

Abkürzungen:

- Battelle = Battelle-Institut, Frankfurt
- IAB = Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung,
Nürnberg
- IdW = Institut der deutschen Wirtschaft, Köln
- MPI = Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin
- Prognos = Prognos AG, Basel
- WSI = Wirtschafts- und sozialwissenschaftliches Institut
des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Düsseldorf

6. Verhältnis von Hochschulbildung und Beruf im internationalen Vergleich

Für die Einschätzung der langfristigen Entwicklung von Hochschule und Beruf kann ein Blick auf die Situation in anderen Ländern hilfreich sein. In den letzten Jahren sind einige Studien veröffentlicht worden, die Ergebnisse in anderen Ländern aufarbeiten.⁵⁹ Hier seien ausführlich zwei Studien zitiert, die wichtige Befunde zusammenfaßt; die Tabelle 19 illustriert einige der im Text genannten Aspekte.

6.1 Argumente zur Hochschulexpansion

Die erste Studie wertet die Befunde unter der Fragestellung aus, wieweit die internationalen Erfahrungen für oder gegen eine Hochschulexpansion sprechen.

- "1. In manchen Ländern ist der Anteil der Universitätsabsolventen an der Erwerbsbevölkerung weitaus höher als in der Bundesrepublik Deutschland: Er betrug um 1970 in den USA 12,5 Prozent, in Kanada, Japan und Schweden etwa sechs Prozent und in der Bundesrepublik nur 3,8 Prozent. In der Bildungsplanung rechnet man auch in diesen Ländern damit, daß die Akademikerquote in der Erwerbsbevölkerung weiterhin stark zunehmen wird - in den USA auf 16,4 Prozent im Jahr 1980 und 21,7 Prozent im Jahr 1990.
2. Die Arbeitslosenquote ist bei Akademikern in der Regel weitaus geringer als bei anderen Erwerbstätigen. Zwar hat in manchen Ländern die Arbeitslosigkeit unmittelbar nach Hochschulabschluß bei ökonomischen Krisenerscheinungen und bei besonders schneller Hochschulexpansion zugenommen, aber es gibt keine Anzeichen dafür, daß im Zuge der Bildungsexpansion Hochschulabsolventen ebenso häufig mit Arbeitslosigkeit rechnen müssen wie andere Bildungsabsolventen .
3. In den Ländern mit sehr hohen Akademikerquoten können die Hochschulabsolventen in der Regel damit rechnen, eine höhere Berufsposition zu erhalten als Oberschulabsolventen. Zwar verringert sich häufig der relative Einkommensvorteil, aber nach der These eines drohenden "akademischen Proletariats" hätte man annehmen müssen, daß eine stark wachsende Zahl von Hochschulabsolventen gegenüber Oberschulabsolventen bestenfalls gleich hohe oder sogar geringere Berufsstände und Einkommen erwarten müßte. Auch ist zu bedenken, daß weder der Verlust des Einkommensvorteils die Nutzlosigkeit der höheren Qualifikation belegt noch die Erhaltung des Vorteils die nützliche Verwendung der Zusatzqualifikation beweist.
4. Der Anteil der hochqualifizierten Arbeitskräfte, der in Industrie und Handel tätig ist, zeigt auch in Ländern mit etwa gleichen Akademikerquoten in der Bevölkerung große Unterschiede. In England und Wales etwa werden über die Hälfte der Hochschulabsolventen in Industrie und Handel tätig, in der Bundesrepublik und in Frankreich nur etwa ein Viertel. In Ländern mit sehr

Tabelle 20

Hochschulbesuch, Berufstätigkeit und Arbeitslosigkeit im internationalen Vergleich 1970

Land	Studienanfänger insgesamt in % der jeweiligen Altersgruppe	Personen mit Univ.- Abschluß in % der Erwerbs- tätigen	Arbeitslosen- quote bei Personen mit Universitäts- abschluß	Arbeitslosen- quote der Be- völkerung
Österreich	16,0	3,1	0,1 (1974)	0,9
Belgien	29,5 ⁺	3,6	1,9 (1974)	3,3
Frankreich	22,4	-	1,8 ⁺⁺ (1972)	-
Italien	23,7	3,2	4,3 (1974)	3,8
Niederlande	18,3	2,0	ca. 2 (1974)	3,3
Schweden	32,0 (1972)	6,1 (1973)	1,0 (1973)	3,2
Großbritannien	29,3 ⁺	3,9 ⁺⁺⁺	1,0 (1971)	3,3 ⁺⁺⁺
Kanada	33,6 (1971)	7,1 (1973)	3,1 (1973)	3,1
USA	46,5	12,5	2,1 (1973)	5,2
Japan	26,8	6,5	0,9	1,4
BR Deutschland	16,7	3,8	1,0 (1974)	2,4

+ Überhöht wegen Mitzählens von Wiederholern

++ Einschließlich Kurzstudiengänge

+++ Ohne Schottland

Quelle: Nach Tessaring und Werner (Anm. 8), S. 84.

hohen Akademikerquoten nimmt allerdings ein weitaus größerer Anteil der Hochschulabsolventen Berufstätigkeiten in Industrie und Handel auf als in der Bundesrepublik.

5. Die Expansion des Hochschulwesens wird begleitet von einer Dynamik der Bedarfvorstellungen seitens der Arbeitgeber und der Vorstellung von einer adäquaten Berufstätigkeit seitens der Hochschulabsolventen. So gewöhnt man sich in manchen Ländern daran, daß ein großer Teil der Erwerbstätigen in Büro- und Handelstätigkeiten einen Hochschulabschluß nachweist. Wenn diese Dynamik auch nicht jeweils aktuelle Diskrepanzen zwischen Wunsch und Wirklichkeit ausschließt, so scheinen die Vorstellungen über angemessene Tätigkeiten für Hochschulabsolventen sich langfristig entsprechend der Bildungsexpansion zu verändern.
6. Es ist aufschlußreich, daß die meisten Länder mit langer 'Prognoseerfahrung' - wie Japan, die USA und Schweden - sich immer mehr derart rigider Angebots- und Bedarfsprognosen für hochqualifizierte Arbeitskräfte, wie sie in der Bundesrepublik Deutschland (wieder) gang und gäbe sind, enthalten.⁶⁰ Hinzuzufügen ist, daß dies gerade Länder sind, in denen die Akademikerquoten weitaus höher sind als in der Bundesrepublik. - Um zwei Beispiele zu nennen: In den USA verzichtet das Amt für Arbeitsstatistik in seinen Prognosen darauf, bei den zunehmenden Stellenangeboten systematisch zwischen wachsenden Qualifikationsanforderungen einerseits und Anpassungstendenzen an die wachsende Zahl der zur Verfügung stehenden Akademiker andererseits zu unterscheiden. In Japan beschloß die Regierung um 1970, sich in der Bildungs- und Arbeitsmarktplanung völlig auf die individuelle Nachfrage nach Studienplätzen einzustellen.

Die Ergebnisse des internationalen Vergleichs lassen zumindest zwei wichtige Schlüsse zu: Ein Land auf dem gleichen Niveau technisch-wirtschaftlicher Entwicklung wie die Bundesrepublik Deutschland kann grundsätzlich eine weitaus höhere Zahl von Hochschulabsolventen im Beschäftigungssystem aufnehmen als oft von Befürwortern der Zulassungsbeschränkungen in der Bundesrepublik für sinnvoll und möglich gehalten wird. Das Auftreten von Erscheinungen des 'akademischen Proletariats', das heißt das Ausbleiben eines beruflichen Einkommens- und Positionsvorteils durch Hochschulbildung und besonders hohe Arbeitslosigkeit in bemerkenswertem Umfang erscheint sehr unwahrscheinlich.

Natürlich sind der Aussagekraft des internationalen Vergleichs dadurch Grenzen gesetzt, daß jeweils nicht ohne weiteres 'übertragbare' Faktoren von Sozialstruktur, Arbeitsorganisation, Studiendauer und -inhalten usw. die Hochschulzulassung in einem Land beeinflussen. Wie wichtig aber in diesem Kontext die Erfahrungen in anderen Gesellschaften sind, belegen auch die unsachlichen Kritiken... Nicht die systematischen Grenzen der Aussagen mit Hilfe des internationalen Vergleichs oder die zentralen Befunde werden in Zweifel gezogen, sondern bevorzugt werden einzelne, skurril erscheinende Probleme in anderen Ländern ausgesucht⁶¹, um damit eine weitere Expansion der Hochschulen in der Bundesrepublik als unvereinbar mit den beruflichen Anforderungen erklären zu können."⁶²

6.2 Arbeitsmarktsituation der Hochschulabsolventen

Eine Analyse der "Eingliederungsprobleme von Absolventen tertiärer Bildungsgänge" in Frankreich, Großbritannien, Japan, Niederlande, Schweden und den USA, die 1976 im Auftrage des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft durchgeführt wurde, kam zu folgenden Ergebnissen:

"1. Übersicht:

Die untersuchten Länder weisen erhebliche Unterschiede auf hinsichtlich Ausmaß, Erscheinungsbild und Konsequenzen der Eingliederungsprobleme.

Ein direkter Vergleich wird erschwert durch eine Reihe von Einschränkungen, vor allem sachlich-statistischer Art. So bestehen z.B. in den einzelnen Ländern deutliche Unterschiede in dem, was unter tertiären Bildungsgängen verstanden wird. Unterschiedliche Kategorienbildungen, verschiedene Erhebungszeitpunkte, sowie erhebliche Differenzen in den Beschäftigungs-, Gesellschafts- und Sozialsystemen sind weitere, den unmittelbaren Vergleich erschwerende Faktoren. ...

2. Arbeitsmarkt:

In allen Ländern zeigt sich eine Korrelation zwischen allgemeiner Arbeitslosigkeit und Beschäftigungsproblemen von Hochschulabsolventen. Die absolute Höhe der sogenannten 'Akademikerarbeitslosigkeit' richtet sich jedoch nach den Charakteristiken der einzelnen Bildungs- und Beschäftigungssysteme.

Gesamtwirtschaftliche Schwierigkeiten und Veränderungen bringen in der Regel auch Eingliederungsprobleme für Hochschulabsolventen mit sich.

3. Bildungswesen:

Die 60er und frühen 70er Jahre waren in allen Ländern gekennzeichnet von einer rapiden Zunahme der Studentenzahlen an den Institutionen für höhere Bildung. Während man in einigen Ländern (Schweden, Niederlande und Großbritannien) eine gewisse Stagnation im Hochschulzugang verzeichnet, geht in den übrigen Ländern die Expansion weiter. ...

4. Eingliederungsprobleme:

Die Arbeitslosigkeit von Absolventen tertiärer Bildungsgänge ist eines der wichtigsten Indizien dafür, daß Angebot und Nachfrage nicht im Einklang sind.

- Es ist festzustellen, daß in allen untersuchten Ländern hochqualifizierte Arbeitskräfte immer noch bessere Aussichten haben, eine Beschäftigung zu finden, als weniger qualifizierte.

- Mit Ausnahme von Schweden war in der jüngsten Rezession in allen Ländern ein Ansteigen sowohl der allgemeinen Arbeitslosigkeit als auch der Arbeitslosigkeit der hochqualifizierten Arbeitskräfte festzustellen.
- Stark überproportional war der Zuwachs der Akademikerarbeitslosigkeit in den letzten Jahren in Großbritannien und den Niederlanden.
- In Japan, den USA und Schweden verläuft die Arbeitslosigkeit von Hochschulabsolventen etwa parallel zur allgemeinen Arbeitslosigkeit.
- Schwierig ist eine klare Aussage über die Verhältnisse in Frankreich, da durch das stark aufgesplitterte tertiäre Bildungssystem und die hohe Zahl der Abbrecherquoten ein Überblick erschwert ist. Aber auch hier muß man davon ausgehen, daß höher qualifizierte Arbeitskräfte eine leicht überproportional steigende Arbeitslosigkeit aufweisen.

Ein weiterer Hinweis auf Eingliederungsprobleme ist die Tatsache, daß hochqualifizierte Arbeitskräfte nicht ausbildungsadäquate Beschäftigungen aufnehmen.

- Der Begriff 'nicht adäquate Beschäftigung' hängt sehr stark von der subjektiven Beurteilung des einzelnen ab.
- Nach den bei uns üblichen Vorstellungen wäre das Ausmaß der nicht adäquaten Beschäftigung heute in den USA und in Japan besonders ausgeprägt.
- Es scheint, daß in den Ländern mit der stärksten Expansion im tertiären Bildungswesen ein Substitutionsprozeß in Gang gekommen ist, der sich zum Teil aus den spezifischen Arbeitsmarktverhältnissen dieser Länder erklären läßt.
- Die Anpassungsprozesse in den USA und in Japan, teilweise auch in Schweden, haben sich nicht ohne Probleme vollzogen. Bei Befragungen wurde kurz nach Studienabschluß bei dem nicht adäquat Beschäftigten eine relativ hohe Unzufriedenheit festgestellt. Diese ist allerdings nach einigen Jahren einer relativen Zufriedenheit mit der jeweiligen beruflichen Tätigkeit gewichen.
- Die Möglichkeit der horizontalen Substitution, d.h. einen hochqualifizierten Beruf zu ergreifen, der nicht direkt mit dem Studieninhalt übereinstimmt, hängt sehr stark von der Art des höheren Bildungswesens der einzelnen Länder ab.
- Es zeigt sich, daß in Ländern mit kürzeren Studiengängen (z.B. USA, Großbritannien und Japan) in dieser Beziehung die Absolventen bessere Möglichkeiten haben, eine adäquate Beschäftigung außerhalb ihres gelernten Fachgebietes zu finden.

- Im Gegensatz zu diesen Ländern befinden sich die Niederlande und teilweise auch Frankreich. Hier ist die Bereitschaft der Absolventen, in einen anderen Beruf auszuweichen, wie auch die Bereitschaft der Arbeitgeber, ihnen solche Möglichkeiten anzubieten, verhältnismäßig gering.

Es ist festzustellen, daß ein Überangebot an hochqualifizierten Arbeitskräften sehr oft zu einer entsprechenden Verringerung ihres traditionellen Einkommensvorsprungs führt.

- Eine solche Verminderung zeigt sich in den Vereinigten Staaten, in Japan und in Großbritannien. In den USA liegen die realen Anfangsgehälter von Collegeabsolventen heute teilweise unter dem Niveau des Jahres 1969.
- Ein ähnlich starker Rückgang zeichnet sich auch in Großbritannien ab, wo insbesondere die Universitätsabsolventen mit einem höheren Abschluß (Master, PhD) in den letzten Jahren recht starke relative Einkommenseinbußen hinnehmen mußten.
- Die Einkommensanpassung in Schweden scheint Anfang der 70er Jahre ihren Höhepunkt erreicht zu haben. Seither entwickeln sich die Einkommen der qualifizierten und die der weniger qualifizierten Arbeitskräfte etwa parallel.

5. Beurteilung:

Es ist zu beobachten, daß die Gefahr struktureller Arbeitslosigkeit um so größer ist, je stärker Bildungsabschluß und Bildungsinhalt mit der beruflichen Karriere gekoppelt sind.

In denjenigen Fällen, wo der Nachweis einer höheren Bildung Voraussetzung für die Ausübung bestimmter beruflicher Tätigkeiten ist, besteht die Gefahr einer erhöhten Arbeitslosigkeit von Hochschulabsolventen, wenn die Nachfrage zurückgeht. Dasselbe gilt, wenn der Bildungsinhalt sehr eng mit der später ausgeübten Tätigkeit verknüpft ist.

Im ersten Fall werden Ansprüche erzeugt, die bei z.B. rezessionsbedingten Eingliederungsproblemen die Anpassung an die veränderte Arbeitsmarktsituation stark verzögern. Als Beispiel für eine solche Bildungs- und Karriere-Koppelung kann man die Laufbahnverordnungen im öffentlichen Dienst, z.B. in den Niederlanden und Frankreich, ansehen.

Im zweiten Fall bringt die stark berufsspezifische Ausbildung dem Arbeitgeber zwar meist Vorteile, dem Absolventen jedoch bei sinkender Nachfrage erhebliche Nachteile wegen seiner einseitigen bildungsmäßigen Ausrichtung. In diesem Zusammenhang sind besonders die Architekten erwähnenswert, die bei abflauernder Baukonjunktur starke Beschäftigungsprobleme aufweisen. Für Berufsanfänger besteht dann oft nur noch die Alternative, eine nicht-adäquate Beschäftigung anzunehmen, die nicht einmal fachspezifisch zu sein braucht. Ähnliches gilt in zunehmendem Maße auch für Lehrer, die ein sehr spezialisiertes Bildungsziel verfolgt haben.

Die Abhängigkeit der Absolventen tertiärer Bildungsgänge von wenigen wichtigen Arbeitgebern birgt einige Risiken.

In den europäischen Ländern, die in diesem Zusammenhang untersucht wurden, ist die öffentliche Hand mit Abstand der bedeutendste Arbeitgeber. Sie absorbiert bis zu 70 % der Absolventenjahrgänge. Der größte Teil davon findet eine Beschäftigung im Bildungswesen.

- Diese Konzentration der Nachfrage auf im wesentlichen einen Arbeitgeber kann bei entsprechenden Veränderungen in dessen Einstellungsabsichten den Arbeitsmarkt für längere Zeit aus dem Gleichgewicht bringen.
- Besonders gefährlich wird die Lage, wenn sich in diesem Bereich strukturelle Veränderungen abzeichnen, wie z.B. der abnehmende Lehrerberuf als Konsequenz kleiner werdender Jahrgänge.
- In den USA und Japan, wo eine bedeutend breitere Streuung der Nachfrage zwischen der öffentlichen Hand (Absorptionsquote ca. 30 %) und der Privatwirtschaft besteht, wo sogar ein Teil des Bildungswesens privatwirtschaftlich organisiert ist, sind die Risiken einer längerfristigen Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage auf dem gesamten Arbeitsmarkt weit geringer.

Vorurteile und das Festhalten an traditionellen Denkweisen verstärken die Eingliederungsprobleme. Schon seit etwa 10 Jahren stellt man z.B. in Großbritannien fest, daß Absolventen der ingenieurwissenschaftlichen Fakultät geringere Beschäftigungsprobleme haben als alle ihre Kollegen von anderen Fachrichtungen.

- Dennoch hat sich bis heute noch keine Verschiebung in der Präferenz der Studenten bei der Fächerwahl feststellen lassen.
- Das Ingenieurstudium gilt weiterhin als unattraktiv wegen mangelndem sozialen Prestige und eingeschränkter beruflicher Aufstiegsmöglichkeiten.

In den USA hingegen zeigte sich ganz deutlich eine Reaktion der Studenten auf die Veränderungen im Arbeitsmarkt.

- Anfang der 70er Jahre ging die Zahl der Studienanfänger an den technischen Fakultäten stark zurück. Dies war die klare Konsequenz der steigenden Eingliederungsprobleme von Ingenieuren zum damaligen Zeitpunkt.
- Auch die Bereitschaft eine Beschäftigung anzunehmen, die nicht in direktem Zusammenhang mit der gewählten Fachrichtung steht, ist heute dort schon sehr stark vorhanden.

Selbstverständlich bedingen solche Substitutionsprozesse auch eine entsprechende Einstellung der Arbeitgeber, die in Europa in geringerem Umfang zu erkennen ist.

Eine lange Studiendauer und ein gut ausgebautes nichttertiäres berufliches Bildungswesen erschweren die Anpassungsvorgänge.

Eine der Ursachen für die gute Anpassungsfähigkeit der amerikanischen Hochschulabsolventen an die veränderte Arbeitsmarktlage dürfte in der relativ kurzen Studienzeit liegen. Dazu kommt, daß es weder Berufsbildungsschulen in größerer Zahl, noch ein ausgebautes Lehrlingswesen gibt. Dadurch stehen dem Hochschulabsolventen praktisch eine ganze Reihe von Beschäftigungen offen, die man hier vielleicht als 'nicht-adäquat' bezeichnen würde, die aber dennoch weit attraktiver sind, als - im Grenzfall - die Alternative 'arbeitslosigkeit'.

Im Gegensatz dazu stehen Länder wie die Niederlande, wo allein schon durch die in der Regel sechs Jahre und mehr dauernde Hochschulstudiengänge in den Absolventen viel höhere Erwartungswerte geweckt werden. Auch der Eintritt in den 'nicht-qualifizierten' Arbeitsmarkt wird stark erschwert durch das sehr gut ausgebaute berufliche Bildungswesen.

6. Maßnahmen:

In allen betrachteten Ländern sind Maßnahmen eingeleitet worden, um die Eingliederungsprobleme zu reduzieren oder sie zu beseitigen. Dabei zeigen sich neben gemeinsamen Vorstellungen auch sehr unterschiedliche Ansätze eine mögliche Lösung.

Die Maßnahmen im Bildungsbereich lassen zwei grundsätzlich verschiedene Haltungen erkennen.

- Auf der einen Seite versuchen Länder, wie die Niederlande, Schweden, Großbritannien und teilweise auch Frankreich durch Zulassungsbeschränkungen (aus welchen Gründen auch immer) die Lage besser in den Griff zu bekommen.
- Auf der anderen Seite stehen die USA und Japan, wo der Zugang zur höheren Bildung jedem Hochschulberechtigten offensteht.

Auch in Zukunft ist weder in den USA noch in Japan mit der Einführung einer Zulassungsbeschränkung zu rechnen.

Im Beschäftigungsbereich werden hauptsächlich die für andere Gruppen bereits bestehenden Programme auf Hochschulabsolventen ausgedehnt.

Es gibt praktisch kaum Maßnahmen, die ausschließlich auf beschäftigungslose oder 'unterbeschäftigte' Hochschulabsolventen ausgerichtet sind.

- Im allgemeinen sind die Umschulungs- oder die Arbeitsplatzbeschaffungsprogramme auch den hochqualifizierten Arbeitskräften zugänglich.
- Eine Ausnahme bildet die 'Regeling Tijdelijke Arbeidsplaatsen' (T.A.P. Programm) in den Niederlanden. Hier werden arbeitslose Akademiker für 6 Monate auf Staatskosten beschäftigt. Die Teilnehmer sind hauptsächlich junge Hochschulabsolventen ohne Berufserfahrung.

- In England laufen dieselben Bemühungen unter dem allgemeinen 'Job Creation Program', mit dem, wenn möglich, besondere Arbeitsplätze für Hochschulabsolventen geschaffen werden sollen.

In Frankreich und Schweden wird der Förderung der Mobilität, nicht zuletzt aus wirtschaftsgeographischen Gründen, besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Während in den Provinzen Frankreichs und im Norden Schwedens teilweise noch ein Mangel an hochqualifizierten Arbeitskräften besteht, drängt die Mehrheit der Absolventen nach Paris oder in den Süden Schwedens.

Während es in den angelsächsischen und skandinavischen Ländern eine Tradition ist, daß die Universitäten (und seit einiger Zeit auch die Fachhochschulen) ihren Absolventen bei der Stellensuche behilflich sind, sah man noch bis vor wenigen Jahren in allen anderen Ländern dafür keine Notwendigkeit, da einerseits ein Nachfrageüberhang bestand und die Mehrheit der Absolventen beim Staat unterkam.

- Seit die Eingliederungsprobleme zunehmen, beginnt man auch in den Niederlanden, Frankreich und Japan mit dem Ausbau solcher Institutionen.
- Im Vordergrund steht die Schaffung von Stellen, die sich der 'Problemfälle' annehmen, d.h. hauptsächlich Vermittlung von Arbeitslosen (z.B. Arbeidsvoorziening Academici in den Niederlanden, Agence Nationale pour l'Emploi in Frankreich, Handelskammern in Japan).
- In England hingegen betreuen die sogenannten Careers and Appointments Services sämtliche Studenten vom Studienbeginn bis zu Erstbeschäftigung."63

6.3 Innovationseffekte bei zunehmender Akademikerzahl

In einer Übersicht der Zeitschrift "Analysen", die zur Berufsinformation für Studenten von der Bundesanstalt für Arbeit herausgegeben wurde, erfolgte 1972 eine Aufzählung von Argumenten über Auswirkungen von Hochschulexpansion im Beschäftigungssystem, die in manchen anderen Ländern zu beobachten seien:

"Was möglich wäre...

Beispiele für bessere Versorgungslagen bei höherer Zahl von Akademikern, wie sie teilweise in anderen Ländern bereits möglich geworden sind:

Kleinere Klassen in der Schule (= höhere Lehrerschaft)

Besseres Verhältnis Hochschullehrer : Studenten

Bessere Ausstattung mit Forschungseinrichtungen

Mehr Wissenschaftler für Forschung und Entwicklung in den

Unternehmen (die Lizenzbilanz der BRD ist stark negativ!)

Höherer Anteil von Akademikern im Management der Wirtschaft, vor allem der Mittel- und Kleinbetriebe (OECD: 'Management Gap')

Höherer Anteil von Akademikern im öffentlichen Dienst (Verwaltung, Post, Polizei usw.)

Höherer Akademisierungsgrad des Offizierskorps der Armee

Bessere Ausstattung mit Psychologen und Pädagogen, z.B. Aufbau eines schulpsychologischen Dienstes

Bessere Ausstattung mit Soziologen für Stadtsanierung, Betriebssoziologie, Sozialarbeit

Höherer Akademisierungsgrad der Landwirtschaft (heute bereits in der DDR viermal so hoch wie in der BRD)

Bessere Ausstattung mit Psychiatrie zur Versorgung von Deblen (BRD hat eine der höchsten Selbstmordraten)

Bessere Versorgung mit Betriebsmedizin und Sicherheitsingenieuren (Unfallschutz, Arbeitsschutz; die BRD hat eine relativ hohe Quote von Arbeitsunfällen)

Höherer Akademisierungsgrad der in den Massenmedien Tätigen (Wissenschaftlicher Journalismus)

Bessere Versorgung mit Ärzten auf dem Lande

Bessere politische Entscheidungsvorbereitung (Assistenten, Informations- und Dokumentationsdienste, Planungsexperten)

Ausgebaute Beratungsdienste (Technische und ökonomische Beratung der mittelständischen Wirtschaft, Konsumentenberatung, Rentenberatung, Freizeitberatung, Eheberatung, Erziehungsberatung, Altenberatung, Bildungs- und Berufsberatung)

Ausgebauter Zivilschutz

Mehr Prognoseforschung (auch mehr Forschung über Beschäftigungsfragen)

Bessere ausgebaute Resozialisation

Mehr Maßnahmen für die verringerte Mütter- und Säuglingssterblichkeit

Bessere, verwissenschaftlichte Bekämpfung der Kriminalität

Modernerer Strafvollzug

Zügigere Untersuchungs- und Prozeßabwicklung im Straf- und Zivilrecht."6 4

Diese Liste wird durch eine weitere Liste ergänzt mit Beispielen "für Zukunftsaufgaben, die in wachsender Zahl Akademiker erfordern und sowohl in der BRD wie in anderen Ländern noch nicht ausreichend wahrgenommen werden"; genannt werden in dem Zusammenhang z.B. Meeresnutzung, Umweltschutz, Bildungsforschung, wissenschaftliche Vorbereitung der Stadtsanierung, Freizeitgestaltung, Unfallverhütung, Entwicklungshilfe und Ausländerbetreuung.⁶⁵

7. Interpretationen

7.1 Zur Anlage der Dokumentation

Die Verarbeitung - die Analysen und politischen Schlußfolgerungen - der vorliegenden Informationen zur Entwicklung von Hochschule hat in den letzten Jahren eine deutliche Akzentverschiebung erfahren: Bis etwa 1975 variierten die Einschätzungen zwischen weitgehend reibungsloser Aufnahme der wachsenden Zahl von Hochschulabsolventen auf der einen Seite und hoher Arbeitslosigkeit für Hochschulabsolventen bzw. anderen Erscheinungen "akademischer Arbeitslosigkeit". Zugleich reichten die politischen Vorschläge von einer möglichst großen Offenheit des Hochschulzuganges bis zu einer weitestmöglichen Steuerung nach dem voraussichtlichen Bedarf. Seitdem haben sich die Positionen ein wenig angenähert: Dies lag zum Teil daran, daß in der Diskussion die Einsicht an Boden gewann, daß die Entwicklungen des Arbeitsmarktes in keinem Falle so extrem verlaufen, wie die oben genannten Positionen vermuten ließen. Hinzu kamen zwei Argumente, die sich in der Debatte als sehr einflußreich erwiesen:

- Eine restriktive quantitative Hochschulpolitik schaffe besondere Nachteile für die Welle geburtenstarker Jahrgänge, die in den nächsten Jahren ihre vorberufliche Bildung abschließen.
- Gleichgültig, ob man die Hochschulexpansion der letzten Jahre begrüße oder nicht, sei nun eine Beschäftigungspolitik erforderlich, die die gewachsene Zahl der Hochschulabsolventen in Rechnung stelle.

Diese Überlegungen führten zu einer relativen Annäherung der Positionen, aber das Spektrum der Interpretationen blieb sehr breit.

Im folgenden werden einige Interpretationen von Arbeitgeber- und Gewerkschaftsseite, durch Regierungen und Parteien, Beratungsgremien, durch Bildungs- und Arbeitsmarktforscher sowie durch internationale Studiengruppen dargestellt. Überwiegend wurden Texte aus den Jahren 1977 und 1978 ausgewählt.

Verzichtet wurde auf eine Dokumentation der Stellungnahmen von Hochschulangehörigen. In vielen Fällen waren diese an den oben genannten Gruppen in der Erstellung von Interpretationen beteiligt. Vielleicht ist es aber auch bezeichnend, daß in Sammelbänden über die Lage der Hochschulen das Verhältnis von Bildungs- und Beschäftigungssystem nach wie vor einen begrenzten Stellenwert hat, während bei Symposien über Hochschule und Be-

ruf, die an Hochschulen stattfinden, die Vertreter der Hochschulen selbst nur eine untergeordnete Rolle spielen: Die Klärung des Verhältnisses von Hochschule und Beruf blieb für die Hochschulen überwiegend ein Geschäft, das andere betrieben. Daher wurde in diesem Zusammenhang auf eine Dokumentation der Stimmen aus der Hochschule verzichtet, auch wenn diese sicherlich manche interessante Ergänzungen erbracht hätte.

7.2 Arbeitgeberstimmen

Die Stellungnahmen von Repräsentanten der Arbeitgeber beginnen häufig mit einer Kritik der Bildungsreformen von Mitte der sechziger bis Mitte der siebziger Jahre. Als ein Beispiel seien die Äußerungen von Winfried Schlawke, dem Geschäftsführer des Instituts der Deutschen Wirtschaft, genannt:

"In der Bildungsreform sah der progressive Politiker das schnellste und eleganteste Schiff, das geradewegs in den befestigten Hafen einer freien und gerechten Bildungsgesellschaft von morgen fuhr. Dieses Schiff schien von unerschöpflicher Leistungs- und Fassungskraft zu sein. Wer auf sich hielt, stieg ein, fuhr mit und betätigte sich irgendwo und irgendwie als einer von vielen Kapitänen, Steuerleuten, Maschinisten oder vor allem als Lackierer, um den strahlenden Fassadenglanz des Schiffs mit einer unendlichen Vielfalt von Farbtupfern zu intensivieren. Volle Kraft voraus! war die einhellige Losung, aber die Fahrtroute, die eben noch so klar vorgezeichnet schien, verschwand bald in undurchdringlichen Nebelschwaden. Der Treibstoff ging schnell zu Ende, man hatte vor der Fahrt wohl vergessen, den Bedarf zu berechnen und während der Reise versäumt, den vorhandenen Bestand zu kontrollieren. Schnell wurde das schöne Schiff zum Treibgut und die Probleme an Bord wuchsen ins Unübersehbare. Flexible Kapitäne, Steuerleute, Maschinisten verließen rechtzeitig und unauffällig das Boot. Sie waren von neuen Schiffen fasziniert, die unter der Flagge "Grenzen des Wachstums", "Qualität des Lebens", "Humanisierung der Arbeitswelt" fahren; manche bestiegen auch altehrwürdige Fregatten wie die "Außenpolitik".⁶⁶

Dabei wird vielfach die These vertreten, daß die Bildungsreform nicht allein an den Wünschen der Arbeitgeber vorbeigehe, sondern ihre selbstgesetzten Ziele verfehlt habe. Dies wird in einem Beitrag von Hermann Linke, Mitglied in der Geschäftsführung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, deutlich:

"Der Hochschulbereich hat z.B. zusammen mit dem Gymnasialbereich über 41 v. H. der Bildungsfinanzen verschlungen. Die anderen Bereiche werden nicht nur finanziell ständig vernachlässigt. Das Herabsinken der Haupt- und Restschule und die Degradierung ehemals eigenständiger Bereiche wie z.B. der Fachhochschule zu 'Durchlauferhitzern' für die Hochschulen sind einige äußerst negative Folgen. Bezüglich der Hochschulen kamen weitere negative Entwicklungen hinzu:

- eine zu weit gehende Theoretisierung und Überlastung der Ausbildungsinhalte
 - eine mangelhafte Ausrichtung der Hochschulen und ihrer Mitglieder an ökonomischen Prinzipien
 - eine wachsende Abhängigkeit der Hochschulen von der Kultusbürokratie
 - fortschreitende Ideologisierung und Radikalisierung der Hochschulen...
- Das bedeutet- die Öffnung der Hochschulen z.B. hat zur Massenuniversität geführt - mit all ihren negativen Folgen: nachgewiesener Qualitätsverlust in Forschung und Lehre, Überbetonung der Lehre und Bedrohung der Einheit von Forschung und Lehre, mangelnde Selbstbestimmung der Studenten durch fortschreitende Verschulung der Studiengänge, Stoffballast und damit längere Studienzeiten und Leistungsdruck usw. Eine qualitative Studienreform wird an den hier gesetzten Richtwerten nur mehr wenig ändern können. Das ist und war m.E. politisch beabsichtigt. Dafür haben wir kein Verständnis.

Die Folgen sind nämlich

- weder bessere Einkommens-, Aufstiegs- und Beschäftigungschancen noch Berufsethos
- weder eine qualitative Anhebung des Bildungsniveaus noch intergenerative Chancengleichheit
- noch soziale Ausgewogenheit zwischen der Förderung akademischer Ausbildung und nicht-akademischer
- noch soziale Gerechtigkeit gegenüber dem Steuerzahler.

Es ist vor allem auch nicht gelungen, Chancengleichheit zu schaffen: Akademiker verdrängen in viel stärkerem Maße Nicht-Akademiker: Ungelernte sind noch stärker benachteiligt. Auf der einen Seite fehlen Facharbeiter, auf der anderen liegen für teures Geld ausgebildete Akademiker auf der Straße." 67

Die Äußerungen sind häufig von der Vorstellung getragen, daß eine bedarfsorientierte Bildungsplanung verstärkt werden sollte. Auf die Anfrage der CDU in einem Hearing "Soll der Anteil von Hochschulabsolventen bedarfsbezogen geplant werden, oder soll die Auswahl erst im Arbeitsprozeß erfolgen?" antwortete der Deutsche Industrie- und Handelstag:

"Der Staat praktiziert für seine akademischen Berufe seit je eine Bedarfspolitik (vgl. Lehrer, Juristen mit Prädikatsexamen) - oft in einem negativen und undifferenzierten Sinne: Der Bedarf wird durch die Finanzminister festgestellt. Gleichwohl sollte der Staat als Abnehmer von Hochschulabsolventen seinen Bedarf auf mittlere Sicht quantitativ und qualitativ wesentlich transparenter machen.

Auch für den überschaubaren Bedarf der Wirtschaft sollte von den bildungspolitischen Instanzen ein effizienteres Informations- und Beratungs- und Koordinationsverfahren entwickelt werden. Ein solches Verfahren kann nicht als 'Bildungsbedarfswirtschaft' im zentralverwaltungswirtschaftlichen Sinne interpretiert und abgewertet werden.

Mehr Bedarfsorientierung kann nicht heißen: strikte Befolgung von Bedarfsprognosen und -feststellungen. Mehr Bedarfsorientierung kann aber heißen: Berücksichtigung von Bedarfsgesichtspunkten in der Bildungsplanung des Staates, ständige Orientierung der Berufsausbildung an Bedarfsgesichtspunkten (vgl. duales System, freie Berufe).

Eine vollständige Verlagerung der Auswahl von Hochschulabsolventen in den Arbeitsprozeß bedeutet

- individuell: Enttäuschung
- sozial: Abstieg
- beruflich: falsche Ausbildung

- ökonomisch: Fehllenkung von Ressourcen,
Verschwendung

- politisch: Gefahr der Radikalisierung.

Diese prekäre Tendenz sollte unbedingt vermieden, rechtzeitig korrigiert - statt durch eine undifferenzierte 'Öffnung der Hochschulen' im Interesse einer angeblichen 'Überqualifizierung' legitimiert werden." 68

Die Schaffung neuer Aufgaben für Hochschulabsolventen wird von Arbeitgeberseite nicht ausgeschlossen, aber für sehr gering und größtenteils für nicht wünschenswert gehalten. So meint Linke:

"Neue Verwendungsmöglichkeiten in neuen Berufen sind geringer als man erwartet. In vielen Branchen ist der Akademisierungsgrad nicht angewachsen. Die Hoffnungen, die man auf eine Ausweitung des Dienstleistungsbereiches gegründet hat, trügen bereits heute. Auch hier ist nur eine begrenzte Akademisierung möglich. Das ist kein schlechter Wille. Man kann auf jeden Fall nicht sagen, Akademiker seien in Zukunft 'überqualifiziert'. Wer ist das schon? Vielmehr sind Akademiker falsch qualifiziert: Sie werden nicht unbedingt zu stark praxisorientierten Tätigkeiten heranziehbar sein. Es sei denn, sie würden nachträglich umgeschult. Auch diese Möglichkeit besteht und wird - faktisch leider stark begrenzt - heute schon praktiziert." 69

Härter äußert sich der Deutsche Industrie- und Handelstag:

"Im Blick auf das Studium dürfte in den seltensten Fällen ein neues Berufsbild (das in der Praxis, nicht in den Plänen der Hochschulpolitiker vorgefunden werden müte) auf Studiengänge übertragen werden können. Die allgemein anerkannten akademischen Berufsbilder (Arzt, Apotheker, Gymnasiallehrer usw.) sind in Gestalt von mehr (z.B. Zahnarzt) oder weniger (Lehrer, Jurist) berufsbezogenen Studiengängen an den Hochschulen installiert. Die Vorstellung, es könnten in der Berufswelt 'neue' Berufsbilder entdeckt und zum Gegenstand eines 'neuen' Studiengangs gemacht werden (z.B. Verbandswesen, Werbung, Touristik, Lehrer als betrieblicher Ausbilder), ist falsch, naiv und politisch-organisatorisch gefährlich." 70

Eine Bewältigung der Arbeitsmarktprobleme wird vor allem darin gesehen, daß die Hochschulabsolventen sich mit bescheideneren Positionen abfinden. So argumentiert Claus Kemmet von der Landesvereinigung der Arbeitgeberverbände in Hamburg:

"Bis 1975 konnten praktisch alle Akademiker untergebracht werden, das Beschäftigungssystem konnte die Expansion des oberen Bildungsbereichs noch verkraften. Seitdem stößt die Ausweitung an ihre Grenzen und die Berufschancen von Hochschulabsolventen liegen im Ungewissen...

Insgesamt, so schätzt der Bielefelder Bildungsökonom Hegelheimer, werden 50 Prozent der Hochschulabsolventen in den nächsten Jahren keinen adäquaten Arbeitsplatz erhalten.

Unter dieser Perspektive werden zukünftig Hunderttausende studieren, werden Hochschulen eine Überlastquote fahren und werden Staat und Wirtschaft zusätzlich Anstrengungen unternehmen müssen, um den in dieser Entwicklung angelegten Spannungen begegnen zu können. ...

Das starke Auseinanderklaffen von Akademikerangebot und -nachfrage wird aber auch von den Studenten eine neue Einstellung verlangen. Die Durchführung und Beendigung eines Studiums wird kein Anrecht mehr verbrieft

können, eine herausgehobene Berufs- und Lebensstellung im Sinne der traditionellen Akademikerpositionen im Beschäftigungssystem zu erlangen. Gleiches wird für die Einkommenserwartungen gelten müssen. D.h., die zukünftige Entwicklung des Beschäftigungssystems wird von den Hochschulabsolventen auch ein größeres Maß an Anpassungsfähigkeit verlangen, als dies bislang der Fall war. Das bedeutet aber, daß die Eigenschaftskategorien und Persönlichkeitsmerkmale wie Anpassungsfähigkeit, Konsensfähigkeit, Kompromißfähigkeit, soziale Kompetenz, Selbständigkeit, Flexibilität, berufliche Mobilität, Weiterbildungsbereitschaft, um nur einige zu nennen, an Bedeutung gewinnen werden. Dies um so mehr, als der Wettbewerb von Hochschulabsolventen und Nicht-Hochschulabsolventen um Positionen, die bisher üblicherweise auch von Nichtakademikern besetzt oder typische Aufstiegspositionen für diese darstellten, in Zukunft zunehmen wird. Berufserfahrung und bereits erbrachte Leistungen des Nichtakademikers sind dabei Gesichtspunkte, die gegen die Ausbildung der Hochschulabsolventen stehen. Und, dieser Wettbewerbe ist von vornherein noch keineswegs zugunsten des Hochschulabsolventen entschieden.

Diese Situation darf jedoch nicht dazu führen, daß die grundsätzliche Bereitschaft der Unternehmen, Akademiker in Positionen einzusetzen, für die ein Studium nicht erforderlich ist, bei diesen Frustrationen hervorruft, weil sie sich unterfordert fühlen. Dieses Problem könnte überlagert werden durch die Situation jener Mitarbeiter, die zwar formal geringer qualifiziert, aber aufgrund von Tüchtigkeit und Leistungsfähigkeit bislang in diese Positionen aufsteigen konnten. Sie würden nun am Aufstieg gehindert. Es wird also darauf ankommen, Hochschulabsolventen Beschäftigungen anzubieten, die sie nicht unterfordern; letztlich aber müssen auch künftig Leistung über Beschäftigung und Aufstieg entscheiden." 71

Eine solche Aufnahme der Hochschulabsolventen mache jedoch einen "Abschied vom Berechtigungswesen" erforderlich und berge die Gefahr eines "Verdrängungswettbewerbs" in sich. So schreibt Schlaffke:

"Was viele Hochschulabsolventen erwartet, ist eine 'Durchlässigkeit' des Beschäftigungssystems von oben nach unten bis auf die Sachbearbeiterebene.

Schon heute beschäftigen sich Unternehmen mit der Frage, ob es nicht an der Zeit ist, Konzeptionen zu entwickeln wie das Problem der Überqualifikation und der Unterbeschäftigung gemeistert werden kann. Dieses Problem ist um so bedeutungsvoller, weil - trotz aller Demokratisierung der Universitäten - das überzogene Sozialprestige, das Berechtigungs- und Anspruchsdenken der Hochschulabsolventen in hohem Maße bestehen geblieben ist. Noch ist offensichtlich die aus vielerlei Gründen unerforschte und daher nicht genau bekannte Zahl der unter dem erwarteten Niveau und Gehalt arbeitenden Jungakademiker gering, aber viele Hochschulabsolventen werden sich nicht so schnell mit der Erkenntnis abfinden, daß sie die früher üblichen Berufspositionen und Einkommen nicht erreichen werden und daß Unterforderung und Unausgefülltsein im Beruf zum Dauer-schicksal werden können. Arbeitslose Akademiker und unzufriedene Intellektuelle werden ihre Probleme auf den Markt zu tragen wissen. Sie werden sich nicht ohne weiteres damit zufrieden geben, daß ihre mit hohem Einsatz erworbene Bildung ein Wert an sich ist, sie werden vielmehr Schul-dige dafür suchen, daß sie ihr Wissen und Können nicht in gewünschtem Maße produktiv umsetzen können.

Wohlmeinende Experten empfehlen in letzter Zeit gerade der Wirtschaft - der öffentliche Dienst verschanzt sich ja hinter seiner Laufbahnordnung wie hinter einer uneinnehmbaren Festung - sich doch einfach "marktwirtschaftlich" zu verhalten und heute Physiker, Juristen, Betriebswirte zum "halben Preis" einzukaufen, sozusagen "akademische Vorratswirtschaft" zu betreiben. Die Unternehmen werden - wie bei Problemen der Vergangenheit - mit Sicherheit als Hauptschuldige auf die Anklagebank gesetzt werden, wenn Unterbezahlung zu beklagen ist, beziehungsweise wenn Akademikern Meister- oder Sachbearbeiterpositionen, Boten- oder Fahrerstellen angeboten werden. Die Konflikte sind programmiert. Gegen den Verlust von Sozialprestige und Einkommen werden am lautesten jene Verfechter der Bildungsexpansion protestieren, die immer meinten, jedes Akademikerangebot werde sich seine wohldotierte Nachfrage auf dem Beschäftigungsmarkt schaffen. Dennoch bleibt heute - und das ist mit Härte zu formulieren, um Enttäuschungen zu vermeiden - nur der abrupte Abschied vom früher selbstverständlichen Berechtigungswesen, denn mehr Beschäftigung Suchende und mehr Akademiker schaffen in einer kaum expandierenden Wirtschaft nicht mehr Abteilungsleiter-, Filialleiter-, Betriebsleiterposten. Zu welchen Problemen, zu welchen Härten wird der Verdrängungswettbewerb führen?" 72

Gefordert wird darüber hinaus eine Studienreform, die die Bedürfnisse der beruflichen Praxis berücksichtige. Dabei wird häufig nicht so sehr eine fachliche Spezialisierung, sondern eine breite Vorbereitung auf Anforderungen im Beruf gewünscht. So formuliert Kemmet:

"Im Zuge der Bewältigung der hier angesprochenen Probleme wird es aber auch notwendig sein, daß die Hochschulen im Wege der Studienreform ihre Lehrangebote stärker den heutigen Erfordernissen anpassen, was heißt, daß die Hochschule beweglicher und praxisnäher ausbilden muß. Dazu bedarf es auch einer Bewußtseinsveränderung des Lehrkörpers an den Hochschulen. Denn eines steht fest: Der bisher bewährte Grundsatz 'Die Bildung ernährt sich selbst' gilt nicht mehr.

Um einem Mißverständnis vorzubeugen: Wenn hier von einem verstärkten Praxisbezug der Ausbildung gesprochen wird, heißt das nicht einseitige Ausrichtung und Anlehnung an bestimmte Berufsfelder, Berufe oder gar Arbeitsplätze. Selbstverständlich kann und soll die Hochschule dafür nicht ausbilden. Es geht darum, "das Denken und Verstehen in realen Gegebenheiten der Wirtschaft besser auszubilden" (v. Frankenberg). Von der Wirtschaft gefragt ist der breit ausgebildete Betriebs- oder Volkswirt, Ingenieur oder Chemiker, der logisch denken, Probleme methodisch lösen kann, der etwas vom Umgang mit Menschen versteht und Fremdsprachenkenntnisse nachweist." 73

Im Gegensatz zu Stellungnahmen zu Beginn der siebziger Jahre wird stärker eine Absorptionsbereitschaft signalisiert. Eine deutliche Abgrenzung erfolgt aber gegen Positionen, daß die Abstimmung auf dem Arbeitsmarkt ohne besonderen Maßnahmen friktionslos erfolgen werde. So schreibt Georg von Landberg, Mitarbeiter des Instituts der deutschen Wirtschaft:

"Die Schlußfolgerung einer reibungslosen Expansion des universitären Sektors ist neben den bisher genannten Argumenten auch deshalb gefährlich, weil sie in Hinsicht auf die Studienreform zu einer Haltung des 'laissez-faire' beitragen könnte. Solchen Tendenzen muß aus privatwirt-

schaftlicher Sicht jedoch heftig widersprochen werden, da eine berufs- oder praxisnähere Gestaltung der Studiengänge längst überfällig ist. Jedenfalls vermittelt eine aktive, berufsorientierte Studienreform den Hochschulabsolventen mehr und bessere Beschäftigungschancen als der prämissengetrübte Glaube, daß sich sowieso alles von selber regelt." 74

7.3 Äußerungen der Gewerkschaften

Seitens der Gewerkschaften wurden in der Diskussion über "Öffnung der Hochschulen" und Arbeitsmarktprobleme vor allem drei Argumente hervorgehoben: Erstens wird eine an Bedarfsvorstellungen orientierte, restriktive Hochschulplanung als Maßnahme zur Sicherung sozialer Privilegien gesehen. Die Frage der Sozialchancen steht im Mittelpunkt der Argumentation. So sagte Heinz Oskar Vetter, der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, 1977 in einer Rede an der Universität Marburg:

"Die Reform der Hochschule scheint heute weithin gescheitert: So richtig die Politik der Öffnung der Hochschulen war - wir haben sie von Anfang an gefordert und unterstützt -, so halbherzig ist sie geblieben. Dem Ausbau der Kapazitäten ist der Umbau der Strukturen nicht gefolgt. Die politischen Widerstände gegen die Reform waren zu stark, die Koalitionszwänge zu hemmend, als daß sie aus den Kinderschuhen herausgekommen wäre. Heute ist die Tendenz eher rückwärts gerichtet: Um die eigenen wirtschaftlichen Positionen und sozialen Privilegien nicht zu verlieren, warnen heute Unternehmer und reaktionäre Elternvereine vor Akademikerschwemme und Überqualifikation. Folge dieser Absicherungspolitik ist, daß der Anteil der jungen Frauen, der Kinder aus dem ländlichen Bereich und derjenigen aus Arbeiterfamilien an der Zahl der Studienanfänger wieder sinkt. Mit der von den Gewerkschaften unterstützten Politik der Öffnung und Durchlässigkeit im Bildungswesen sollten soziale Benachteiligungen abgebaut werden. Mit der 'Öffnungspolitik', wie sie gegenwärtig betrieben wird, wird das Gegenteil erreicht. Im Kampf um Notenzehntel, durch die gleichzeitige Kürzung der Ausbildungsförderung, durch das weitgehende Kappen des zweiten Bildungsweges wird die Unterwerfung der Ausbildungsinteressen vieler Jugendlicher unter die nicht in Frage gestellten Anforderungen eines kapitalistischen Arbeitsmarktes vollzogen, dessen marktwirtschaftliche Instrumente angesichts der Krise auf dem Arbeitsmarkt und im Ausbildungsbereich offensichtlich versagt haben.

Die Gewerkschaften halten an ihrer Forderung nach Öffnung der Hochschulen fest. Von den Regierungen verlangen sie jedoch flankierende Maßnahmen, um die sich bereits abzeichnende verschärfte soziale Auslese abzuschwächen: Die Studienplätze müssen ausgebaut, die Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen, vor allem auch der jungen Wissenschaftler, abgesichert werden. An den Interessen der Arbeitnehmer orientierte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen müssen dafür die Grundlage schaffen. Das heißt auch, daß die öffentlichen Arbeitgeber zusätzliche Arbeitsplätze schaffen müssen, statt durch Stelleneinsparungen bei Lehrern und Hochschullehrern die Probleme der Arbeitslosigkeit noch zu verschärfen." 75

Zweitens wird hervorgehoben, daß positive Auswirkungen für wirtschaftliche Entwicklung und für eine qualifiziertere Wahrnehmung wichtiger beruflicher Ausgaben zu erwarten seien, wenn die Zahl der hochqualifizierten Arbeitskräfte zunehme. Erich Frister, der Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, faßt eine Reihe dieser Argumente zusammen:

"Angesichts der ständig steigenden Arbeitsproduktivität bei Industrie und Handel, d.h. steigende Leistungen mit weniger Arbeitskräften, kommt der öffentlichen Hand die entscheidende Rolle für eine Beschäftigungspolitik zu, die trotz starker Jahrgänge Vollbeschäftigung sichert, und

die durch intensive Ausbildung erworbenen Fähigkeiten eines wachsenden Teils der jungen Bürger gesellschaftlich vernünftig nutzt. Öffentliche Investitionen aller Art müssen Nachfrage bei Investitions- und Verbrauchsgütern auslösen. Erhöhung des Personalbestandes im öffentlichen Dienst muß zu mehr Leistungen führen, die für die Mehrheit der Bürger größere Lebensqualität bedeuten.

Freiheitliche und soziale Demokraten müssen es schaffen, das wachsende Angebot qualifizierter Bürger zu nutzen und dürfen sich nicht so verhalten, als sei bessere Bildung für alle ein Luxus, den man sich nicht leisten könne.

Die bestehenden Schwierigkeiten für die Absolventen von Schulen und Hochschulen, angemessene Ausbildungs- und Arbeitsplätze zu finden, müssen durch staatliche Maßnahmen ausbildungspolitischer und arbeitsmarktpolitischer Art ausgelöst werden. Sie dürfen nicht dazu benutzt werden, die Bildungsansprüche und die Bildungsnotwendigkeiten breiter Bevölkerungsschichten abzuwürgen.

Arbeitslosigkeit muß durch Schaffung von Arbeitsplätzen verhindert werden. Dies muß auch für Hochschulabsolventen gelten, solange ein Bedarf der Gesellschaft für die von ihnen zu erbringenden Leistungen vorhanden ist. Die Finanzierung ist durch Herstellung der sozialen Gerechtigkeit im Steuersystem zu gewährleisten.

Nicht gerechtfertigte Einkommensdifferenzen zwischen Beschäftigten, die allein aufgrund unterschiedlicher Vor- und Ausbildung begründet sind, müssen durch Anhebung der Benachteiligten aufgehoben werden. Es muß verhindert werden, daß das Anwachsen der Zahl von Arbeitnehmern mit qualifizierterer Vor- und Ausbildung dazu benutzt wird, ihre Arbeitsleistung geringer zu bewerten.

In der Bundesrepublik fehlt es nicht an Geld, um eine aktive Beschäftigungspolitik zu betreiben, sondern das Geld muß anders verteilt werden, um eine aktive Beschäftigungspolitik zu ermöglichen. Wenn die Milliarden Steuerrückstände eingetrieben würden, wenn Subventionen und ungerechtfertigte Steuerprivilegien - z.B. bei gutverdienenden Landwirten - gestrichen würden, und wenn beispielsweise eine Ergänzungsabgabe in Höhe von 3 Prozent auf die Steuerschuld - nicht auf das Einkommen - bei allen erhoben würde, die mehr als 3500 DM verdienen, dann kämen Milliardenbeträge zusammen....

Könnte sich der Gesetzgeber zu diesen Maßnahmen aufraffen, dann gäbe es tatsächlich Solidarität zugunsten der Vollbeschäftigung mit dem Effekt der Verbesserung und Erfüllung von Gemeinschaftsaufgaben. Es besteht der Eindruck, daß diejenigen, die Solidaritätsleistungen nur von bestimmten Berufsgruppen, z.B. von den Lehrern oder vom öffentlichen Dienst erwarten, dies tun, um von der Notwendigkeit zur wirklichen Solidarität abzulenken. Mit dem Fingerzeig auf solche Berufsgruppen erwirbt man Popularität und verhindert eine Diskussion über eine Solidarität, die von den Vorschlagenden selbst - ob Verbandspräsident oder Minister - eine Leistung verlangen würde." 76

Drittens wird von den Gewerkschaften häufig gefordert, nicht isoliert Maßnahmen zur Verringerung der Arbeitsmarktprobleme für Hochschulabsolventen zu ergreifen, da die eher eine Privilegierung unterstützen, sondern solche Maßnahmen in allgemeine Beschäftigungspolitik einzuordnen. Dies verdeutlicht zum Beispiel Herbert Bienk vom Hauptvorstand der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr in einigen Thesen:

"1. Vorbemerkungen

- 1.1 Die Sorge der Hochschulabsolventen um einen ihrer beruflichen Qualifikation entsprechenden Arbeitsplatz ist berechtigt und muß bei der Diskussion der Lösung von Arbeitsmarktproblemen berücksichtigt werden.
- 1.2 Die Situation der Hochschulabsolventen ist zwar eine 'eigenartige' und vor allem neue Erfahrung, aber keine grundsätzlich unterschiedliche im Verhältnis zu den übrigen Gruppen von Arbeitnehmern und Arbeitssuchenden.
- 1.3 Es gibt keinen speziellen Arbeitsmarkt für Hochschulabsolventen und somit auch keine abgetrennte Arbeitsmarktproblematik für Hochschulabsolventen.
- 1.4 Der Anspruch auf einen angemessenen Arbeitsplatz unter menschenwürdigen Bedingungen besteht für jeden arbeitsfähigen und arbeitswilligen Menschen.
- 1.5 Die Behebung der Arbeitslosigkeit und der Beschäftigungsrisiken ist eine umfassende Aufgabe und schließt die isolierte Lösung der Arbeitsmarktprobleme für Hochschulabsolventen aus. ...
2. Zum Anspruch auf Bildung und entsprechende Beschäftigung
 - 2.1 Noch in keiner Zeit nach 1945 ist der Anspruch der jungen Generation auf eine qualitativ gute und entwicklungsgerechte Bildung, insbesondere zur Erreichung günstiger Einkommens- und damit verbundener Lebensbedingungen, so ausgeprägt gewesen wie in den letzten Jahren. Voraussetzungen hierfür waren
 - das wesentlich verbreiterte Bildungsinteresse
 - das teilweise verbesserte Bildungsangebot
 - die Hoffnung auf Chancengleichheit
 - die hieraus abgeleiteten Ansprüche auf eine 'entsprechende' Beschäftigung
 - und die Solidarität der Jugend.
 - 2.2 Die Notwendigkeit einer ständigen, an der Entwicklung der Produktion und der Dienstleistungen orientierten Bildung/Weiterbildung wird auch von den Arbeitnehmern mitvertreten, die selbst keine Chance hatten und haben, über diesen Weg ihren sozialen Status zu verbessern.
 - 2.3 Die angekündigten Reformen zur Herstellung von Chancengleichheit erreichten große Publizität und gaben Hoffnung auf Förderung eines zeitgemäßen Bildungssystems. Nicht immer war das frühzeitige Zurückschrauben der politisch gesetzten Ansprüche nur auf das im Rahmen begrenzter Haushaltsmittel Machbare zurückzuführen. Viele Reformbemühungen können keine abschließende Beurteilung erfahren, da die Entwicklung restriktiv, ein Abschluß der Projekte und damit eine Auswertung nicht möglich waren.
 - 2.4 Der immer wieder beschworene Zusammenhang von 'Bedarf' und der 'Produktion' beruflicher Qualifikationen ist zu bestreiten. Der 'Bedarf' ist nicht bekannt. Er ergibt sich auf keinen Fall aus der Fortschreibung der bisherigen Berufsstruktur.
 - 2.5 Fehlqualifikationen sind zu vermeiden. Diese Forderung gilt nicht nur für die staatlichen Ausbildungseinrichtungen. Die Vorhaltung der Überqualifizierung ist zurückzuweisen, umso mehr als sie zur Begründung der Unterbeschäftigung und einer restriktiven Bildungspolitik mißbraucht wird.
 - 2.6 Eine hohe Qualifikation möglichst vieler Arbeitnehmer erhöht die wirtschaftliche und soziale Leistungsfähigkeit unserer Gesellschaft.

- 2.7 Gerade die Nachfrage der geburtenstarken Jahrgänge bei der jetzigen wirtschaftlichen Situation erfordert den Einsatz der höchstmöglichen Ausbildung, des Selbstverständnisses und der Weiterföhrung der Menschen....
- 4.6 Teillösungen für Hochschulabsolventen im Rahmen der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, die nicht gleichzeitig Bestandteil eines Gesamtkonzeptes und in dieses integriert sind, bevorzugen die Gruppe mit 'besseren Bildungsabschlüssen' und entsprechender gesellschaftlicher Durchsetzungskraft.
Die hieraus folgende 'Verdrängung' von Arbeitssuchenden mit geringeren formalen Bildungsabschlüssen föhrt zu einer weiteren Benachteiligung dieser Gruppe.
Die Chancengleichheit wird weiter ausgebaut.
- 5.5 Der Versuch, eine Teillösung für Hochschulabsolventen herbeizuföhren, nützt lediglich dem Bemühen, die Interessenauseinandersetzung aus dem Bereich der Sozialkontrahenten in den Kreis der Arbeitnehmer zu verlagern. Der 'Verteilungskampf' um Bildung, Arbeit, Arbeitsbedingungen, soziale Anerkennung und gesellschaftliche Chance gefährdet die Solidarität der Arbeitnehmer und fördert den Abbau erreichter Erfolge für die Arbeitnehmer.
6. Die Lösung der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsprobleme als 'gemeinsame Aufgabe'
- 6.1 Voraussetzungen für die im gemeinsamen Interesse liegenden Bemühungen sind:
- die Solidarität aller Arbeitssuchenden und Arbeitnehmer
 - keine Diffamierung einzelner Beschäftigungsgruppen
 - eine neue Definition des Begriffs 'Qualifikation' auch im Sinne eines gesellschaftlichen Bedarfs
 - ein Wettbewerb um Arbeitsplätze, der die Gleichwertigkeit von Schul- und Berufsausbildung und die Qualifikation durch Praxis und Erfahrung berücksichtigt
 - Aus- und Weiterbildungsangebote, die eine Differenzierung von Arbeitnehmergruppen entsprechend den Ausbildungsabschlüssen einzelner Bildungseinrichtungen aufheben
 - die Öffnung der Hochschulen und Realisierung der integrierten Gesamthochschule
 - die Abschaffung des Laufbahnrechts im öffentlichen Dienst
 - die Regelung der Entgelte nach Leistung und Funktion
 - die Korrektur des Anspruchs von Akademikern auf automatische Heraushebung aus dem allgemeinen Niveau von Einkommen und Status im Betrieb und in der Verwaltung." 77

7.4 Stellungnahmen aus dem Bereich der sozial-liberalen Politik

In den Argumenten zugunsten einer "Öffnungspolitik" verbanden sich unterschiedlichste wirtschafts- und gesellschaftspolitische Vorstellungen: Erwartungen wachsenden Bedarfs, aktive Beschäftigungspolitik, intergenerative Chancengleichheit, Fortsetzung der Politik sozialer Chancenöffnung sind ebenso zu nennen wie die Annahme, daß die Bildungsexpansion die Beziehung von Ausbildung und Beruf lockern und die soziale Hierarchie verringern werde. Das gesamte Argumentationsbündel ist in einer Broschüre zusammengefaßt, die das Hessische Kultusministerium herausgab:

"Einen hohen Stellenwert innerhalb der bildungspolitischen Gesamtstrategie zur Lösung der Probleme im Bildungs- und Beschäftigungssystem besitzt das Konzept der 'Öffnung der Hochschulen'. Gemeint ist damit die inzwischen von der Konferenz der Ministerpräsidenten beschlossene Beschränkung des sogenannten 'harten Numerus clausus' auf wenige Fächer wie Medizin, Pharmazie, Zahnmedizin, die intensive Nutzung vorhandener Ausbildungskapazitäten und Maßnahmen eines 'Notzuschlags auf Zeit'. Jeder, der zum Studium befähigt ist und studieren möchte, soll studieren können.

Für eine so verstandene Öffnung der Hochschulen, die durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts gestützt wird, gibt es gegenwärtig keine Alternative. Eine im Auftrag des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft durchgeführte Untersuchung weist aus, daß die Politik der Öffnung der Hochschulen von 61% der in den Hochschulen und von 68% der in den Fachhochschulen Tätigen unterstützt wird. Obgleich von steigenden Studentenzahlen negative Auswirkungen auf den Lehrbetrieb befürchtet werden, halten 64% des wissenschaftlichen Personals die bestehenden Zulassungsbeschränkungen für teilweise unnötig.

Die Öffnung ist notwendig, weil Ausweichmöglichkeiten für abgewiesene Studienbewerber kaum zur Verfügung stehen. Zudem sind die Studienberechtigten von ihrer Vorbildung und von ihren Vorstellungen her überwiegend nur auf ein Studium ausgerichtet.

Eine eher an der Nachfrage nach Ausbildungsangeboten als an der voraussichtlichen Bedarfsentwicklung orientierte Hochschulpolitik muß sowohl im Interesse einer qualifizierten Ausbildung für Jugendliche mit mittlerem Bildungsabschluß als auch im Interesse eines verminderten Leistungsdrucks im Schulsystem gefordert werden. Es muß verhindert werden, daß ein größerer Teil Studienberechtigter und an sich studienwilliger Bewerber auf Ausbildungsstätten ausweicht, für die nach herkömmlicher Auffassung das Abitur als Eingangsvoraussetzung nicht erforderlich ist. Die Öffnungspolitik schafft zugleich Arbeitsplätze für den hochqualifizierten wissenschaftlichen Nachwuchs.

Wenn in den vergangenen Jahren die Zulassung zu den Hochschulen nach den Kriterien eines vermuteten Bedarfs wesentlich restriktiver gehandhabt worden wäre, hätten wir auf dem Ausbildungsstellenmarkt schon früher eine größere Bewerberzahl gehabt, die heute als Erwerbssuchende auf dem Arbeitsmarkt wäre. Das Problem wäre verlagert, insgesamt aber nicht vermindert worden.

Auf einen Punkt muß in diesem Zusammenhang deutlich hingewiesen werden: 20% eines Altersjahrgangs können nicht die gleichen Privilegien erwarten wie früher 5%!

Mit einem Hochschulabschluß kann künftig nicht mehr die Erwartung oder sogar der Anspruch auf eine Karriere im höheren Dienst bei einem öffentlichen Arbeitgeber oder auf eine vergleichbare Position in der freien Wirtschaft verbunden werden. Hochschulabsolventen werden sich vielmehr darauf einstellen müssen, zumindest am Anfang ihrer beruflichen Laufbahn Aufgaben zu übernehmen, die nach den augenblicklichen Vorstellungen ein Hochschulstudium nicht oder nicht unbedingt erfordern.

Bei den Anfangspositionen werden sie in verstärktem Maße mit Absolventen anderer Bildungsgänge konkurrieren. Insofern werden sie im Vergleich der Erwerbstätigen nicht mehr von vornherein auf bevorzugte Berufsaussichten rechnen können. Die Berufsaussichten und der Berufserfolg werden künftig stärker als heute von der Leistung im Beschäftigungssystem abhängen und weniger von formalen Bildungsabschlüssen. Hierin kann eine Verbindung des Prinzips der Chancengleichheit mit dem Leistungsprinzip gesehen werden. Insgesamt deutet jedoch auch weiterhin alles darauf hin, daß ein hoher Bildungsabschluß die besten Voraussetzungen bietet für ein hohes Einkommen, eine interessante Berufstätigkeit und hohen sozialen

Status.

Die größere Zahl qualifizierter Arbeitskräfte ist nicht als Last, sondern vielmehr als Chance für unsere rohstoffarme und exportabhängige Wirtschaft zu sehen, sich am Weltmarkt immer wieder mit neuen konkurrenzfähigen Produkten zu behaupten. Außerdem können von den qualifizierten Arbeitskräften Anstöße zu einer verbesserten Arbeitsorganisation und zu einer veränderten Aufgabenverteilung ausgehen, die allen Beschäftigten zugute kommen. Im übrigen wird die im Augenblick stattfindende 'Ausbildung auf Vorrat' dazu beitragen, den wegen der geburtenschwachen Jahrgänge an 1988/90 zu erwartenden Mangel an qualifizierten Arbeitskräften auszugleichen.

Eine Bewirtschaftung von Qualifikationsangeboten unter Bedarfsgesichtspunkten und aufgrund struktureller Status-quo-Vorstellungen widerspricht nicht nur der Entscheidungsfreiheit des Einzelnen, sie würde auch einen Verzicht auf die Dynamik der Wechselwirkung zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem bedeuten, der auf längere Sicht menschlich, wirtschaftlich und gesellschaftlich ein höheres Risiko wäre. Die Ablehnung einer 'Bewirtschaftung von Ausbildungs- und Lebenschancen' bedeutet nicht Ablehnung von Beratung und Ablehnung von Prognosen über den künftigen Arbeitskräftebedarf und deren Qualifikation. Beide haben vielmehr eine wichtige Funktion als Orientierungshilfe für den Einzelnen, und solche Prognosen können wesentlich dazu beitragen, den Mitteleinsatz im Bildungswesen möglichst zweckmäßig zu gestalten. Prognosen dürfen nur in ihrem Aussagewert nicht überschätzt werden...78

Durchgängig wird von Vertretern sozial-liberaler Politik eine Öffnung des Zugangs zu den Hochschulen unterstützt. In vielen Fällen wird dabei angenommen, daß eine wachsende Flexibilität des Arbeitsmarktes erreichbar sei, der Abstimmungsprobleme in Grenzen halte. So vertrat Reimut Jochimsen, damals Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, auf einer Tagung folgende Thesen:

- " 2.1 Die Abdrängung der Studienbewerber von den Hochschulen schafft keinen zusätzlichen Arbeitsplatz, sondern verschärft die Ausbildungs- und Beschäftigungsprobleme.
- 2.2 Bedarfsprognosen auf der Grundlage bestehender Arbeitsinhalte und Berufsstrukturen rechtfertigen nicht eine Zugangssteuerung durch Numerus clausus. Sie können jedoch den Studienbewerbern und Studenten zeigen, daß die traditionellen 'akademischen' Einkommens- und Staturerwartungen allenfalls für einen Teil von ihnen bei Fortbestehen der traditionellen Strukturen eingelöst werden.
- 2.3 Der Arbeitsmarkt ist, was die Aufgabe der Vollbeschäftigung anlangt, eine Einheit. Es darf keine Arbeitsplatzgarantie nur auf dem Teilarbeitsmarkt für Hochschulabsolventen geben.
- 2.4 Der Arbeitsmarkt ist dynamisch. Die bloße Fortschreibung gegenwärtiger Aufgaben und Organisationsformen in der Berufswelt ist deshalb nur für kurzfristige und höchstens mittelfristige Maßnahmen eine tragfähige Grundlage; auf längere Sicht würde sie Strukturen verfestigen und einen Teilarbeitsmarkt aus der allgemeinen Entwicklung herauslösen.
- 2.5 Gezielte Maßnahmen auf dem Teilarbeitsmarkt für Hochschulabsolventen müssen erforderlichenfalls verbunden werden mit Folgemaßnahmen auf anderen Teilarbeitsmärkten. Dem Hineindrängen von Hochschulabsolventen in qualifizierte Positionen von Nichthochschulabsolventen muß eine erhöhte Durchlässigkeit zugunsten aller Funktionsgruppen entsprechen.

- 2.6 Der Aufstieg durch berufliche Erfahrung und Leistung muß gefördert und darf nicht, wie derzeit in der Laufbahnreform diskutiert, an erhöhte formalisierte Ausbildungsvoraussetzungen gebunden werden. Die beruflichen Chancen der Nichthochschulabsolventen sind durch Weiterbildungsangebote zu verbessern.
- 2.7 Verstärkte Durchlässigkeit und Leistungswettbewerb bedeuten nicht, daß die im Ausbildungswesen erworbenen Qualifikationen für den beruflichen Erfolg belanglos werden sollen. Auch würde eine vollständige 'Entkoppelung' von Bildungsabschluß und beruflichem Einstieg das Arbeitsplatzangebot nicht erhöhen. Sie würde jedoch die Ausbildungseinrichtungen aushöhlen, Konkurrenz und Angst um den Arbeitsplatz über das erforderliche Maß hinaus verschärfen und perpetuieren, qualifizierte Arbeit behindern und mehr negative als positive Rückwirkungen auf das persönliche und politische Leben haben.
- 2.8 Inhalte, Organisation und Bewertung der Arbeit müssen auf allen Ebenen mit dem Ziel fortentwickelt werden, die Arbeitsplätze akzeptabel zu machen. Die Risiken im verstärkten beruflichen Leistungswettbewerb müssen dadurch kalkulierbar und tragbar werden." 79

Ergänzend zu einer Flexibilisierung des Arbeitsmarktes werden auch Beschäftigungsmaßnahmen für erforderlich gehalten, die auf ein "qualitatives Wachstum" ausgerichtet sind. 80

Andere Stimmen aus der sozial-liberalen Koalition betonen dagegen weniger die Flexibilität des Arbeitsmarktes und setzen stärker auf eine aktive Politik, die erweiterten Qualifikationen gezielt zu nutzen. Vielfach akzentuieren solche Stellungnahmen auch mehr das Ziel, soziale Differenzen abzubauen. Als Beispiel dafür seien Äußerungen von Peter Glotz, dem Senator für Wissenschaft und Forschung in Berlin, genannt:

"Wenn man eine aktive Arbeitsmarktpolitik machen will, gibt es meiner Meinung nach für unser Thema vier mögliche Varianten, die man auch stufenartig hintereinander sehen muß. Man kann nämlich

1. mehr Leute in den herkömmlichen existierenden Berufen als Lehrer, als Ingenieure, als Sozialarbeiter beschäftigen. Man könnte
2. neue Studiengänge, Qualifikationen, Abschlüsse schaffen - Sie kennen die Debatte um die Alternativen zum Hochschulstudium. Sie kennen die Debatte um Qualifikationen, die zwischen den heute schon angebotenen Qualifikationen liegen. Ich nenne als 3. Alternative, das, was die Bildungsforscher das Up-Grading nennen, also vereinfacht gesagt, die Akademisierung bisher nicht akademisierter Berufsbereiche und Berufe. Ich nenne

4. etwas, was ich mit dem Stichwort 'Horizontalisierung' bezeichne, das heißt also, die Entwicklung, daß Verantwortung heruntergezogen wird von Leitungsebenen auf mittlere Ebenen, sobald auf diesen mittleren Ebenen besser ausgebildete und besser qualifizierte Leute sitzen.

Ich möchte Ihnen zu diesen vier Punkten stichwortartig meine Meinung sagen. Ich glaube in der Tat, daß es langfristig notwendig ist, ..neue Arbeitsplätze für bestimmte Bedürfnisse zu schaffen, und für den öffentlichen Dienst, für den ich nun hier zuständig bin, nenne ich Bereiche wie die Jugendbetreuung und die Altenpflege, das Stichwort Drogen und das Stichwort ausländische Arbeitnehmer, insbesondere Kinder ausländischer Arbeitnehmer. Ich nenne den Bereich der Sozialberatung, die Weiterbildung, die psychologische Beratung, den Aufbau von Meß- und Kontrollsystemen im Umweltschutzbereich. Dies sind beispielhaft heraus-

gegriffene gesellschaftliche Bedürfnisse, die meiner Meinung nach eine Entsprechung im Arbeitsmarkt durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze erhalten müssen. ...

Ich möchte ganz wenige Sätze zu der zweiten Variante sagen: Ich bin, was neue Studiengänge und Abschlüsse und Qualifikationen betrifft, überaus skeptisch. Nicht, daß es nicht sinnvoll wäre, zwischen dem medizinisch-technischen Angestellten und dem Arzt unter Umständen einen Medizingenieur, wie immer man das Berufsbild nennen mag, einzufügen, ein Kurzstudium. Die Konstrukteure der Studienreformatarbeit aus den unterschiedlichen Ministerien sitzen zum Teil um unseren Tisch. Nur: Bis ein solches neues Berufsbild nicht nur als Studienreform an den deutschen Universitäten entwickelt ist (das dauert ja auch schon Jahrzehnte) bis es dann aber auch noch von der Wirtschaft übernommen und akzeptiert ist und die Leute dann auch Jobs bekommen, dauert dies so lange, daß bis dahin die Welle von starken Jahrgängen an uns vorbeigerauscht ist und wir das Problem damit nicht mehr beeinflussen können. Ich habe also nichts dagegen, daß die Studienreform (vor allem 'große Studienreform') darüber weiterhin konstruktiv nachdenkt. Aber ich verspreche mir keine Lösung unserer aktuellen Probleme damit.

Ich habe eine ähnlich skeptische Auffassung zum Up-Grading, zu der dritten Variante, vor allem dann, wenn es ein Up-Grading durch administrative Erhöhung der Eingangsvoraussetzungen ist. Ich denke etwa an die Fachhochschulgesetzgebung in den letzten Jahren. Die verhindert nämlich, daß Menschen, die qualifiziert sein könnten für bestimmte Aufgaben, die aber die formale Qualifikation nicht haben, die beruflichen Aufgaben übernehmen, für die sie eigentlich qualifiziert wären. Ich erlebe heute zwei große Fachhochschulen in Berlin, die immer weniger Studenten bekommen, ganz einfach deshalb, weil sie den Nachwuchs aus der beruflichen Bildung nicht mehr nehmen dürfen, und die also austrocknen und Schwierigkeiten haben und von denen dann die eine oder andere zu einem reinen Durchlauferhitzer für die Universität wird. Daß dies eine zum Teil pathologische Entwicklung ist, kann man nicht bestreiten, und deswegen bin ich beim administrativen Up-Grading sehr skeptisch.

Ich halte die Horizontalisierung, das Einbeziehen der Überbelegung: Wie kann man eigentlich das System unserer Arbeitsteilung verändern, um Arbeitsplätze, die jetzt noch nicht so attraktiv sind für Hochschulabsolventen, für sie attraktiv zu machen, - und wie kann man sie selbst ermutigen, daß sie sich selbst attraktiv machen durch ihre eigene politische Aktivität am Arbeitsplatz - für einen ganz wichtigen Gedanken, den man alldem, was wir hier tun, hinzufügen muß. Insofern sieht man, wie Überlegungen zur Mitbestimmung in einem engen Kontext zur Arbeitsmarktsituation stehen - und keineswegs in einem Widerspruch." 81

Als politische Folgerungen wird in den "Orientierungspunkten zur Hochschulausbildung" des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft von 1978 eine Hochschulausbildung gefordert, die weder den Beruf noch die darüber hinausgehenden Bildungsziele übersieht, nicht zu aktuell, aber auch nicht zu langfristig orientiert ist, sich weder eng an Bedarfsprognosen hält noch deren Ergebnisse aus den Augen verliert. Gefordert werden eine stärkere Differenzierung des Studienangebots und eine verstärkte Praxisorientierung des Studiums:

"Studium war seit jeher mehr als nur Vermittlung beruflich verwertbarer Fähigkeiten und Fertigkeiten. Daran ist auch künftig festzuhalten....

Auf der anderen Seite war Studium - in den meisten Disziplinen - seit jeher auch Berufsvorbereitung und wird dies künftig eher noch stärker als bisher sein. Studienreform muß daher aus Verantwortung gegenüber der jungen Generation auch die Gegebenheiten und erkennbaren Tendenzen des Beschäftigungssystems berücksichtigen. Die Hochschullehrer müssen sich bewußt sein, daß sie für ihren Teil Mitverantwortung für die beruflichen Chancen und Risiken der Studenten tragen; die Hochschulmitglieder insgesamt müssen akzeptieren, daß die Gesellschaft mit ihren hohen Aufwendungen für die Hochschulausbildung auch die Erwartung hochqualifizierter Leistungen verbindet.

1. Die notwendige berufliche Orientierung des Studiums bedeutet weder eine Ausrichtung auf aktuelle Berufsbilder noch den - untauglichen - Versuch, die Berufswelt des Jahres 2000 oder 2020 zu 'prognostizieren'. Eine nahtlose Passung von Bildungs- und Beschäftigungssystem hat es weder früher gegeben, noch wird sie künftig erreichbar - vielleicht nicht einmal wünschbar - sein. Auch sogenannte 'Bedarfsprognosen' können dafür nach allen bisherigen Erfahrungen nur vorsichtig verwendbare Richtungsanzeiger sein. Gleichwohl gibt es zumindest zwei eindeutige Faktoren, an denen eine verantwortliche Planung der Hochschulausbildung nicht länger vorbei gehen kann:
2. Heute studieren nicht nur wesentlich mehr, sondern auch anders vorgebildete und geprägte Studenten als noch vor 20 Jahren. Die Spannweite der Neigungen und Fähigkeiten, der sozialen Herkunft, der Bildungsvoraussetzungen und der beruflichen Erwartungen ist größer geworden. Dem muß die Hochschulausbildung durch eine stärkere Differenzierung des Studienangebots Rechnung tragen. Leitziel einer Ausbildung für 20% eines Altersjahrgangs kann nicht mehr allein die Heranbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses für die Hochschulen und die Forschung sein. Die stattgefundene quantitative Ausweitung sollte nicht nachträglich beklagt, sondern durch strukturelle Veränderungen des Studienangebots beantwortet und als Chance für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung genutzt werden. Die Hochschulen müssen sich daher mit gleichem Engagement den Ausbildungsinteressen und beruflichen Erwartungen der Mehrheit ihrer Studenten widmen, d.h. auch an neuen Funktionsbereichen und -ebenen der Berufswelt (auch Aufgaben und Funktionen auf mittlerer Ebene) orientieren. Auf dieser Basis kann dann ein System weiterführender Ausbildung aufbauen, zu der auch die besondere Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses gehört.
3. Die Zeiten des allgemeinen Arbeitskräftemangels und des besonderen 'Akademikerdefizits' sind - zumindest auf mittlere Frist - vorbei. In den nächsten Jahren treffen steigende Zahlen von Hochschulabsolventen aus geburtenstarken Jahrgängen auf einen Arbeitsmarkt, der - zumal im öffentlichen Dienst als dem bisherigen Hauptabnehmer - durch veränderte Rahmenbedingungen (verminderter Ersatzbedarf, nachfolgende geburtenschwache Jahrgänge, finanzwirtschaftliche Grenzen) gekennzeichnet ist. Der Wettbewerb um die gehobenen Positionen in der Berufswelt wird schärfer werden. Ein erheblicher Teil der Absolventen wird - zumindest in einer beruflichen Anfangsphase - auch Beschäftigungen übernehmen, die - sei es in fachlicher Hinsicht, sei es im Hinblick auf die Funktionsebene - der ursprünglichen

Ausrichtung der Erstausbildung nicht oder nicht voll entsprechen. Die Hochschulausbildung muß dem Rechnung tragen: Sie muß durch verstärkten Praxisbezug des Studiums und verbesserte Studienberatung die berufliche Orientierung der Studenten fördern, durch eine ausreichende Grundbildung in allen Studiengängen die beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten der Absolventen verbreitern und das unvermeidbare Risiko von Fehlentscheidungen durch ein differenziertes Studienangebot, verbunden mit den Möglichkeiten des Ergänzungsstudiums und der Weiterbildung, mindern." 82

7.5 Stellungnahmen christdemokratischer Politiker

Politiker von CDU/CSU bzw. Regierungsvertreter von Bundesländern, in denen die CDU die Mehrheitspartei ist, nehmen - ähnlich wie Vertreter von Arbeitgeber - die Probleme des Arbeitsmarktes für Hochschulabsolventen zum Anlaß, die Expansionspolitik im Bereich der weiterführenden Bildung zu kritisieren. In der Diskussion über die "Öffnung der Hochschulen" prognostizierten sie im Vergleich zu den Arbeitgebern weitaus größere Schwierigkeiten für Hochschulabsolventen und hielten sich mehr in Äußerungen über ausgleichende Maßnahmen auf dem Arbeitsmarkt bzw. bei der beruflichen Rekrutierung zurück. Ähnlich wie von der Kommission für wirtschaften und sozialen Wandel wurde von christdemokratischer Seite eine stärkere Förderung anderer Bildungsbereiche gefordert. Anton Pfeiffer, damals bildungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, faßte 1976 die Argumente anläßlich der Veröffentlichung einer Dokumentation zur "Öffnung des Bildungswesens durch Kurskorrektur in der Bildungspolitik" wie folgt zusammen:

"Die wichtigsten Ergebnisse der Dokumentation sind, daß ohne Kurskorrektur in der Bildungspolitik folgende Entwicklungen eintreten werden:

- In den nächsten 2 Jahrzehnten wird sich die Zahl der Erwerbspersonen (einschl. Fachhochschulausbildung) von z.Z. 1,75 Mio auf 4,1 bis 5 Mio erhöhen. Während im Jahr 1975 nur jede 14. Erwerbsperson eine Hochschulausbildung hatte, wird dies künftig für jede 5. bis 6. Erwerbsperson zutreffen.
- In den Bereichen 'Wirtschafts- und Sozialwissenschaften' sowie 'Sprache und Kultur' ergeben sich bei den Hochschulabsolventen Zuwachsraten, die zum Teil erheblich über den Gesamtzuwachsrate liegen. Insbesondere in diesen Fächergruppen ist eine Gegenläufigkeit von Trend und Bedarf festzustellen. Eine undifferenzierte Anwendung der in der Diskussion befindlichen 'Überlastquote' wird diese Entwicklung verschärfen.
- Nach der jetzt angelegten Entwicklung werden die Fachhochschulen in wesentlich geringerem Maße expandieren als die Universitäten; in den Spitzenpositionen der Wirtschaft behaupten sich Fachhochschulabsolventen jedoch besser als Universitätsabsolventen.
- Nach den vorliegenden Schätzungen von seiten der Wirtschaft und der öffentlichen Hand werden künftig 65 vH der Hochschulabsolventen keine Chance auf einen Beruf haben, der herkömmlich ihren Vorstellungen entspricht: Der 'Überschuß' an Hochschulabsolventen wird auf 1,3 bis 2,2 Mio Erwerbspersonen anwachsen.

Aufgrund dieser Modellrechnungen müssen zwei mögliche Konsequenzen diskutiert werden:

- Die 'Überproduktion' von Hochschulabsolventen wird in Zukunft zu einer hohen 'Akademikerarbeitslosigkeit' führen.
- Die 'Überproduktion' von Hochschulabsolventen wird zu einem harten Verdrängungswettbewerb führen.

Alle Erfahrungen und auch internationale Vergleiche sprechen für den Schluß, daß nicht mit einer hohen 'Akademikerarbeitslosigkeit' gerechnet

werden muß. Wenn die Hochschulabsolventen nicht arbeitslos werden wollen, müssen sie jedoch auf andere Berufe ausweichen, die bisher durch Andersqualifizierte besetzt wurden und für die sie sich überqualifiziert fühlen. Die Oberqualifikation wird bei dieser Personengruppe zu hoher Unzufriedenheit am Arbeitsplatz führen. Diese Unzufriedenheit birgt deutlich gesellschaftspolitische Gefahren in sich.

Das Ausweichen der Hochschulabsolventen auf andere Berufsfelder bedeutet einen Verdrängungswettbewerb bisher ungekannten Ausmaßes um die angebotenen Arbeitsplätze auf mittlerer und höherer Ebene im Beschäftigungssystem. Auch wenn dieser Verdrängungswettbewerb nicht schematisch nach unten durchschlagen wird, so muß doch erwartet werden, daß die Auswirkungen vor allem Realschüler und Hauptschüler, letztlich aber auch Hauptschüler ohne Schulabschluß und Sonderschüler treffen und die heute schon vorhandene 'negative soziale Symmetrie' verschärft werden.

Die in der Dokumentation vorgenommenen Modellrechnungen zeigen deutlich die negativen Konsequenzen der vor allem von dieser Bundesregierung forcierten Expansion des Bildungswesens mit der einseitigen Orientierung an Abitur und Studium. Probleme wie der harte Verdrängungswettbewerb zu Lasten selbst qualifizierter Nichtakademiker, die Verstärkung der bereits vorhandenen 'negativen sozialen Symmetrie' und die hohe Unzufriedenheit nicht adäquat beschäftigter Hochschulabsolventen als Folge der falsch angelegten Bildungspolitik werden sich von bildungspolitischen Problemen zu gesellschaftspolitischen Problemen ausweiten. Die heute schon in Ansätzen erkennbaren Auswirkungen der Entkoppelung von Bildungs- und Beschäftigungssystem sind nur die Spitze eines Eisberges.

Die CDU/CSU fordert aufgrund dieser Dokumentation erneut eine grundlegende Kurskorrektur der Bildungspolitik. Diese Kurskorrektur muß in einer 'Öffnung des Bildungswesens' insgesamt bestehen:

- Jungen Menschen wird nicht geholfen, indem man ihnen Studienwege offeriert, an deren Ende für die Mehrzahl von ihnen dann doch keine adäquate Berufschance steht. Geholfen wird den jungen Menschen nur, wenn ihnen qualifizierte Bildungswege angeboten werden, an deren Ende sie auch die Chance auf einen qualifizierten Arbeitsplatz haben. Dies setzt voraus, daß Bildungs- und Beschäftigungssystem wieder stärker in Übereinstimmung gebracht werden. Dazu muß die Arbeitsmarktforschung einen höheren Stellenwert erhalten.
- Die Öffnung des Bildungswesens muß den zu erwartenden harten Verdrängungswettbewerb zwischen Akademikern und Nichtakademikern wesentlich abmildern und denjenigen, die nicht den Weg über Abitur und Studium wählen, ihre Aufstiegsmöglichkeiten im Beruf sichern. Dies bedeutet im einzelnen:

Ausbau der beruflichen Bildung in Schule und Betrieb, einschließlich des Ausbaues der Aufbau- und Berufsfachschulen mit ergänzenden Weiterbildungsmöglichkeiten.

Es ist ein Gebot der 'sozialen Symmetrie', daß sich alle in der Politik Verantwortlichen nicht weiter um eine Ausweitung der Abiturientenquote, sondern mit größerer Intensität darum kümmern, die Zahl der Hauptschüler ohne Hauptschulabschluß zu verringern und mehr Jugendlichen als bisher zu einer qualifizierten Berufsausbildung und Berufsbildung zu verhelfen.

'Duale Ausbildungsgänge' bis hinein in den tertiären Bereich müssen verstärkt als Alternativen zum Studium angeboten werden.

Die Durchlässigkeit des Bildungssystems muß ergänzt werden durch mehr Durchlässigkeit in den Berufs- und Laufbahnstrukturen. Die Reform der

Berufs- und Laufbahnstruktur wird eine der wichtigsten Aufgaben in der 8. Legislaturperiode des Deutschen Bundestags sein.

Die Weiterbildung muß zu einer wirksamen dritten Säule im Bildungswesen ausgebaut werden, da sie das System der Öffnung des Bildungswesens, bedarfs- und praxisorientiert sowohl vom Ausbildungs- wie vom Beschäftigungssystem her abrundet.

- Für die jungen Menschen, die in den nächsten Jahren in ihrem Bildungsgang auf Abitur und Studium festgelegt sind, müssen alle vorhandenen Ausbildungskapazitäten mobilisiert werden. Dazu hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein 'Programm gegen den Numerus clausus' vorgelegt.
- Der Schwerpunkt in der Hochschulentwicklung soll deutlich auf den Ausbau der Fachhochschulen gelegt werden. ..." 83

Denkbare beschäftigungspolitische Maßnahmen für Hochschulabsolventen
nennt Werner Boppel, Ministerialrat im baden-württembergischen Kultusministerium:

"Beschäftigungspolitisch sinnvoll könnte in jedem Falle auch ein sektoraler Strukturwandel sein in Richtung auf arbeitsintensivere und zugleich zukunftssträchtigere Fertigungen und Dienstleistungen. Dabei muß auch berücksichtigt werden, daß sich die Bundesrepublik Deutschland längerfristig auf eine forschungs- und entwicklungsintensivere Wirtschaft mit hohem Dienstleistungsanteil hin bewegen wird.

Von großer Bedeutung sind in jedem Fall auch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen im öffentlichen und privaten Sektor. Hier liegen bereits eine Reihe von Vorschlägen vor. Möglich wären hier im einzelnen folgende Maßnahmen, die in ihrem Für und Wider aber im einzelnen noch diskutiert werden müssen:

- Schaffung zusätzlicher Stellen im öffentlichen Dienst....
Die bisher vorgenommenen Anstrengungen zur Konsolidierung der öffentlichen Finanzen sowie zur Senkung der Personalausgaben zugunsten der Investitionen in den öffentlichen Haushalten dürfen dadurch nicht in ihr Gegenteil verkehrt werden, wenn Bund und Länder nun unvermittelt zu einer Einstellungspraxis großen Stils übergangen.
- Erweiterung der Teilzeitbeschäftigung.
Es ist damit zu rechnen, daß von einer solchen Ausweitung der Teilzeitbeschäftigung in größerem Umfang Gebrauch gemacht wird, so daß allein hierdurch eine Reihe von Arbeitsplätzen zusätzlich geschaffen würde. Eine entsprechende Initiative hat der Bundesrat eingebracht.
- Herabsetzung der Altersgrenze.
Durch die Herabsetzung der Altersgrenze, schrittweise auf 60 Jahre, kann eine zusätzliche Möglichkeit geschaffen werden, weiteren Nachwuchs einzustellen. Allerdings wirft eine solche Maßnahme eine Reihe von Problemen auf.....
- Einfrieren oder Senkung der Ausbildungsvergütung und der Anwärterbezüge, um so mit den gleichen finanziellen Mitteln mehr Jugendliche ausbilden zu können.
- Durch eine Beschränkung der Gehaltszuwächse etwa auf den Inflationsausgleich, eine Heruntersetzung der Eingangsstufe oder eine Reduzierung bzw. Abschaffung der Besoldung nach Dienstalterstufen, wie es die Berliner Hochschullehrer gefordert haben, lassen sich ebenfalls zusätzliche Mittel freimachen, mit denen auch neue Stellen finanziert werden könnten. Die finanziellen Folgelasten müssen dabei allerdings ebenso

bedacht werden wie die Frage der Effizienz.

Ein tiefer Eingriff in die bisherigen Strukturen des öffentlichen Dienstes erfordert jedoch eine Abstimmung mit dem Vorgehen in der Privatwirtschaft. Dem öffentlichen Dienst kann allein kein Sonderopfer zur Finanzierung von Dienstleistungen auferlegt werden, die der Gesellschaft insgesamt zugute kommen. Jedoch sollte vom öffentlichen Dienst eine gewisse Signalwirkung ausgehen." 84

7.6 Stellungnahmen von Beratungsgremien

Unter den Beratungsgremien mit Beteiligung der Bundes- und Länderregierungen hat sich insbesondere der Wissenschaftsrat mit dem Verhältnis von Hochschule und Beruf befaßt. In einer Abstufung der Hochschulabschlüsse und entsprechender Differenzierung der Studiengänge sowie in einer wachsenden Bescheidenheit der Studierenden sieht er die wichtigsten Voraussetzungen, um Abstimmungsprobleme zu vermeiden. In seinen "Empfehlungen zu Umfang und Struktur des Tertiären Bereichs" äußert sich der Wissenschaftsrat wie folgt:

"Bis heute haben alle erwerbswilligen Hochschulabsolventen einen Platz im Beschäftigungssystem gefunden.

In der Vergangenheit hat es nicht an Hinweisen auf wachsende Beschäftigungsrisiken für Absolventen des Tertiären Bereichs gemangelt. Diese wurden in Jahren geäußert, in denen die Expansion der Hochschulen erst begonnen hatte, und erwiesen sich als nicht gerechtfertigt. Unter den veränderten wirtschafts- und bildungspolitischen Bedingungen der Gegenwart stellt sich die Frage erneut.

Die verfügbaren Daten über Umfang und Dauer der Arbeitslosigkeit von Hochschulabsolventen und über die Differenz ihrer Anfangsvergütungen gegenüber derjenigen anders ausgebildeter Erwerbspersonen lassen bisher nicht erkennen, daß die bisherigen Verhältnisse sich sehr rasch und grundlegend ändern werden. Erfahrungen vergleichbarer Länder, in denen die Absolventenquoten schon seit längerem wesentlich höher sind als in der Bundesrepublik Deutschland, zeigen, daß die Arbeitsmärkte sich bislang als relativ aufnahmefähig erwiesen haben.

Eine Extrapolation der bisherigen Entwicklung in die Zukunft ohne zusätzliche Annahmen ist jedoch unzulässig. Das wirtschaftliche Wachstum dürfte sich insgesamt verlangsamen. Sättigungstendenzen zeichnen sich auf verschiedenen Märkten ab. Die Kapitalausstattung pro Arbeitsplatz wird weiter zunehmen, wenn nicht in Zukunft durch eine Änderung der Einkommenspolitik und der Tarifpolitik der Sozialpartner die Weichen weniger in Richtung auf arbeitssparende als stärker auf arbeitsschaffende Investitionen gestellt werden. Alles dies wird dazu führen, daß die durch Engpässe bei den Arbeitskräften gekennzeichnete Periode zu Ende geht.

Dies bringt es zwangsläufig mit sich, daß die Konkurrenz unter den Hochschulabsolventen um Positionen im Beschäftigungssystem zunimmt. Das wird dann dazu führen, daß sich für einen steigenden Anteil der Hochschulabsolventen Status- und Einkommenserwartungen nicht erfüllen werden.

Im öffentlichen Dienst werden die Probleme noch größer. Es ist nicht zu erwarten, daß dieser Sektor wie in der Vergangenheit auch künftig rund zwei Drittel des Neuzugangs an Hochschulabsolventen aufnehmen wird. In den Bereichen von Bildung, Wissenschaft und Kunst, in welchen vier

Fünftel aller Hochschulabsolventen im Staatsdienst tätig sind, sind deutliche Sättigungserscheinungen festzustellen. Die künftige Entwicklung der öffentlichen Finanzen wird Zurückhaltung in der Erweiterung des Personalbestandes erzwingen." 85

Der Wissenschaftsrat kommt zu folgenden Schlußfolgerungen:

"Die Expansion des Tertiären Bereichs hat zu unterschiedlichen Expansionsgeschwindigkeiten in den einzelnen Teilen des Bildungswesens geführt und kann deshalb innerhalb der Gesellschaft vorübergehend zu Anpassungsschwierigkeiten führen. Dabei handelt es sich um eine längerfristige, wenngleich zeitlich begrenzte Entwicklung, die zu einem generellen Strukturwandel und damit zu notwendigen Umstellungen für den einzelnen wie für das Beschäftigungssystem und die Gesellschaft als Ganzes führt.

a) Um die Aufnahme aller Absolventen, die den Tertiären Bereich in den kommenden Jahren verlassen, zu ermöglichen, müßte gegenüber der bisher überwiegenden Nachfrage des öffentlichen Dienstes die Nachfrage der anderen Bereiche - produzierendes Gewerbe, privater Dienstleistungsbe- reich - stark zunehmen....

b) Die zukünftige Entwicklung des Beschäftigungssystems wird allerdings in jedem Fall von den Hochschulabsolventen ein größeres Maß an Anpassungsfähigkeit verlangen, als das bisher der Fall war. Die gegenwärtige und die zukünftige Bezahlung und die Beschäftigungsmöglichkeiten im öffentlichen Dienst, aber auch in der privaten Wirtschaft, werden eine teilweise erhebliche Korrektur bei den Einkommenserwartungen der Hochschulabsolventen erzwingen. Vermehrung und Erweiterung der Chancen im Bildungsbereich sind eben nur um den Preis möglich, daß für seine Absolventen im Beschäftigungsbereich eine gewisse Angleichung der Einkommen eintritt, während die Konkurrenz um Spitzenpositionen gleichzeitig steigt.

Die Erwartungen der Hochschulabsolventen beziehen sich aber nicht ausschließlich oder primär auf ihre zukünftigen Einkommen. Vielmehr erwarten die Hochschulabsolventen im allgemeinen, eine herausgehobene Position im Berufsleben bekleiden zu können, die ihnen die Möglichkeit zu selbständigem Arbeiten und Spielraum für die Entfaltung der eigenen Fähigkeiten und der erworbenen Kenntnisse bietet. Selbst wenn man berücksichtigt, daß die Beschäftigungsmöglichkeiten für Hochschulabsolventen, wie dargestellt, relativ schneller wachsen als die für Absolventen des Sekundarbereichs, wird nicht jeder Hochschulabsolvent in Zukunft damit rechnen können, daß seine Erwartungen erfüllt werden. Dies wäre nur dann der Fall, wenn ein rigoroser Numerus clausus die Zahl der Hochschulabsolventen erheblich verminderte. Die Hochschulabsolventen müssen also auch ihre Beschäftigungserwartungen korrigieren." 86

Stärker wirtschafts- und beschäftigungspolitische Fragen akzentuierte die Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel in dem Bericht über ihre mehr als fünfjährigen Beratungen. Sie relativiert manche restriktiven Bedarfsaussagen, betont jedoch, daß die bestehenden Probleme eine weitaus größere Flexibilität im Verhältnis von Bildungs- und Beschäftigungssystem erforderten:

"(13) In seiner ökonomischen Funktion soll das Bildungssystem dem einzelnen die Qualifikationen vermitteln, die ihn dazu befähigen, sich im wirtschaftlichen Wettbewerb zu behaupten und sich den im Laufe seines Erwerbslebens verändernden beruflichen Anforderungen anzupassen. Unter diesem Aspekt erscheint eine enge Koppelung des Bildungs- mit dem Be-

Beschäftigungssystem sehr sinnvoll.

Bei der heute im Vordergrund der Erörterung stehenden Frage, inwieweit das Bildungssystem dem Bedarf von Staat und Wirtschaft an spezifisch ausgebildeten Arbeitskräften gerecht wird, werden andere Funktionen der Bildung leicht zu gering bewertet oder übersehen. ...

(14) Der Vorhersage des Bedarfs an ökonomisch verwertbaren Qualifikationen im Beschäftigungssystem sind Grenzen gesetzt. So ist in verschiedenen Ländern eine ähnliche Wirtschaftsstruktur und ein vergleichbarer Entwicklungsgrad mit ganz unterschiedlichen Bildungs- und Qualifikationssystemen erreicht worden. Der Qualifikationsbedarf des Beschäftigungssystems ist nicht zuletzt von wirtschafts-, sozial- und gesellschaftspolitischen Zielen abhängig. Das ist besonders bei den vom Staat Beschäftigten einsichtig: Wenn bestimmte Formen von Bildung, Sicherheit oder Gesundheit hohe politische Priorität erlangen, ist der Bedarf des Beschäftigungssystems an Lehrern, Polizisten oder Pflegepersonal im Gesundheitswesen sehr hoch. ...

(15) In Anbetracht solcher Erfahrungen sieht die Kommission die Ausrichtung des Bildungssystems an Entwicklungen des Arbeitsmarktes dann als am besten gesichert an, wenn die Ausbildung breit angelegt wird und damit Anpassungen jederzeit erleichtert werden. Dies setzt allerdings, wie die Kommission noch im einzelnen ausführen wird, entsprechende Bemühungen um breit angelegte Berufsfelder, Flexibilitätsbereiche und Gliederung bzw. Durchlässigkeit des Bildungssystems voraus.

(18) Unser Wirtschaftssystem benötigt zunehmend qualifizierte Arbeitskräfte. Im Rahmen der veränderten weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung ist die Bundesrepublik auf eine hohe Innovationsfähigkeit ihrer Wirtschaft angewiesen. Es werden vermehrt Menschen gebraucht, die einen hohen Wissensstand haben, geistig beweglich und auf breitem Feld einsetzbar sind.

(19) Bisher hat sich gezeigt, daß sich höhere Qualifikationen eher Nachfrage schaffen als niedrige Qualifikationen. Die Expansion des tertiären Bereichs orientierte sich bislang nicht an Bedarfsfeststellungen, sondern folgte der Nachfrage nach Studienplätzen. Die vor Jahren abgegebenen häufigen Prognosen über fehlende Beschäftigungsmöglichkeiten für Hochschulabsolventen und die zahlreichen Prophezeiungen von Akademikerschwemme und -proletariat Ende der sechziger Jahre gingen bisher nicht in Erfüllung. Sie wurden insbesondere von Standesorganisationen abgegeben, hielten allenfalls Interessenten von einem bestimmten Studium ab und sorgten bei einer Reihe von Fachrichtungen für einen Mangel an entsprechend Qualifizierten. Innerhalb eines Jahrzehnts (1960 bis 1970) hat sich in der Bundesrepublik der Anteil der Hochschulabsolventen an den Erwerbstätigen um rund 30 v.H. von 3 auf 4 v.H. erhöht. Länder wie die USA, Kanada, Japan und Schweden haben deutlich höhere Anteile als die Bundesrepublik.

(20) Die Aufnahmeelastizität des Beschäftigungssystems hat allerdings Grenzen. Die große Zahl der auf den Arbeitsmarkt drängenden Absolventen mit Hochschulbildung wird Friktionen im Beschäftigungssystem verursachen. Nicht alle werden Positionen der Art erhalten, wie sie es erwartet haben mögen. Das gilt ebenso für die Arbeitskräfte auf den anderen Qualifikationsebenen. Wenn unsere Gesellschaftsordnung angesichts dieser Entwicklung auf dirigistische Eingriffe verzichten will, muß sie hinnehmen, daß aufgrund der starken Nachfrage nach Hochschulausbildung die vom Beschäftigungssystem ausgehenden Anreize geringer werden. ...

(21) Eine Folge des hohen Sozialprestiges der Hochschulabsolventen ist, daß über ihre Ausbildungs- und Berufsprobleme in weitaus größerem Umfang diskutiert und geschrieben wird als über die Probleme der Mehrzahl der Berufstätigen.

Diese Überbewertung des Sozialprestiges der Hochschulabsolventen läßt sich nicht durch Appelle reduzieren. Wenn jedoch anstatt jedes 13. eines Jahrgangs (1960) jeder 4. (1975) studiert, ist durchaus damit zu rechnen, daß das große Angebot an höheren Qualifikationen in der gesellschaftlichen Bewertung einen anderen Stellenwert bekommt und die beruflichen, die Status- und die Einkommenserwartungen künftiger Hochschulabsolventen sich nicht mehr wie bisher erfüllen werden....

(22) Die Flexibilität des Beschäftigungssystems wird sehr stark durch das starre Laufbahn- und Besoldungssystem des öffentlichen Dienstes beeinträchtigt. ...

(23) Es geht vor allem darum, die starre Zuordnung von Bildungsabschlüssen einerseits und Beschäftigungsberechtigung und Besoldungsansprüchen andererseits zugunsten einer flexibleren Lösung zu verändern. Dadurch könnten auch Personen, die ohne formalen Abschluß aus einem langen Ausbildungsgang ausgeschieden sind, leichter ins Beschäftigungssystem integriert werden.

Flexiblere Möglichkeiten zum Einstieg in das Beschäftigungssystem sind auch deshalb nötig, weil der durch das Zertifikat bescheinigte Kenntnis- und Fähigkeitsstand nach einiger Zeit nicht mehr voll gegeben oder verwendbar ist. ...

(25) Zur Zeit der Fertigstellung des Berichts der Kommission haben sich Parteien, Verbände, Wissenschaftsinstitutionen und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zunehmend für eine (schrittweise) Beseitigung des Numerus clausus ausgesprochen. Die Kommission begrüßt diese Forderungen, die es den Angehörigen der starken Jahrgänge erlauben sollen, durch bessere Kapazitätsausnutzung, Schaffung kürzerer Studiengänge und weitere Maßnahmen die Befriedigung ihrer Bildungswünsche zu verwirklichen. Sie hält diese Maßnahmen sowohl in Anbetracht der gewichtigen nicht-ökonomischen Funktionen der Bildung als auch im Hinblick auf den zu erwartenden Strukturwandel für notwendig." 87

7.7 Politische Schlußfolgerungen von wissenschaftlichen Experten

Die Vielfalt der wissenschaftlichen Interpretationen des Verhältnisses von Hochschule und Beruf kann hier nur in kleinen Auszügen wiedergegeben werden. Ausgewählt wurden drei Positionen, die in der Diskussion über Entwicklungstendenzen des Verhältnisses von Bildungs- und Beschäftigungssystem eine besondere Rolle gespielt haben. Dabei werden hier Äußerungen ausgewählt, bei denen die politischen Implikationen von zusammenfassenden Aussagen über die eigenen wissenschaftlichen Ansätze und Arbeitsergebnisse besonders deutlich werden.

Die Expansion der Hochschulausbildung wird von dem Bildungsökonom Armin Hegelheimer, Professor an der Universität Bielefeld, als unvereinbar mit dem Bedarf der Wirtschaft interpretiert. Hegelheimer verweist insbesondere auf Rückwirkungen für andere Bildungs- und Berufsbereiche; Facharbeitermangel und Abwertung manueller Arbeit sieht er durch die "Gymnasialisierung" der Ausbildung bewirkt. Bei einem Hearing der CDU äußerte er sich zur Entwicklung des Arbeitsmarktes wie folgt:

"Ich möchte meine Überlegung über den zukünftigen Bedarf auf die für Deutschland prägenden Qualifikationstypen konzentrieren, also auf den Un- und Angelernten, den Facharbeiter und den Akademiker. Ich kann mich da nicht auf Umfragen... , sondern auf bildungsökonomische Zeitreihen-Analysen und zum Teil auch auf internationale Vergleiche.

Ich möchte aber, bevor ich einzelne Aussagen treffe, noch vorausschicken, daß alle diese Überlegungen mit der gebotenen Vorsicht aufgenommen werden müssen, weil wir in der Bundesrepublik , und ich habe das immer beklagt, nicht nur die Bedarfsforschung in den letzten Jahren der Hochkonjunktur nicht genügend entwickelt haben, sondern - und das halte ich für viel gravierender - im Grunde genommen in der Bildungsplanung niemals den Zusammenhang gerade zwischen diesen Qualifikationstypen betrachtet haben. Wir haben isolierte Planung betrieben für den Hochschulbereich. Wir haben kaum Überlegungen angestellt für die Facharbeiterebene und das Problem der Ungelernten ist fast vollkommen in der Bedarfsforschung unter den Tisch gefallen. ...

Zum Schluß einige Überlegungen zu den Akademikern. Die Länderfinanzminister gehen davon aus, daß sich der Bedarf im öffentlichen Bereich immer stärker auf den Ersatzbedarf reduziert, auf 15 %. Wir haben heute eine Aufnahmequote des öffentlichen Bereichs von 60 %. Es verringert sich also dramatisch. Die Wirtschaft, die Bundesvereinigung der Arbeitgeber, geht davon aus, daß die Zu-

wachsrates bei 1 % liegt. Wenn man das mal umrechnet: Heute nimmt die Wirtschaft 20 % auf, dann verringert sich das etwa auf 14 %. Das hieße, daß ein Drittel aller Hochschulabsolventen überhaupt noch Chancen hätten. Nun halte ich das aber für eine absolute Untergrenze einerseits, wenn es einen wirtschaftlichen Aufschwung gibt, sind die Möglichkeiten des Staates größer, insbesondere bei konsolidierten Staatsfinanzen. Dann können auch mehr Lehrer eingestellt werden. Andererseits hat die Wirtschaft in ihren Berechnungen den Akademikerbedarf nicht eingerechnet, der sich durch Auslagerungen an private Institutionen oder Personen ergibt. Also ist hier nur der engere Bereich der Wirtschaft an sich betrachtet worden, so daß man wohl schätzungsweise sagen kann, daß von 100 Hochschulabsolventen - und das sind ja die, die heute schon die Hochschule besuchen - 50 % vermutlich Chancen haben, die den Chancen entsprechen, die es heute gibt.

Die Frage des Verdrängungswettbewerbs, die ja nun angeschnitten worden ist, dürfte vermutlich sich besonders dramatisch eben in den Verwaltungs-, in den Dienstleistungs- und in den kaufmännischen Berufen vollziehen, weil dort die Möglichkeiten für eine unspezifische Hochschulausbildung beim Übergang ins Beschäftigungssystem möglicherweise am leichtesten sind, und weil wir ja auch aus Japan und den USA wissen, daß eben der Anteil von Akademikern als Büroangestellte, Verkäufer usw. gerade besonders hoch ist, fast diese Margen erreicht.

Außerdem: Wenn alle Bildungsabschlüsse kontinuierlich ansteigen würden, dann würde dieses Verdrängungsproblem, glaube ich, gar nicht so gravierend sein, dann verdrängt ja jeder gleichsam nur sich selbst, denn er nimmt im Grunde nur die Berufsposition ein, die er auch eingenommen hätte, wenn er nicht so lange Ausbildungswege durchlaufen hätte. Man kann sich natürlich fragen, ob dieser Bildungsweg rational ist, oder ob das ein Bildungsweg ist.

Aber dramatisch wird es, wenn es 'Fremdverdrängung' gibt. Und weil eben die Schulpolitik so stark auf die Vergymnasialisierung, insbesondere schon der Grundschule und der Hauptschule seit 10 Jahren ausgerichtet ist, glaube ich, daß eigentlich das Verdrängungsproblem schon in der Schule beginnt. Schon dort werden die Kinder abgedrängt, insbesondere wenn Sie an die Sonderschüler beispielsweise denken. Das ist eigentlich eine der, wie ich finde, schwerwiegendsten sozialen Folgewirkungen der bisherigen Bildungspolitik in ihrer Verkoppelung zum Beschäftigungssystem." 88

Die Expansion der Hochschulausbildung als zugleich wirtschafts- und gesellschaftspolitisch begründetes Ziel wird insbesondere von Dieter Mertens, Direktor des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung des Bundesanstalt für Arbeit, vertreten. Er verweist zwar auch auf gewisse Abstimmungsprobleme auf dem Arbeitsmarkt, meint jedoch, daß eine Offenheit der Hochschulen zugleich individuelle Entfaltung,

soziale Gerechtigkeit und langfristige Wirtschaftsentwicklung fördere. Einige seiner Thesen einer frühen Diskussion über die "Öffnung" der Hochschulen seien zitiert:

"Nun behauptet aber kaum jemand, daß die bildungspolitischen Anlässe und Ziele der sechziger Jahre unrichtig gewesen, oder - falls damals richtig - inzwischen erreicht wären.

Weder ist der quantitativ-graduelle Rückstand der Bundesrepublik in der Bildungsausstattung oder den Bildungsausgaben gegenüber anderen industrialisierten Ländern ein Phantom gewesen oder inzwischen vermindert worden, der uns damals aufgeschreckt hat; noch sind die Anteile unterprivilegierter Gruppen in den höheren Bildungsbereichen so in die Höhe geschwollen, daß wir zufrieden sein können; noch ist eine spürbare Verbesserung der Versorgung mit qualifizierten Leistungsnetzen erkennbar, so daß das Gespenst - wenn es denn eines wäre - einer zu guten Versorgung etwa mit Leistungsangeboten von beispielsweise Ärzten, Rechtskundigen, Sozialpädagogen oder auch gut ausgebildeten Installateuren an die Wand gemalt werden müßte, oder das ebenso zweifelhafte Gespenst zu günstiger Klassenfrequenzen an unseren Schulen. Auch die persönliche, existentielle Situation, oder, wie man jetzt sagt, die 'Lebenslage' des einzelnen wird durch Bildung nach wie vor nicht beeinträchtigt, sondern, wie eh und je und überall in vergleichbaren Gesellschaften, verbessert und gesichert, geht man nun vom Einkommen, von der Adäquanz der Beschäftigung, vom Risiko des Beschäftigungsverlusts, von der Arbeitszufriedenheit oder von welchen Kriterien auch immer aus. ...

Es kann davon ausgegangen werden, daß nichtbeschäftigungspolitische Motive nicht nur als Bezugspunkte für expansive, sondern auch für restriktive bildungspolitische Tendenzen legitim sind; nicht erforderlich ist es also, restriktive Tendenzen stets beschäftigungspolitisch zu legitimieren. ...

Neuerdings gibt es das Bestreben, Drosselungen im Trend der Bildungsaufwendungen, die aus allen möglichen politischen Gründen diskutiert werden, stets auch mit dem Argument abzusichern, so viele qualifizierte würden übrigens auch nicht benötigt. ...

Mir scheint hier ein Harmoniebedürfnis vorzuliegen: Man möchte gerne, daß eine Entwicklung, die aus bestimmten Gründen angestrebt wird, auch nicht im Widerspruch zu anderen Zielen liegt. ...

Durch dieses Harmoniebedürfnis werden tatsächliche Konflikte zuweilen verschleiert. Insbesondere Arbeitsmarktargumente werden gern überstrapaziert. Mit Sicherheit kann - bei allen Differenzen, die die Arbeitsmarktbeobachter untereinander sonst haben mögen - wohl eines gesagt werden: Das unterste Limit für die Bildungsexpansion zieht nicht das Beschäftigungssystem und seine Aufnahmefähigkeit. Im Gegenteil: Die meisten Expansionen sind von daher ausgelöst worden und die Bremskräfte lagen anderswo. ...

Man soll nicht Probleme, die im Tempo einer Entwicklung begründet sind, für Probleme der Entwicklung selbst ansehen: Speziell unsere Bildungsexpansion wirft Übergangsprobleme auf, die sich nicht ergeben hätten, wenn nicht ein rund 30jähriger Entwicklungsstopp im Bildungs-

bereich vorausgegangen wäre. Daraus folgte, daß die Entwicklung hier hektischer vor sich ging als sonst nötig gewesen wäre und hektischer als in den anderen Länder, die wir uns zum Vorbild nahmen. ...

Schlußbemerkung: Bildung und Arbeitsmarkt - ein Diskussionslabyrinth: In der Bildungspolitik spielt der Arbeitsmarkt die Rolle eines (wechselnd gewichtigen) Arguments, nicht mehr und nicht weniger. Gerade ein Arbeitsmarktforscher sollte sich da keinen Illusionen hingeben. Noch nie, nicht einmal in sozialistischen Ländern, ist Bildungspolitik tatsächlich in erster Linie oder ausschließlich arbeitsmarkt-orientiert betrieben worden. Neben vielen anderen, jeweils wohl auch ideologischen Gründen, liegt dies auch daran, daß überall das Beschäftigungssystem einerseits und das Bildungssystem andererseits auf sehr unterschiedlichem Planungsniveau geprägt und entwickelt werden. Generell ist der Planungsgrad im Bildungswesen höher als am Arbeitsmarkt. Schon das bedingt, daß es für den Arbeitsmarkt interessanter ist, die Entwicklung des Bildungswesens zu projizieren als umgekehrt. Die Anpassungsanforderung und wohl auch die Anpassungsfähigkeit liegen beim Arbeitsmarkt, nicht in der Bildungsplanung. Hier wird höchstens alle 50 Jahre einmal angepaßt. ...

Unter diesen Umständen müssen die tatsächlichen Ansprüche der Bildungspolitik an die beschäftigungsorientierte Forschung bescheidener sein. Es kann nicht darum gehen, 'Adäquanz-Phänomene' zu stipulieren. Es gibt keine Adäquanz zwischen - ungeplantem - Arbeitsmarkt und - geplantem - Bildungsbereich. Was abgefragt werden kann, ist die Akzeptanz bestimmter Outputs des Bildungswesens durch den Arbeitsmarkt. ... Manche nennen es 'Absorptionsfähigkeit'.

Alles was darüber hinausgeht, ist verdächtig, normative Partikel (oder auch dicke normative Brocken) zu enthalten, die besser offen ausgewiesen und normativ diskutiert würden, statt als 'Beschäftigungsperspektive' ausgegeben zu werden.

Sie werden, so hoffe ich, bemerkt haben, daß ich nicht einem Arbeitsmarkt-Desinteresse der Bildungspolitik das Wort rede, sondern, daß es mir darum geht, das Argumentationslabyrinth, das hier zwischen Beschäftigung und Bildung herrscht, so zu durchleuchten, daß daraus - unter anderem - auch die reinen Beschäftigungsaspekte herauspringen, mit dem Gewicht und der Wahrhaftigkeit, die ihnen tatsächlich zukommen.

Die verbleibenden Fragen betreffen überwiegend den 'Bedarf an sozialer Ungleichheit' (Ulrich Teichler), soweit im Bildungssystem Sozialsysteme vor- und nachgemustert werden, und den 'Bedarf an kategorialer Arbeitsteilung', soweit Produktionssysteme abgebildet werden. Diese 'Bedarfs'-Fragen beziehen sich auf gesellschaftliche Normen.

Lassen Sie mich zu den Möglichkeiten und Grenzen dieser Normen noch eines sagen: Was die Möglichkeiten angeht, aus dem technisch-sozialen Kreativitäts- und Entwicklungspotential auf Bedarfsstrukturen zu schließen, so scheint mir eines sicher: Unser technisch-soziales Entwicklungsvermögen reicht aus, die Anteile unqualifizierter Hilfstätigkeiten noch erheblich zu verringern. Die häufige, als Gretchenfrage gestellte Frage mancher Diskutanten angesichts des sich global anhebenden Bildungsniveaus: 'Wer soll denn künftig die Dreckarbeit machen?' (Oder 'Woher kommen dann die Müllmänner?' - fast eine Bilderbuchfrage wie

'Woher kommen die kleinen Kinder?') - die in Übersetzung bedeutet: 'Wer soll künftig die industrielle Reservearmee stellen?' ist so zu beantworten:

'Die Reservearmee der Zukunft - das sind die Maschinen und Automaten!'" 89

Da die Entwicklung der Qualifikationsanforderungen nicht eindeutig abzusehen sei, empfiehlt Mertens eine Risikostrategie der "Überqualifikation":

"An die Stelle der Vorstellung eines planerischen Verzahnungsmechanismus können aber Tendenz- und Risiko-Überlegungen treten, um rationale Lenkungsentscheidungen bei weitgehender prognostischer Unsicherheit zu ermöglichen. Die nützlichen Risiko-Überlegungen sind von zweierlei Art: Sie beziehen sich einmal auf die Risiko-Wahrscheinlichkeit und zum anderen auf die Risiko-Qualität, oder mit anderen Worten: Zum einen ist zu prüfen, in welcher Richtung die Bedarfswirklichkeit wahrscheinlicher von der gegenwärtigen Planungstendenz abweicht, und zum zweiten, welche Abweichungsrichtung unerwünschter wäre (und welche erträglicher). Angewandt auf den künftigen Qualifikationsbedarf stellen sich die Risiko-Fragen so:

- a) Ist es bei den gegenwärtigen Planungstendenzen wahrscheinlicher, daß in kommenden Jahrzehnten 'Unterqualifikation' der Bevölkerung in bezug auf das Beschäftigungssystem auftritt oder ist es wahrscheinlicher, daß 'Überqualifikation' auftritt?
- b) Ist es unerwünschter bzw. problematischer, wenn 'Unterqualifikation' oder wenn 'Überqualifikation' auftritt?...

Der zweite Risikoaspekt betraf die Frage nach der Risiko-Erträglichkeit. Es ist also zu erörtern, ob unter gesamtwirtschaftlichen und -gesellschaftlichen Gesichtspunkten ein Planungsfehler, der zu viele und/oder zu hoch Qualifizierte im Verhältnis zur Arbeitsplatzentwicklung ('Überqualifikation') produziert, schwerer oder leichter wöge als ein Planungsfehler, der zu viele gar nicht oder gering Qualifizierte produziert ('Unterqualifikation'). Dazu ist zunächst die Korrekturfrage zu stellen: Welcher Fehler wäre eher zu korrigieren?

Die Korrektur im Falle der 'Überqualifikation' könnte schmerzlich sein: Die Anpassung würde vielleicht durch die Besetzung von Arbeitsplätzen mit höheren als den mindestens erforderlichen Qualifikationen oder durch ein Umschulungssystem für Qualifizierte erfolgen. Die Wirkung der 'Überqualifikation' könnte aber auch eine raschere technologische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung und überhaupt die Eröffnung von Entwicklungschancen sein, die sich ohne ein reichliches Angebot an Qualifikationen gar nicht böten. Weder für den weltwirtschaftlichen Konkurrenzkampf noch für die binnenländische Entwicklung der Lebensverhältnisse könnte dies als Nachteil angesehen werden.

Auf der anderen Seite könnte die Anpassung wohl nur in geringem Umfang durch die Höherqualifizierung von unqualifizierten oder gering qualifizierten Erwachsenen erfolgen. Als Regelfall gilt nach ge-

sicherten Forschungsergebnissen, daß das Weiterbildungspotential um so geringer ist, je niedriger die Erstqualifikation angesetzt war. Mangelnde Erstqualifikation gilt als ausgesprochenes Weiterbildungshemmnis; Spätkorrekturen auch in horizontaler Richtung, erst recht aber in vertikaler Richtung sind eher innerhalb der mittleren und oberen Qualifikation herstellbar."90

Konflikte zwischen einer wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Bewertung der Hochschulexpansion heben Dirk Hartung, Reinhard Nuthmann und Ulrich Teichler hervor: Die Hochschulexpansion sei mit Argumenten über den Qualifikationsbedarf weder zu widerlegen noch eindeutig zu begründen. Unter verschiedenen gesellschaftspolitischen Faktoren werden von der Manpower-Gruppe des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung insbesondere Fragen sozialer Ungleichheit hervorgehoben: als Einflußgrößen der bisherigen Abstimmungstendenzen von Bildungs- und Beschäftigungssystem, aber auch als Kriterium für die Bewertung der Expansion des Hochschulwesens: Ob und unter welchen Umständen zunehmende Hochschulbildung zum Abbau sozialer Ungleichheit beiträgt. Der zitierte Text wurde bei einer Anhörung des Bundestages vorgelegt:

"Die Frage, ob Bildungssystem und Beschäftigungssystem miteinander harmonieren, wird oft mit den Schlagworten 'Koppelung' und 'Entkoppelung' behandelt, die nur dazu angetan sind, Mißverständnisse über das Verhältnis von Bildungssystem und Beschäftigungssystem aufzuwerfen. Eine Harmonie im oft gemeinten absoluten Sinne (etwa: 'Chancengerechtigkeit' im Bildungssystem und 'Arbeitsmarktgerechtigkeit' der Ausbildung) ist nicht wünschbar. Wegen der komplexeren Funktionsbestimmung von Bildungsprozessen erscheint Kompatibilität schon dann gegeben, wenn die Entwicklungen des Bildungssystems Produktion und Reproduktion nicht behindern. Eine Diskussion der hinter den Harmonievorstellungen zu vermutenden Werturteile und Gesellschaftsbilder kann im übrigen aber zurückgestellt werden, weil sie ohnedies nicht realisierbar ist:

a) Das Beschäftigungssystem ist auf eine tendenzielle 'Überqualifikation' angewiesen, nimmt man die normalen Bedarfsvorstellungen zum Maßstab. Benötigt wird die Fähigkeit, seltene anspruchsvolle Aufgaben zu bewältigen und sich ggf. auf neue Arbeiten einzustellen. Man hat sich in vielen Bereichen zu sehr an eine defizitäre Ausübung der Berufe gewöhnt (z.B. Polizist); Innovationen hängen oft von einem Qualifikationsüberhang ab. Eine Orientierung an gewöhnlichen Bedarfskonzepten wäre alles andere als funktional; diese Überlegungen haben im übrigen auch mit Anstoß gegeben zur Bildungsreformdiskussion.

b) Ein sogenanntes 'Gleichgewicht' von Angebot und Nachfrage von Qualifikationen kann nicht hergestellt werden, selbst wenn keine Probleme der Prognose und Zeitverschiebungen in der Bereitstellung von Qualifikationen bestünden. Wenn Bildung einen Einfluß auf die Verteilung von Einkommen, interessanter Arbeit und anderer begehrter Merkmale hat, werden sich konsequenterweise mehr Jugendliche um höheren Bildungserfolg bemühen, als gewöhnlich für notwendig gehalten wird. Denn man kann nicht täglich eine industrielle Leistungsgesellschaft in Gang und wieder außer Kraft setzen - je nachdem, ob man gerade zu viele oder zu wenig Studienbewerber hat. Beeinflussung der Bildungs- und Berufswünsche durch Falschinformation als Gegenmaßnahme dürfte auf die Dauer nicht gelingen; und eine scharfe Selektion im Bildungssystem, um ein angenommenes Überangebot zu vermeiden, führt zur frühzeitigen Zerstörung auch der für nötig gehaltenen Qualifikationen und Sozialfertigkeiten.

c) Der sachliche, stoffliche Bezug von Ausbildung und Beruf scheint sich in hochindustrialisierten Gesellschaften etwas zu lockern, nicht entsprechend dagegen der Zusammenhang von Bildungsniveau und sozialem Status. Von einer Entkoppelung kann also keine Rede sein. Die Kontinuität einer engen Statusbindung bei Lockerung des inhaltlichen Bezuges beruht unseres Erachtens darauf, daß der Bestand einer industriellen Leistungsgesellschaft unter den bestehenden Bedingungen von demokratischem Selbstverständnis und sozialer Ungleichheit sowie hohem Bildungsangebot stärker von der Rechtfertigung der Leistungsgerechtigkeit bzw. Verteilungsgerechtigkeit als von einer klaren Qualifikationszuordnung abhängt.

d) Bildung bereitet nicht allein auf die Berufstätigkeit vor. Zwar wird der Berufsbezug für Bildung in den letzten Jahrzehnten auch wichtiger, weil die Erfahrung am Arbeitsplatz immer weniger für die Bewältigung der Berufsaufgaben ausreicht, aber zugleich ist das Bildungsniveau, das für die Ausübung beruflicher Aufgaben ausreichen könnte, immer seltener für die Bewältigung des Lebens ausreichend. Das liegt zum Teil an der wachsenden Komplexität der Lebensanforderungen: Man redet von Freizeit und Kultur in diesem Zusammenhang, sollte aber auch vom Verständnis von Versicherungen, Befähigung zur Bildungs- und Berufsberatung der Kinder o.ä., reden - Aufgaben, die nur zum Teil durch besondere Spezialberufe (Beratung) übernommen werden können. Zum Teil liegt das an einer Rationalisierung von Berufstätigkeiten, die dann in ihren kognitiven Anforderungen hinter anderen Lebensbereichen zurückbleibt: Bildung ist dabei nicht zu einer Entkoppelung der Vorbereitung auf den Beruf einerseits und andere Lebensbereiche andererseits in der Lage, wie es zuweilen gewünscht zu werden scheint.

e) Bildung kann, wenn sie nicht restriktiven Bedarfvorstellungen untergeordnet wird, dazu beitragen, daß die soziale Ungleichheit sich verringert und daß eine Humanisierung der Arbeits- und Lebensbedingungen erreicht wird. Dies gilt einerseits, weil die bestehenden Formen der Arbeitsorganisation und sozialer Verteilung zum Teil von überholten Vorstellungen über große Unterschiede der individuellen Befähigungen geprägt sind. Es gilt andererseits, weil mit vermehrter Bildung die bestehenden Bedingungen der Arbeitsteilung und ungleichen Belohnung im Bewußtsein der Beteiligten ihre Selbstverständlichkeit verlieren. ...⁹¹

Zur Öffnungspolitik äußert sich die Manpower-Gruppe:

"Wenn aber der Versuch unternommen wird, die Option für eine Öffnung der Hochschulen sofort bestimmten angeblichen Sachzwängen unterzuordnen, so muß man darauf verweisen, daß eine Öffnungspolitik je nach den Modalitäten völlig unterschiedliche Folgen haben kann: Die Folgen einer Öffnungspolitik werden wahrscheinlich völlig unterschiedlich zu bewerten sein - je nachdem, welche strukturellen und curricularen Wege eingeschlagen werden und ob die Öffnung von einer aktiven Beschäftigungspolitik begleitet wird.

1. Unerträglicher Wettbewerb um den Hochschulzugang wird vor allem von der unterschiedlichen Attraktivität der verschiedenen Hochschulbereiche und nicht so sehr durch Grenzen der Gesamtkapazität geschaffen. Wahrscheinlich hilft es nicht viel, harte N.C.-Fächer zu reduzieren, wenn gleichzeitig Strukturmaßnahmen zur Erweiterung des Kurzstudiums, zur Erschwerung der Durchlässigkeit im Hochschulsystem, zum überproportionalen Ausbau der billigen Studiengänge u.a.m. eher die Bedeutung der Hochschulhierarchie verstärken. Was die Rückwirkung auf die Schule angeht, könnte unter ungünstigen Öffnungsmodellen die Wirkung für die Katz' sein.
2. Wir haben vorher festgestellt, daß selbst bei einer Hochschul-expansion ohne aktive Begleitmaßnahmen ein Arrangement zwischen Bildungssystem und Beschäftigungssystem zu erwarten ist, das der oft beschworenen dramatischen Züge entbehrt. Verzichtet man aber auf Bemühungen, die Studenten aktiv auf veränderte Berufsrollen vorzubereiten, so werden ihre Vorstellungen von der beruflichen Zukunft vielleicht so blaß, daß die meisten sich nicht aktiv auf die Berufstätigkeit einstellen können.
3. Wird die Hochschulexpansion von keinerlei aktiver Beschäftigungspolitik **begleitet**, so ist zu befürchten, daß die Studenten in ihrer Vorbereitung auf den Beruf noch mehr ein Doppelleben führen, als dies schon früher im juristischen Studium im Verhältnis von offiziellem Bereich und Examensvorbereitungen war: Neben das normale Studium tritt die getrennte Vorbereitung auf den Beruf: sei es in politischem Duckmäusertum, sei es in dem Kampf um nepotistische Rekrutierung oder sei es in anderen Formen, die aus dem Mehr des Studiums ein Weniger der Qualifizierung machen."⁹²

7.8 Äußerungen von internationalen Kommissionen

Das Verhältnis von Hochschule und Beruf in der Bundesrepublik Deutschland wurde auch von einigen internationalen Kommissionen kommentiert.

Eine Expertengruppe, die im Auftrage der OECD zum Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland Stellung nahm, sah einen "Modernisierungsrückstand" des deutschen Bildungswesens als gegeben. Im Verhältnis von Hochschule und Beruf wurde insbesondere hervorgehoben, daß das "Laufbahnsystem" unnötig Vorstellungen bestärke, daß man die Expansion der Hochschulen drosseln soll:

"176. Ein weiterer Aspekt der mangelnden Flexibilität des Bildungswesens und der Gesellschaft in der BRD ist die außergewöhnlich enge Verbindung zwischen den durch die Ausbildung erworbenen Qualifikationen und den Aussichten auf eine Stelle: das sogenannte 'Laufbahnsystem'. Nach Gesetz und Brauch - sowohl im öffentlichen Dienst als auch auf dem privaten Sektor - führt das Prinzip der Festsetzung des Einstellungsniveaus eines Bewerbers auf Grund seines vorherigen Bildungsweges, der von ihm abgelegten Prüfungen und der formalen akademischen Qualifikationen zu oft absurden Situationen. (...) Ein allgemeiner akademischer Abschluß garantiert immer ein besseres Einstellungsniveau als eine praktische Ausbildung und eröffnet Aufstiegsmöglichkeiten, die den anderen einfach verwehrt sind. Eine Reform dieser Traditionen würde sich unendlich wohltuend auf das Bildungswesen auswirken, denn es hätte die Abschaffung eines der stärksten Anreize für das Weiterbestehen vieler bestehender Curricula, Studiengänge und Examina zur Folge, deren Abschaffung durchaus zu wünschen wäre. (...)

178. An den Plänen für eine Expansion des Bildungswesens wurde in der BRD Kritik geübt mit dem Argument, es bestehe die Gefahr, daß sie ein 'akademisches Proletariat' hervorbrächte, also eine Menge Hochschulabsolventen mit Diplomen, für die es dann keine Stellen gäbe. Uns selbst ist kein Beweismaterial bekannt, das diese Behauptung stützen würde. Vorhersagen über den Arbeitskräftebedarf sind ein überaus heikles Unterfangen, besonders in einer raschem Wandel unterworfenen, hochentwickelten Volkswirtschaft. Bestenfalls können solche Vorhersagen dem Bildungsplaner Anhaltspunkte geben für eine Ermittlung des voraussichtlichen künftigen Mindestbedarfs in bezug auf einige deutlich abgegrenzte Arbeitskräfte-Kategorien von besonderer Bedeutung. Allerdings sind die Methoden zur Vorhersage des Arbeitskräftebedarfs keinesfalls ausreichend entwickelt, um bei der Ermittlung des maximalen, und was in noch stärkerem Maße zu wünschen wäre, des optimalen Bedarfs an ausgebildeten Kräften wirklich von Nutzen zu sein. Die Bundesrepublik ist ein wohlhabendes und wirtschaftlich erfolgreiches Land. Im großen und ganzen hat sie in den vergangenen 20 Jahren für das Bildungswesen zu wenig aufgewandt. Wir haben daher keinen Grund zu der Annahme, daß die BRD nicht in der Lage wäre, in den nächsten 15 Jahren ein viel ausgedehnteres Bildungswesen zu finanzieren, und wir kennen auch keine Gründe, die

etwa dagegen sprächen. Die Bundesrepublik ist übrigens ein Paradebeispiel für ein Land, das seine quantitativen Bildungsplanungen nicht auf Grund von Erwägungen hinsichtlich des Bedarfs an Arbeitskräften vornehmen sollte. Vielmehr ist sie wohlhabend genug und ausreichend wirtschaftlich gesichert, um es sich leisten zu können, folgende Fragen zu stellen: Was für Bürger wollen wir? Was für Schulen können uns voraussichtlich bei der Erreichung dieses Zieles helfen? Und was müssen wir zur Reform unserer heutigen Schulen, qualitativ und quantitativ gesehen, tun, damit wir die Schulen bekommen, die wir brauchen?

179. Es liegt auf der Hand, daß die zuständigen Behörden den einer Bildungsexpansion in den nächsten Jahren entgegenstehenden finanziellen Hindernissen besondere Beachtung schenken müssen. Schon jetzt ist die 'Bildungseuphorie' einer gewissen Ernüchterung gewichen, und es wird schwierig sein, für die Schulen weitere Finanzmittel zu bekommen. Dies bedeutet jedoch keineswegs, daß weitere Bildungsmaßnahmen direkt und ausschließlich mit Vorhersagen über den Arbeitskräftebedarf in der BRD in Verbindung gebracht werden müßten. Vielmehr bestünde bei einer solchen Politik die größte Gefahr, daß ihr eine noch größere Zahl der jungen Leute entfremdet würde, die schon jetzt den Verdacht hegen, daß die Pläne für eine Bildungsreform lediglich Bestandteil der 'technologischen Gesellschaft' sind, die sich der Kontrolle der Politiker entzogen hat. Deshalb müssen die Mittel, die tatsächlich für Schulen und Universitäten bereitgestellt werden, so eingesetzt werden, daß dadurch die Energien, Initiativen und Motivationen der Jugend genutzt und nicht frustriert werden."⁹³

Eine Organisation konservativer Professoren, die das International Council on the Future of the University gründete, sandte eine Experten-Gruppe in die Bundesrepublik Deutschland, die sich vor allem um die Frage der Wissenschaftsfreiheit sorgte. Die Gruppe machte einige Aussagen zu "notwendigen Änderungen" im Verhältnis von Universität und Arbeitsmarkt:

- "1. Mehr Studienberatung. Obwohl wir von einigen Professoren erfuhren, daß sie versuchten, ihre Studenten auf die schlechten Berufsaussichten in ihrem Gebiet aufmerksam zu machen, wird ganz offensichtlich viel zu wenig Berufs- und Laufbahnberatung angeboten. An den Universitäten gibt es keine hauptberuflichen Beauftragten für Berufsberatung. Die Stellenvermittlung für Hochschulabsolventen wird als Aufgabe des Staates, nicht der Universität angesehen. Aber weder auf Bundes- noch auf Landesebene wird ein staatlicher Beratungsdienst für Universitäten unterhalten. Ganz im Gegensatz zu den amtlichen Statistiken, die das Arbeitsministerium für Stellensuchende außerhalb der Universität zur Verfügung stellt, gibt es keine veröffentlichten Hochrechnungen, die dem Studienanfänger als Orientierung für eine erfolgversprechende Fächerauswahl dienen könnten.
2. Eine Verbreiterung der Einstellungsvoraussetzungen für leitende Positionen in der Wirtschaft und in der öffentlichen Verwaltung. Gegenwärtig sind die Voraussetzungen so eng definiert, daß für die

vielen Studenten der Geisteswissenschaften eine Beschäftigung außerhalb des Lehramts fast unmöglich ist. Ohne zusätzliche Ausbildung haben sie keinen Zugang zu Stellen in der Verwaltung oder in der Wirtschaft. Dies sollte geändert werden, so daß talentierte junge Leute auch dann einen sinnvollen Wirkungsbereich finden können, wenn das Stellenangebot für Lehrer weiterhin zurückgeht.

3. Eine Neuorientierung der Studenten im Hinblick auf ihre Berufserwartungen. Wenn die gegenwärtige Entwicklung anhält, werden einige Hochschulabsolventen gezwungen sein, ihre Berufserwartungen zurückzuschrauben. Es stellt sich die Frage, ob diese Tatsache, würde sie nur jedem klar vor Augen geführt, nicht das Interesse an einem Hochschulexamen deutlich vermindern würde. Wer sein Studium abbricht, hat gegenwärtig keinerlei Zugang zum höheren öffentlichen Dienst; die höchsten Stellen setzen einen Universitätsabschluß voraus. Wenn derartige Vorschriften liberalisiert würden und es die Möglichkeit gäbe, außerhalb der Universitätskanäle aufzusteigen, könnte darin ein zusätzlicher Anreiz für Abiturienten liegen, ein Hochschulexamen gar nicht anzustreben und möglicherweise noch entwickelt werden müßte.
4. Größere geographische Basis. Es wurde uns berichtet, daß zur Zeit die meisten Hochschulabsolventen eine Anstellung in dem Bundesland finden, in dem sie studiert haben. Da sich die Bedingungen verschärfen, muß sich diese Situation ändern; man sollte die Hochschulabsolventen aktiv bei der Stellensuche in anderen Ländern unterstützen.
5. Änderungen der Studiengänge. Die Arbeitslosigkeit ist nur einer von vielen Faktoren an der Universität, die eine Änderung des Studiengangs erfordern. Wenn die gegenwärtige Studienzzeit von durchschnittlich fünf oder sechs Jahren verringert werden könnte, ohne das Niveau zu senken (und wir sind überzeugt, daß das in den meisten Fächern möglich ist), dann würden die Studenten wohl weniger anspruchsvolle Vorstellungen von einer ihrer Studiendauer angemessenen Beschäftigung entwickeln."⁹⁴

Eine deutsch-amerikanische Studiengruppe über Fragen des Hochschulzugangs in der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten, die mit Unterstützung der Stiftung Volkswagenwerk von 1975 bis 1977 tätig war, nahm auch zu Fragen des Zusammenhanges von Hochschule und Beruf Stellung. In dem - bisher nur in englischer Sprache vorliegenden - Abschlußbericht heißt es dazu:

"... Als reiche Nationen können sich beide Länder größere Investitionen in das Hochschulwesen leisten und - vor den jüngsten internationalen Wirtschaftsproblemen - dies entsprechend der Bildungsnachfrage finanzieren, ohne das konkurrierende gesellschaftliche Aufgaben große Engpässe geschaffen hätten. ... Wenn Absolventen rigide Vorstellungen über ihre zukünftigen Karrieren, Status und Einkommen haben, tendiert eine wachsende Absolventenzahl dazu, Unterbeschäftigung - gemessen an ihren Erwartungen - auszulösen.

Diese enge Koppelung von Hochschule und Berufserwartungen schafft auch großen Druck auf den Zulassungsprozeß, die Sekundarschüler und ihre Lehre sowie auf die Studenten...

... Hochschulzulassungspolitik sollte nicht an Beschäftigungsprojektionen ausgerichtet werden, mit Ausnahme sehr teurer Studienbereiche wie der Medizin, Marktkräfte ... sollten jedoch die Beschäftigungsaussichten und Karrierestrukturen beeinflussen können."⁹⁵

Die Kommission empfahl eine stärkere Differenzierung der Hochschul-
ausbildung und eine zunehmende Einstellung auf mittlere Berufs-
positionen, ferner eine vermehrte Einbeziehung der Hochschulen in ein
offenes System lebenslanger Bildung und eine deutlichere Vorbe-
reitung aller Beteiligten auf geringere Einkommensprivilegien für
Hochschulabsolventen.⁹⁶

8. Schlußbemerkungen

Die vorliegenden Daten über Hochschule und Beruf machen manche Akzentverschiebungen in der Berufssituation für Hochschulabsolventen sichtbar. Deutlich wird, daß die allgemeine Verschlechterung der Berufssituation angesichts der höheren Arbeitslosigkeit auch die Hochschulabsolventen - wenn auch in unterdurchschnittlicher Form - betrifft. Sicher ist auch, daß die wachsende Zahl der Hochschulabsolventen nicht in vollem Umfange in traditionelle berufliche Einzugsbereiche für Hochschulabsolventen übergegangen ist. Trotz aller Unsicherheiten der Prognosen wird generell nicht bezweifelt, daß die letztgenannte Verschiebung sich in gewissem Umfange fortsetzen wird. Offensichtlich ist jedoch, daß sich viele Aussagen über die Probleme von Hochschulen als übertriebene Schwarzmalerei erweisen.

Darüber hinaus lassen sich noch eine Fülle von wichtigen Detail-Aussagen belegen. Viele zentrale Informationsfragen jedoch, die in der Diskussion über die Berufsperspektiven von Hochschulabsolventen eine Rolle spielen, können nicht eindeutig beantwortet werden. Dies gilt notwendigerweise für prognostische Fragen, aber auch in großem Umfange für Fragen nach den Entwicklungen in den letzten Jahren. Eine Verbesserung der Datenbasis durch Verlaufstudien im Hochschulbereich, regelmäßigen Verbleibstudien u.a.m. wäre sicherlich wünschenswert.

Man sollte jedoch nicht annehmen, daß die kontroversen Interpretationen über die Beschäftigungsperspektiven für Hochschulabsolventen sich grundlegend verringern würden, wenn die Informationsbasis verbessert würde. Diskussionen über die Frage, ob die Arbeitsmarktperspektiven von Hochschulabsolventen "deutlich besser" oder "kaum besser" als die anderer Bildungsabsolventen sind, bleiben für Interpretationsspielräume offen. Vor allem aber wird im Streit über die mehr oder weniger sicheren Fakten oft die Bewertungsgrundlage - absichtlich oder unabsichtlich - verdeckt, wie die Übersicht der Interpretationen zeigt. Eine Diskussion über "Verdrängung" zum Beispiel geht es kaum um das statistische Phänomen, ob eine Position einen Wechsel in der Qualifikation des Positionsinhabers erfährt, sondern vor allem um die Frage, ob eine Steigerung des Vorbildungsniveaus als wünschenswert erachtet wird. Die Beispiele lassen sich vermehren, daß die Aufgaben der Bildung, die

Rolle der Bildung in den Konzeptionen von sozialer Gerechtigkeit u.a.m. im Mittelpunkt der Erwägungen stehen.⁹⁷ Die Daten über die Entwicklungstendenzen können neue Konstellationen bewußt machen und auch manche Faktenfragen beantworten, sie können aber solche Grundsatzfragen nicht lösen.

Anmerkungen

1. Als Beispiele für Dokumente der Diskussion zwischen Wissenschaftlern und Politikern seien genannt: Lohmar, Ulrich und Ortner, Gerhard E. (Hrsg.): Die deutsche Hochschule zwischen Numerus clausus und Akademikerarbeitslosigkeit. Der doppelte Flaschenhals. Hannover: Schroedel 1975; Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft (Hrsg.): Die geburtenstarken Jahrgänge und die Aufnahmefähigkeit des Bildungssystems. Essen 1976; Anhörung von Sachverständigen zum Thema "Bildungs- und Beschäftigungssystem". Bonn: Deutscher Bundestag, 8. Wahlperiode, Ausschuß für Bildung und Wissenschaft 1977 (Protokoll Nr. 15); Studium - was dann? In: uni hh, 9. Jg. (1978), Nr. 4; CDU, Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.): Zukunftschancen der jungen Generation. Bonn 1977; Freie Universität Berlin: Arbeitsmarkt für Hochschulabsolventen. Tendenzen und politische Lösungen. Berlin 1978.
2. Vgl. dazu auch das Gutachten für den 5. Jugendbericht von Teichler, Ulrich: Der Wandel der Beziehungen von Bildungs- und Beschäftigungssystem und die Entwicklung der beruflich-sozialen Lebensperspektiven Jugendlicher. Kassel: Wissenschaftliches Zentrum für Berufs- und Hochschulforschung an der Gesamthochschule Kassel 1978 (Arbeitspapiere, Nr. 2).
3. Die neueste Ausgabe enthält Daten über Studenten, Studienanfänger, Verweildauer, Prüfungen, Personal und Ausgaben; siehe Bundesminister für Bildung und Wissenschaft: Grund- und Strukturdaten 1978. Bonn 1978.
4. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung: Studium und Beruf: Studium und Beruf (Gutachten für das BMBW). Nürnberg 1978, unveröff. Ms., S. 1.
5. Ebenda, S. 3.
6. Siehe dazu bibliographische Hinweise in Faltn, Günter, Herz, Otto und Teichler, Ulrich: Bibliographie Berufsforschung und Hochschuldidaktik. In: Faltn, G. und Herz, O. (Hrsg.): Berufsforschung und Hochschuldidaktik I. Hamburg: Arbeitsgemeinschaft 1974, S. 236 - 259; Teichler, Ulrich, Hartung, Dirk und Nuthmann, Reinhard: Hochschulexpansion und Bedarf der Gesellschaft. Stuttgart: Klett 1976, S. 125 - 145; Deutscher Bundestag, 8. Wahlperiode, Drucksache 8/860 (29.08.77), S. 18 - 22. Bayer, Manfred und Ortner, Gerhard E., unter Mitarbeit von Lichtenberg, Peter: Gestaltungs- und Steuerungsprobleme der Hochschulen im Bildungs- und Beschäftigungssystem. In Lohmar und Ortner, a.a.O. (Anm. 1), S. 374 - 504.
7. Siehe dazu Stooß, Friedemann: Arbeitsmarkt und Berufsverlauf (Vorlage für das Kolloquium "Beruf und Hochschule" der Deutschen Forschungsgemeinschaft an der Gesamthochschule Kassel), Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 1979, verv. Ms.
8. Vgl. dazu Tessaring, Manfred und Werner, Heinz: Beschäftigungsprobleme von Hochschulabsolventen im internationalen Vergleich. Göttingen: Schwartz 1975 (Schriften der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, Bd. 53).

9. Vgl. dazu die Schätzwerte in Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft: Grund- und Strukturdaten 1977. Bonn 1977, S. 94.
10. Vgl. z.B. OECD: Development of Higher Education 1950-1967. 2 Bde. Paris 1970-71.
11. Vgl. Hecquet, Ignace, Verniers, Christiane und Cerych, Ladislav: Recent Student Flows in Higher Education. New York: International Council for Education Development 1976, S. 82-95.
12. Siehe dazu Kühlewind, Gerhard, Mertens, Dieter und Tessaring, Manfred: Zur drohenden Ausbildungskrise im nächsten Jahrzehnt. In: Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft (Hrsg.): Die geburtenstarken Jahrgänge und die Aufnahmefähigkeit des Bildungssystems. Essen 1976.
13. Vgl. dazu Köhler, Helmut: Der relative Schul- und Hochschulbesuch in der Bundesrepublik Deutschland 1952 bis 1975. Berlin: Max-Planck-Institut für Bildungsforschung 1978 (Materialien aus der Bildungsforschung, Nr. 13).
14. Planungsausschuß für den Hochschulbau: Achter Rahmenplan für den Hochschulbau nach dem Hochschulbauförderungsgesetz. Bonn 1978, S. 8.
15. Vgl. Birk, Lothar u.a.: Zum Projekt "Formen und Dauer der Ausbildungswege von Abiturienten". In: HIS Kurzinformationen, H. 1 (1978), S. 10. Ähnliche Ergebnisse ergaben sich auch bei einer kleineren Studie im Jahre 1977; vgl. Griesbach, Heinz und Lewin, Karl: Veränderungen im Studien- und Berufswahlverhalten der Abiturienten vom Jahrgang 1976 zum Jahrgang 1977. In: HIS Kurzinformationen, H. 1 (1979), S. 1 - 16.
16. Parmentier, Klaus und Tessaring, Manfred: Bildungswesen und Arbeitsmarkt für Hochqualifizierte. Eine Übersicht. In: Arbeitsgruppen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung und des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung (Hrsg.): Bedarfsprognostische Forschung in der Diskussion. Frankfurt a.M.: Aspekte 1976, S. 251.
17. Vgl. dazu die Schätzungen von Tessaring, Manfred: Zum Verbleib der Hochschulabsolventen seit 1971. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 11. Jg. (1978), H. 2, S. 176; zu den dort angegebenen Zahlen wurden Schätzwerte über Fachhochschulabsolventen ergänzt.
18. Die Übersicht in Tabelle 7 ist jedoch irreführend, weil ein nicht unbeträchtlicher Teil der Personen in den Wirtschaftszweigen, die Parmentier und Tessaring überwiegend dem öffentlichen Dienst zurechnen, dem privatwirtschaftlichen Bereich zuzurechnen ist. So schätzt Tessaring, M.: Zum Verbleib der Hochschulabsolventen seit 1971, a.a.O., S. 171, daß 1970 etwa 40 % der Hochschulabsolventen in der Privatwirtschaft tätig waren.

19. Vgl. Bierter, Willy u.a.: Potentielle strukturelle Ungleichgewichte zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahre 1990. Basel: Prognos 1976, verv. Ms.; siehe dazu die Zusammenfassung in Potentielle strukturelle Ungleichgewichte zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem in der Bundesrepublik Deutschland bis 1990. In: Materialien aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nr. 7 (1977), S. 6.
20. Parmentier und Tessaring, a.a.O., (Anm. 16), S. 277.
21. Kullmer, H. und Krug, W.: Beziehungen zwischen beruflicher Ausbildung und Nettoeinkommen der ausgebildeten Personen. In: Wirtschaft und Statistik, H. 10 (1967), D. 572. Vgl. auch Pfaff, M. und Fuchs, G.: Education, Inequality and Life Income: A Report in the Federal Republic of Germany. In: OECD (Hrsg.): Education, Inequality and Life Chances. Bd. 2. Paris 1975, S. 7 - 128.
22. Zur Diskussion dieser Problematik siehe Teichler, Ulrich, Hartung, Dirk und Nuthmann, Reinhard: Hochschulexpansion und Bedarf der Gesellschaft. Stuttgart: Klett, 1976; Kaiser, Manfred: Bildungsexpansion und Akademikerbeschäftigung. Zu einer Theorie der Akademisierung des Beschäftigungssystems. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 10 Jg. (1977), H. 2, S. 270 - 290; Hegelheimer, Armin: Arbeitsmarkt und Akademikereinsatz. Zum Verhältnis von Hochschul- und Beschäftigungssystem. In: Deutsche Universitätszeitung, H. 14 (1977), S. 432 - 435 und H. 15 (1977), S. 476 - 479.
23. Tessaring, Manfred: Qualifikationsspezifische Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 10. Jg. (1977), H. 2, S. 229 - 242.
24. Ebenda S. 241.
Siehe Hegelheimer, Armin: Bildungspolitik und Beschäftigungsstruktur. In: Wirtschaftsdienst, Nr. 3 (1976), S. 156. Hegelheimer schätzt im Gegensatz zu Prognos (vgl. Anm. 19), daß 70 - 80 % der Akademiker "dem staatlichen bzw. halbstaatlichen Bereich zugehörig" sind.
25. Tessaring, Qualifikationsspezifische Arbeitslosigkeit..., a.a.O., (Anm. 23).
26. Siehe Parmentier, Klaus: Stand und Entwicklung der Akademikerarbeitslosigkeit. Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit 1977, verv. Ms., S. 20.
27. Siehe dazu die Übersichten in Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit (ANBA), Nr. 10 (1978), S. 1203 f.
28. Parmentier, a.a.O., (Anm. 26), S. 4.

29. Siehe ANBA, Nr. 10 (1978), S. 1305.
30. Vgl. Parmentier, a.a.O., (Anm. 26). Bei dieser Gruppe war der höchste Anstieg der Arbeitslosigkeit seit 1973 zu verzeichnen; vgl. Grottian, Peter: Ein 'Problemlösungsmodell' wird vorgestellt. In: uni hh, 9. Jg. (1978), Nr. 4, S. 10.
31. Bundesanstalt für Arbeit: Fachvermittlung. Arbeitsmarktbeobachtung im Bereich besonders qualifizierter Berufe im 2. Halbjahr 1977. Nürnberg 1977, S. 2f.
32. Ebenda, S. 2.
33. Ebenda, S. 4.
34. Zur Diskussion über den "adäquaten", Einsatz von Hochschulabsolventen vgl. Teichler (Anm. 2), S. 5 - 13.
35. Tessaring (Anm. 17), S. 176.
36. Ebenda, S. 174f.
37. Scharpf, Fritz W., Gensior, Sabine und Fiedler, Jobst: Projekt: Beschäftigungsmöglichkeiten für arbeitslose Hochschulabsolventen in Berlin (West). Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin, Internationales Institut für Management und Verwaltung 1978, S. 2 - 14.
38. Vgl. Manpower-Gruppe: Projekt "Veränderungen von Berufsrollen und Berufsperspektiven von Hochschulabsolventen". Berlin: Max-Planck-Institut für Bildungsforschung 1979 (verv. Ms.), S. 31.
39. Vereinigung Hessischer Arbeitgeberverbände (Hrsg.): Fragebogenaktion: "Erfahrungen mit Studienabbrechern und Akademikern am Fließband", Frankfurt a.M. 1977, zitiert nach Tessaring (Anm. 17), S. 176.
40. Zur Entwicklung der Bedarfsprognostik siehe Alex, Laszlo: Absolventenangebot und berufliche Flexibilität. In: Lohmar, U. und Ortner, G. E. (Hrsg.): Die deutsche Hochschule zwischen Numerus clausus und Akademikerarbeitslosigkeit. Der doppelte Flaschenhals. Hannover: Schroedel 1975, S. 92 - 105.
41. Vgl. die Übersicht und Kritik von Jeschek, Wolfgang: Möglichkeiten und Grenzen der Verbesserung bisheriger Prognoseansätze. In: Arbeitsgruppen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung und des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung (Hrsg.): Bedarfsprognostische Forschung in der Diskussion. Frankfurt a.M.: Aspekte 1976, S. 117 - 134.

42. Zur Kritik auch an den neueren Ansätzen siehe Arbeitsgruppe des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung und des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung, a.a.O., (Anm. 42); Teichler, Ulrich: Numerus clausus und gesellschaftlicher Bedarf. In: Studentische Politik, 8. Jg. (1975), H. 6 - 7, S. 53 - 55.
43. Vgl. auch die Übersicht in: Die Zukunft der Hochschulabsolventen, Teil 1. In: Materialien zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nr. 1 (1977).
44. Parmentier und Teassaring, a.a.O., (Anm. 16), S. 285 - 289.
45. Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung: Entwicklung des Angebots und Bedarfs an Hochschulabsolventen. Bonn 1976 (BLK-Drucksache K/76 vom 7. Januar 1976).
46. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, a.a.O., (Anm. 4), S. 9.
47. Die Zukunft der Hochschulabsolventen. Teil 2: Ergebnisse - Gesamtprognosen. In: Materialien aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nr. 2 (1977), S. 2; siehe dazu Blüm, A. und Frenzel, U.: Quantitative und qualitative Vorausschau auf den Arbeitsmarkt der Bundesrepublik Deutschland - Stufe 3. Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit 1975 (Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Band 8.1 und 8.2).
48. Vgl. die Zukunft für Hochschulabsolventen. Teil 2, a.a.O., (Anm. 48), S. 1f.
49. Die Zukunft der Hochschulabsolventen, Teil 2, a.a.O., (Anm. 48), S. 5; vgl. Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände: Bedarf der privaten Wirtschaft an Akademikern. Eine Tendenzanalyse. Köln 1975.
50. Aussage der Finanzministerkonferenz vom 25. März 1976.
51. Bundesminister für Bildung und Wissenschaft: Bildungspolitische Zwischenbilanz. Bonn 1976, S. 60.
52. Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung, a.a.O., (Anm. 46), S. 15.
53. Ebenda, S. 21 ff.
54. Vgl. dazu die Literaturübersicht in Deutscher Bundestag, a.a.O., (Anm. 6).
55. Hochschul-Informationssystem GmbH: Beschäftigungslage und Berufschancen für Wirtschaftswissenschaftler, Juristen und Sozialwissenschaftler 1961 bis 1990. Hannover 1975.
56. Vgl. McKinsey & Company: Hochschulabsolventen im Beruf. Ausbildungsbedarf für Mediziner bis zum Jahr 2000. Bonn: Bundesminister für Bildung und Wissenschaft 1974.

57. Lehrerbedarf 1980/1985. In: ABI, Nr. 5 (1977), S. 5.
58. Deutscher Bundestag, a.a.O., (Anm. 6), S. 6f.
59. Siehe insbesondere Tessaring und Werner, a.a.O., (Anm. 8); Eilsberger, Rupert: Arbeitslose und unterbeschäftigte Hochschulabsolventen in den USA. In: Deutsche Universitätszeitung, H. 12 (1975), S. 474 - 478; Glowka, Detlef: Jährlich fünf Milliarden Rubel Verlust. Über das sowjetische Bildungssystem. In: Wirtschaftswoche, 29. Jg. (1975), H. 21, S. 48 - 53; Jüttner, Egon: Der Arbeitsmarkt der Akademiker in Schweden. Göttingen: Schwartz 1975 (Schriften der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, Bd 52); Fischer, L.: Die Produktion von Kopfarbeitern. Spätkapitalistische Bildungspolitik am Beispiel des schwedischen Hochschulwesens. Berlin: VSA 1974; Teichler, Ulrich und Teichler-Urata, Yoko: Der Arbeitsmarkt für Akademiker in Japan. Göttingen: Schwartz 1975 (Schriften der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, Bd. 51); Teichler, Ulrich: Das Dilemma der modernen Bildungsgesellschaft. Japans Hochschulen unter den Zwängen der Statuszuteilung. Stuttgart: Klett 1976; ABV-Management Service GmbH & Co. KG: Eingliederungsprobleme von Absolventen tertiärer Bildungsgänge beim Übergang vom Ausbildungs- zum Beschäftigungssystem in ausgewählten Ländern. Bonn: Bundesminister für Bildung und Wissenschaft 1976.
60. Tessaring, Manfred: Bildungsexpansion und Arbeitsmarkt für hochqualifizierte Arbeitskräfte im internationalen Vergleich. In: Deutsche Universitätszeitung, H. 11 (1975), S. 436.
61. Linke, H. und Weigang, N.: Bildungsexpansion und Arbeitsmarkt für hochqualifizierte Arbeitskräfte - Ideologie und Realität. In: Deutsche Universitätszeitung, H. 14 (1975), S. 552; Bahro, H., Becker, W. und Hitpass, J.: Abschied vom Abitur? Zürich: Interfrom 1974, S. 31.
62. Teichler, a.a.O., (Anm. 43), S. 55 - 57.
63. ABV Management Service, a.a.O., (Anm. 60), S. 7 - 14.
64. Soll die Bildungsexpansion so weitergehen? In: Analysen, 2. Jg. (1972), H. 8 - 9, S. 20.
65. Ebenda, S. 21.
66. Schlaffke, Winfried: Krisenmanagement im Bildungswesen - die Aufgaben und Probleme der achtziger Jahre. In: Deutsche Universitätszeitung, Nr. 16 (1977), S. 502.
67. Beitrag von H. Linke in Freie Universität Berlin (Hrsg.): Arbeitsmarkt für Hochschulabsolventen. Berlin 1978. S. 97f.
68. Siehe CDU: Zukunftschancen der jungen Generation. Protokoll des Hearings am 22. 6. 1977 in Bonn. Bonn 1977, S. 132.

69. Linke, a.a.O., (Anm. 68), S. 99.
70. Siehe CDU, a.a.O., (Anm. 69), S. 135.
71. Kemmet, Claus: 'Die private Wirtschaft allein wird das Problem nicht lösen'. In: uni hh, 9. Jg. (1978), H. 4, S. 16f.
72. Schlaffke, a.a.O., (Anm. 67), S. 504f.
73. Kemmet, a.a.O., (Anm. 72), S. 17.
74. Landsberg, Georg von: Unter Wert beschäftigt? In: UNI, 3. Jg. (1979), H. 1, S. 32.
75. Vetter, Heinz Oskar: Kooperation Hochschule und Gewerkschaften. Berlin ötv:1977 (ötv-aktuell), S. 6f.
76. Frister, Erich: 'Es fehlt an Bereitschaft, alle zu beschäftigen'. In: uni hh, 9. Jg. (1978), H. 4, S. 8f.
77. Bienk, Herbert: Anspruch auf Bildung und der Arbeitsmarkt (Zusammenfassung). In: Freie Universität Berlin (Hrsg.): Arbeitsmarkt für Hochschulabsolventen. Berlin 1978, S.
78. Zum Verhältnis von Bildungs- und Beschäftigungssystem. In: Bildungspolitische Informationen (hrsgg. vom Hessischen Kultusminister), Nr. 1 (1978), S. 14f.
79. Jochimsen, Reimut: Thesen und Beitrag. In: Freie Universität Berlin (Hrsg.): Arbeitsmarkt für Hochschulabsolventen. Berlin 1978, S. 86f.
80. Ebenda, S. 89.
81. Glotz, Peter: Der arbeitslose Akademiker in unserer Gesellschaft. In: Freie Universität Berlin (Hrsg.): Arbeitsmarkt für Hochschulabsolventen. Berlin 1978, S.
82. Bundesminister für Bildung und Wissenschaft: Orientierungspunkte zur Hochschulausbildung, Bonn 1978, verv. Mskr., S. 4 - 7.
83. CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag, Pressedient vom 26. August 1976, S. 1 - 4.
84. Boppel, Werner: Zusätzliche Stellen für Hochschulabsolventen und Alternativen zum Studium. In: Freie Universität Berlin (Hrsg.): Arbeitsmarkt für Hochschulabsolventen. Berlin 1978, S. 39f.
85. Wissenschaftsrat: Empfehlungen zu Umfang und Struktur des Tertiären Bereichs. Bonn 1976, S. 51f.
86. Ebenda, S. 56f.

87. Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel; Wirtschaftlicher und sozialer Wandel in der Bundesrepublik Deutschland. Gutachten der Kommission. Göttingen: Schwartz 1977, S. 489 - 494.
88. Siehe CDU, a.a.O., (Anm. 69), S. 59 und 61f.
89. Mertens, Dieter: Zur Diskussion über das Verhältnis zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem: Entwurf für einen Satz Spielregeln. In: Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft (Hrsg.): Bildungsexpansion und Beschäftigungsstruktur am Beispiel des Abiturientenproblems. Essen-Bredeney 1976, D. 10, 14f, 21 und 29f.
90. Ders.: Unterqualifikation oder Überqualifikation? In: Gewerkschaftliche Monatshefte, 27. Jg. (1976), S. 488 - 497.
91. Hartung, Dirk und Teichler, Ulrich: Stellungnahmen bei der Anhörung des Ausschusses für Bildung und Wissenschaft am 14. 9. 77 zum Thema "Bildungs- und Beschäftigungssystem". Berlin: Max-Planck-Institut für Bildungsforschung 1977, verv. Mskr., S. 15 - 18.
92. Ebenda, S. 31f.
93. Zitiert nach Lührig, Holger H. (Hrsg.): "Wirtschaftsriese - Bildungszwerg". Reinbek bei Hamburg: Rowohlt 1973, S. 49f.
94. International Council on the Future of the University: Bericht über deutsche Universitäten. Stuttgart: Klett-Cotta 1978, S. 59f.
95. Access to Higher Education: Two Perspectives. A Comparative Study of the Federal Republic of Germany and the United States of America. Final Report of the German-U.S. Study Group. New York: International Council for Educational Development 1978, S. 55 - 57.
96. Ebenda, S. 58 - 62.
97. Vgl. das Gutachten von Teichler, a.a.O., (Anm. 2).

Arbeitspapiere des Wissenschaftlichen Zentrums für Berufs- und Hochschulforschung an der Gesamthochschule Kassel

Redaktion: Gabriele Gorzka

Nr.1: H.WINKLER und U.TEICHLER: Vorüberlegungen zur Gründung des Wissenschaftlichen Zentrums für Berufs- und Hochschulforschung. Dez.1978

Nr.2: U.TEICHLER: Der Wandel der Beziehungen von Bildungs- und Lebensperspektiven Jugendlicher. Dez.1978

Nr.3: U.TEICHLER: Higher Education and Employment in the Federal Republic of Germany: Trends and Changing Research Approaches from the Comparative Point of View. - Recherches en cours sur le problem de l'enseignement superieur et de l'emploi en Republique Federale Allemande. Dez.1978

Nr.4: K.PFEIFFER: Untersuchung des Implementationsinstrumentariums von Hochschulreformprogrammen anhand einer synoptischen Darstellung und Untersuchung der legislativen Umsetzung von Hochschulreform- und Studienreforminhalten des HRG, des HHG und des HUG. Mai 1979

Nr.5: A.NEUSEL: Zu Berufstätigkeit und Studium von Architekten/Planern.
H.WINKLER: Neue Entwicklungen im Berufsfeld von Architekten und Bauingenieuren und deren Berücksichtigung in der Hochschulausbildung.
Mai 1979